

11. 10. 1981

# **JA JURISTISCHE ARBEITSBLÄTTER**

**AUSBILDUNG EXAMEN FORTBILDUNG**

HERAUSGEBER: Professor Dr. Hans Brox, Münster — Professor Dr. Karl Heinrich Friauf, Köln — Rechtsanwalt Hartmut Fromm, Münster — Professor Dr. Dieter Henrich, Regensburg — Professor Dr. Günter Kohlmann, Köln — Professor Dr. Helmut Kollhosser, Münster — Vizepräsident des Landgerichts Helmut Proppe, Münster — Professor Dr. Bernd Rebe, Hannover — Professor Dr. Claus Roxin, München — Professor Dr. Hans Heinrich Rupp, Mainz — Professor Dr. Erich Samson, Kiel — Leitender Oberstaatsanwalt Günter Solbach, Aachen — Professor Dr. Arndt Teichmann, Mainz — Professor Dr. Klaus Vogel, München

SCHRIFTLEITUNG: Dr. Peter Deubner, Assessorin Christa Frank-Brands, Köln

**13. Jahrgang 1981**

2

**Verlag Ernst und Werner Gieseking, Bielefeld**

# Inhaltsverzeichnis

## Übersicht

1. Beiträge . . . . .	S. III
2. Aufsätze in Zeitschriften . . . . .	S. IV
3. Erläuterte Entscheidungen . . . . .	S. VII
4. Rezensionen . . . . .	S. X
5. JA-Übungsblätter . . . . .	S. XI
6. Gesetzesregister . . . . .	S. XI
7. Stichwortregister . . . . .	S. XVI
8. Abkürzungsverzeichnis . . . . .	S. XXX



### **Juristische Arbeitsblätter (JA) 13. Jahrgang 1981**

**Redaktionsanschrift:** Verlag Ernst und Werner Gieseking, Verlagsbüro Köln, Dürener Straße 85, Postfach 410268, 5000 Köln 41, Telefon (0221) 405936. Verantwortliche Redakteure: Dr. P. Deubner, Ass. Ch. Frank-Brands. Registerbearbeitung: Wolfgang Schriever.

**Manuskripte:** Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; eine Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beigelegt wird. Alle Beiträge werden nur unter der Voraussetzung angenommen, daß sie keiner anderen Zeitschrift angeboten worden sind. Mit ihrer Annahme wird von den JA das ausschließliche Nutzungsrecht dauernd erworben.

**Urheber- und Verlagsrechte** sind sämtlich vorbehalten, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen Vervielfältigung sowie der Auswertung durch Datenbanken und ähnliche Einrichtungen.

**Erscheinungsweise:** Monatlich zu Monatsbeginn.

**Bezugspreise:** Einzelheft DM 10,-, Abonnementspreis halbjährlich DM 54,-, Abonnementspreis für Studenten und Referendare gegen Vorlage einer Ausbildungsbescheinigung halbjährlich DM 39,-, jeweils incl. MwSt. (erm. Satz), zuzüglich Zustellgebühr.

**Abbestellungen** müssen 6 Wochen vor Halbjahresende beim Verlag erfolgen.

**Bestellungen** nehmen jede Buchhandlung und der Verlag entgegen.

**Verlag:** Verlag Ernst und Werner Gieseking, Deckertstraße 30, Postfach 130120, 4800 Bielefeld 13, Telefon (0521) 14674, Telex 0932-240.

1. Beiträge

<i>Achenbach, Hans</i> : Vorläufige Festnahme, Identifizierung und Kontrollstelle im Strafprozeß . . . . .	660	1. Teil . . . . .	369
<i>Adam, Jürgen</i> : Häufige Fehler in den schriftlichen Arbeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts in der zweiten juristischen Staatsprüfung . . . . .	429	2. Teil . . . . .	470
<i>Autenrieth, Karlheinz</i> : Die Grundstruktur der Kapital-Vorgesellschaft . . . . .	391	<i>Hoffmann, Bodo-Falk</i> : Normenkonkurrenzen im Öffentlichen Recht . . . . .	161
<i>Badura, Peter</i> : Die gegenwärtige Diskussion über das Verwaltungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	33	<i>Hüffer, Uwe</i> : Rechtsfragen des Handelskaufs . . . . .	
<i>Battis, Ulrich</i> : Grundzüge des Rechts der Raumordnung und Landesplanung . . . . .	313	1. Teil . . . . .	70
<i>Baumgärtel, Gottfried/Laumen, Hans-Willi</i> : Klage nach vorangegangenen rechtskräftigen Urteil . . . . .		2. Teil . . . . .	143
1. Teil . . . . .	209	<i>Knemeyer, Manfred</i> : Die Behandlung von Einre-detatsachen in der Relation . . . . .	277
2. Teil . . . . .	270	<i>Kohlmann, Günter</i> : Die öffentliche Hauptverhandlung — überflüssig, zweckmäßig oder geboten? . . . . .	581
<i>Bork, Reinhard</i> : Die Widerklage . . . . .	385	<i>Kröger, Konrad/Jakobs, Michael Ch.</i> : Probleme der Aufrechnung im Verwaltungsprozeß . . . . .	266
<i>Braun, Manfred</i> : Juristenausbildung im Umbruch — Zur Diskussion über die Neuordnung der Juristenausbildung . . . . .	550	<i>Meier-Rudolph, Wolfgang/Wörten, Reiner</i> : Rechtsfolge- und Rechtsgrundverweisungen im BGB . . . . .	450
<i>Brox, Hans</i> : Die Folgen des Streiks für die kämpfenden Verbände . . . . .	74	<i>Müller, Gerd</i> : Ansprüche des Mieters oder Pächters für „Umgestaltungsaufwendungen“ bei Fehlschlagen des „Leistungszwecks“ . . . . .	20
<i>Corts, Jochen</i> : Nochmals: Der Ältere teilt, der Jüngere wählt . . . . .	338	<i>Otto, Hansjörg</i> : Grundprobleme der Vollstreckungs-gegenklage . . . . .	
<i>Dähn, Gerd</i> : Zwangsmittel und Rechtsbehelfe im Ermittlungsverfahren . . . . .	7	1. Teil . . . . .	606
<i>Dähn, Gerd</i> : Der Abschluß des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens . . . . .	333	2. Teil . . . . .	649
<i>Dehm, W.</i> : Neuordnung des Armenrechts (Prozeßkostenhilfe) . . . . .	477	<i>Peters, Egbert</i> : Beweisarten im Zivilprozeß . . . . .	65
<i>Dehm, W.</i> : Beratungshilfe . . . . .	479	<i>Plagemann, Hermann</i> : Das öffentlich-rechtliche Vertragsrecht in der Anwendung . . . . .	594
<i>Dehm, W.</i> : Berufshaftpflichtversicherung für Notare . . . . .	669	<i>Püttner, Günter</i> : Das neue Staatshaftungsrecht und die alten Beamtenprivilegien . . . . .	532
<i>Deutsch, Erwin</i> : Grundlagen des Haftungsrechts: Zurechenbarkeit, Rechtswidrigkeit, Verschulden und Gefährdungshaftung . . . . .	205	<i>Raddatz, G.</i> : Überblick über Rechtsmittel und Rechtsbehelfe im Zwangsvollstreckungsverfahren . . . . .	145 Ü
<i>Fahlbusch, W. C.</i> : Die Rechtsfolgen der Pfändung . . . . .	1 Ü	<i>Rascher-Friesenhausen, Heinrich</i> : Vom Sinn und Nutzen einer Ausbildung im Ausland . . . . .	174
<i>Fahlbusch, W. C.</i> : Die Rechtsstellung des Gemeinschuldners . . . . .	129 Ü	<i>Reinicke, Michael</i> : Allgemeines Persönlichkeitsrecht und Meinungsfreiheit; eine Grundrechtskollision im Privatrecht . . . . .	328
<i>Finger, Peter</i> : Das neue Recht der elterlichen Sorge . . . . .	641	<i>Roxin, Claus</i> : Entwicklung und gesetzliche Regelung des Schwangerschaftsabbruchs . . . . .	226
<i>Friauf, Karl Heinrich</i> : Zur Zulässigkeit von Sonderabgaben . . . . .	261	<i>Roxin, Claus</i> : Probleme beim strafrechtlichen Schutz des werdenden Lebens . . . . .	542
<i>Gallwas, Hans-Ulrich</i> : Konkurrenz von Bundes- und Landesgrundrechten . . . . .	536	<i>Rudolphi, Hans-Joachim</i> : Grundprobleme der Hehlerei . . . . .	
<i>Garrn, Heino</i> : Zur Zulässigkeit salvatorischer Klauseln bei der Vereinbarung Allgemeiner Geschäftsbedingungen . . . . .	151	1. Teil . . . . .	1
<i>Gerhardt, Walter</i> : Grundzüge und Probleme der Zwangsversteigerung . . . . .	12	2. Teil . . . . .	90
<i>Gusy, Christoph</i> : Verbot mit Erlaubnisvorbehalt — Verbot mit Dispensvorbehalt . . . . .	80	<i>Rütter-Preis, Anita</i> : Neuere Entscheidungen des BGH zur Anwendung der §§ 30 I, 31 GmbHG auf Gesellschafterdarlehen und die Neuregelung in § 32 a I GmbHG . . . . .	28
<i>Habermehl, Kai</i> : Der Übergang von Rechten und Pflichten im Verwaltungsrecht . . . . .	185 Ü	<i>Schenke, Wolf-Rüdiger</i> : Rechtsschutz gegen Gnadenakte . . . . .	588
<i>Haft, Fritjof</i> : Grenzfälle des Irrtums über normative Tatbestandsmerkmale im Strafrecht . . . . .	281	<i>Schiller, Volker</i> : Überblick über die Entwicklungen in der Rechtsprechung und Literatur zu erweiternden und einschränkenden Auslegung des Verbotstatbestandes des § 181 BGB . . . . .	142
<i>Heilbronner, Kay/Fritzemeyer, Wolfgang</i> : Das Recht der Vereinten Nationen . . . . .		<i>Schmid, Ronald</i> : Zur Unwirksamkeit von Kündigungen des Arbeitgebers . . . . .	6 Ü
1. Teil — Mitgliedschaft und Organisation . . . . .	375	<i>Schroeder, Friedrich-Christian</i> : Die Typen der juristischen Hilfsmittel . . . . .	397
2. Teil — Rechtsquellen, Zuständigkeit und Arbeitsweise . . . . .	437	<i>Schwabe, Jürgen</i> : Die Stufentheorie des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 12 GG . . . . .	318
<i>Henrich, Dieter</i> : Die Rechtsprechung der deutschen Gerichte zum Unterhaltsrecht: Der Versuch der Ausfüllung unbestimmter Rechtsbegriffe . . . . .	527	<i>Solbach, Günter</i> : Zur Methodik der strafrechtlichen Assessor-klausur . . . . .	164
<i>Hensen, Horst-Diether</i> : Das AGB-Gesetz . . . . .	133	<i>Solbach, Günter</i> : Nochmals: „Der Abschluß des strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens“ . . . . .	475
<i>Herzberg, Dietrich</i> : Aberratio ictus und error in obiecto . . . . .		<i>Stober, Rolf</i> : Grundsätze des Gewerberechts . . . . .	216
		<i>Stober, Rolf</i> : Einführung in das Ladenschlußrecht . . . . .	653
		<i>Strohs, Matthias</i> : Die Zurückweisung verspäteten Vorbringens nach § 296 Abs. 1 und 2 ZPO in der Fassung der Vereinfachungs-novelle . . . . .	457

<i>Tettinger, Peter J.</i> : Zivilgerichtliche Kontrolle des Wettbewerbshandelns der öffentlichen Hand . . . . .	156
<i>Teubner, E.</i> : Stoßseufzer eines Prüfers (oder: Von Mäusen und Elefanten) . . . . .	XIV/10
• <i>Thediech, Franz</i> : Die neuere Entwicklung des Asylrechts . . . . .	85
<i>Wacke, Andreas</i> : Wer zuerst kommt, mahlt zuerst — Prior tempore potior iure . . . . .	94
<i>Wacke, Andreas</i> : Der Jüngste stimmt zuerst — Der Ältere teilt, der Jüngere wählt . . . . .	176
<i>Wacke, Andreas</i> : Mala fides superveniens non nocet — scientia superveniens nocet . . . . .	233
<i>Wacke, Andreas</i> : Wer sät, der mählt . . . . .	286
<i>Wacke, Andreas</i> : Diligentia quam in suis rebus . . . . .	400
<i>Wacke, Andreas</i> : Erben ist kein Gewinn . . . . .	476
<i>Wacke, Andreas</i> : Conceptus pro iam nato habetur, quotiens de commodis eius agitur . . . . .	549
<i>Wacke, Andreas</i> : Ambiguitas contra stipulatorem . . . . .	666
<i>Walter, Gerhard</i> : Liegenschaftsrechte außerhalb des Grundbuches . . . . .	322
<i>Westermann, Harm Peter</i> : Mißbrauch der Vertretungsmacht . . . . .	521
<i>Westermann, Harm Peter</i> : Die Konzernverschaffungsschuld als Beispiel einer beschränkten Gattungsschuld . . . . .	599
<i>Willing, F.</i> : Das gestufte atomrechtliche Genehmigungsverfahren . . . . .	113 Ü
<i>Wolfslast, Gabriele</i> : Die Regelung der Schuldfähigkeit im StGB . . . . .	464

2. Aufsätze in Zeitschriften

<b>Bearbeiter:</b>	<i>R. Heß</i>	<i>S. Mennemeyer</i>
<i>W. Bottke</i>	<i>B.-F. Hoffmann</i>	<i>J. Rauch</i>
<i>E. Giemulla</i>	<i>O. Jansen</i>	<i>M. Reinicke</i>
<i>U. Göhring</i>	<i>W. Joecks</i>	<i>P. Witte</i>
<i>P. Greulich</i>	<i>D. Kratzsch</i>	<i>E. Yersin</i>
<i>O. Hartwig</i>	<i>B. Maas</i>	

<i>Achterberg</i> : Probleme des verwaltungsgerichtlichen Normenkontrollverfahrens, VerwArch. 1981, 163 ( <i>B.-F. Hoffmann</i> ) . . . . .	674
<i>Adomeit</i> : Die mißglückte Sterilisation, Jura 1981,196 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) . . . . .	403
<i>Badura</i> : Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das Staatshaftungsgesetz, NJW 1981,1337 ( <i>B.-F. Hoffmann</i> ) . . . . .	673
<i>Bauer</i> : Verfassungswidrige Korrektur des Beurkundungsrechts, NJW 1980,2552 ( <i>M. Reinicke</i> ) . . . . .	178
<i>Bauermann</i> : Die wesentlichen Grundsätze des internationalen Privatrechts, DAVorm. 1981,323 ( <i>J. Rauch</i> ) . . . . .	482
<i>Bernsmann</i> : Zur Problematik der Mißverhältnisklausel beim Sachwucher, G A 1981,141 ( <i>W. Joecks</i> ) . . . . .	487
<i>Bettermann</i> : Publikationsfreiheit für erschlissene Informationen?, NJW 1981,1065 ( <i>J. Rauch</i> ) . . . . .	480
<i>Bischof</i> : Alte und neue Zustellungsprobleme nach der Vereinfachungsnovelle, NJW 1980, 2235 ( <i>P. Greulich</i> ) . . . . .	104
<i>Bodenburg</i> : Entzerrung der ärztlichen Aufklärungspflicht: Grundaufklärung und Einschätzungsprärogative, NJW 1981, 601 ( <i>Heß/Witte</i> ) . . . . .	342
<i>Brill</i> : Angabe der Betriebsratstätigkeit im Zeugnis?, BB 1981, 616 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) . . . . .	406
<i>Brohm</i> : Der Schutz privater Belange bei Bauplanungen, NJW 1981, 1689 ( <i>B.-F. Hoffmann</i> ) . . . . .	674
<i>Bunte</i> : Erfahrungen mit dem AGB-Gesetz – Eine Zwischenbilanz nach 4 Jahren, AcP 1981, 31 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) . . . . .	405

<i>Canaris</i> : Der Bereicherungsausgleich bei sittenwidrigen Teilzahlungskrediten, WM 1981, 978 ( <i>Göhring/Maas</i> ) . . . . .	671
<i>Czermak</i> : Gibt es eine verwaltungsgerichtliche Bescheidungsklage?, BayVBl. 1981, 427 ( <i>B.-F. Hoffmann</i> ) . . . . .	673
<i>Deutsch</i> : Einschränkungen des Aufrechnungsverbots bei vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung, NJW 1981, 735 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) . . . . .	403
<i>Dölling</i> : Die Aussetzung des Restes der Ersatzfreiheitsstrafe zur Bewährung, NStZ 1981, 86 ( <i>W. Joecks</i> ) . . . . .	486
<i>Ebert/Kuhl</i> : Das Unrecht der vorsätzlichen Straftat, Jura 1981, 225 ( <i>D. Kratzsch</i> ) . . . . .	613
<i>Eich</i> : Das Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz, NJW 1980, 2329 ( <i>P. Greulich</i> ) . . . . .	104
<i>Eichinger</i> : Grundfälle zum neuen Reisevertragsrecht, Jura 1981, 185 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) . . . . .	405
<i>Eichmann</i> : Die fiduziarisch gegebene isolierte Grundschuld als Rangierungsmittel, NJW 1981, 545 ( <i>Heß/Witte</i> ) . . . . .	345
<i>Eser</i> : Heimtücke auf höchstrichterlichem Prüfstand: Chance einer Wende in der Mordrechtsprechung, JR 1981, 117 ( <i>D. Kratzsch</i> ) . . . . .	614
<i>Evans-von Krbeh</i> : Zur Fruchtbarkeit der Formeln von sogenannten positiven und negativen Interessen ( <i>Jansen/Maas</i> ) . . . . .	235
<i>Finger</i> : Wohngemeinschaft, Partnerschaft, Lebensgemeinschaft – „Alternative“ Formen des Zusammenlebens – JZ 1981, 497 ( <i>P. Greulich</i> ) . . . . .	610
<i>Fischer</i> : Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts und zur stillen Gesellschaft, WM 1981, 638 ( <i>R. Heß</i> ) . . . . .	559
<i>Fischer</i> : Schadensersatz wegen unterbliebener Abtreibung, NJW 1981, 1991 ( <i>Göhring/Maas</i> ) . . . . .	671
<i>Flume</i> : Zur Enträtselung der Vorgesellschaft. Eine Untersuchung aus Anlaß der Entscheidung BGH, Urt. v. 9. 3. 1981, NJW 1981, 1753 ( <i>P. Greulich</i> ) . . . . .	611
<i>Friehe</i> : die Konkurrentenklage gegen einen öffentlich-rechtlichen Subventionsvertrag, DÖV 1980, 673 ( <i>E. Yersin</i> ) . . . . .	107
<i>Fuchs</i> : Die zivilrechtliche Haftung des Arztes aus der Aufklärung über Genschäden NJW 1981, 610 ( <i>Heß/Witte</i> ) . . . . .	434
<i>Fuhrhop</i> : Die Abgrenzung der Steuervorteilerschleichung vom Betrug und Subventionsbetrug, NJW 1980, 1261 ( <i>E. Giemulla</i> ) . . . . .	39
<i>Garrn</i> : Zur richterlichen Inhaltskontrolle motarieller Verträge, NJW 1980, 2782 ( <i>Jansen/Maas</i> ) . . . . .	235
<i>Geck</i> : Zum Versammlungsbegriff des Art. 8 GG, DVBl. 1980, 797 ( <i>E. Yersin</i> ) . . . . .	105
<i>Gessler</i> : Die GmbH-Novelle, BB 1980, 1385 ( <i>P. Greulich</i> ) . . . . .	102
<i>Gössel</i> : Wildes Plakatieren und Sachbeschädigung im Sinne des § 303 StGB, JR 1980, 184( <i>E. Giemulla</i> ) . . . . .	40
<i>Grunewald</i> : Haftung für fehlerhafte Geschäftsführung in der GmbH & Co KG, BB 1981, 581 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) . . . . .	406
<i>Grünwald</i> : Probleme der Gegenüberstellung zum Zwecke der Wiedererkennung, JZ 1981, 423 ( <i>D. Kratzsch</i> ) . . . . .	617
<i>Gülzow</i> : Beschlagnahme von Unterlagen der Mandanten bei den Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern, NJW 1981, 265 ( <i>W. Joecks</i> ) . . . . .	488
<i>Haddenbrock</i> : Das Sachverständigendilemma im Deutschen Strafprozeß ohne Tat- oder Suldinter? , NJW 1981, 1302 ( <i>D. Kratzsch</i> ) . . . . .	616

<i>Hammerstein</i> : Der Anwalt als Beistand „gefährdeter“ Zeugen, NSTZ 1981, 125 (W. Joecks) . . . . .	488	<i>Kornblum</i> : Schuldnerschutz bei der Forderungsabtretung, BB 1981, 1296 (P. Greulich) . . . . .	610
<i>Harder/Müller-Freienfels</i> : Grundzüge der Erbenhaftung, JuS 1980, 876 (Jansen/Maas) . . . . .	236	<i>Kuchinke</i> : Grundfragen des Erbscheinsverfahrens und des Verkehrsschutzes bei Verfügungen des Scheinerben über Erbschaftsgegenstände, Jura 1981, 281 (R. Heß) . . . . .	559
<i>Harenberg</i> : Sittenwidrige Höhe von Darlehenszinsen, NJW 1981, 99 (P. Greulich) . . . . .	289	<i>Kühl</i> : Grundfälle zur Vorbereitung, Versuch, Vollen- dung und Beendigung, JuS 1981, 193 (W. Joecks) . . . . .	486
<i>Haubrich</i> : Informatorische Befragung von Beschuldigten und Zeugen, NJW 1981, 803 (W. Joecks) . . . . .	488	<i>Kunth</i> : Zur (echten) Globalzession im unechten Facto- ring, BB 1981, 334 (Heß/Witte) . . . . .	340
<i>Hehnken</i> : Zur Strafbarkeit der Ehegattennotzucht, ZRP 1980, 171 (E. Giemulla) . . . . .	40	<i>Lehmann</i> : Die bürgerlich-rechtliche Haftung für Werbe- angaben, NJW 1981, 1233 (R. Heß) . . . . .	556
<i>Hermann, E.</i> : Vollzug von Schenkungen nach § 518 Abs. 2 BGB, zugleich ein Beitrag zu § 2301 Abs. 2 BGB, MDR 1980, 883 (M. Reinicke) . . . . .	177	<i>Lindacher</i> : Kenntnismöglichkeit und Kenntnis- nahmeobliegenheit bei Allgemeinen Geschäftsbedingun- gen, JZ 1981, 131 (Heß/Witte) . . . . .	339
<i>Herzberg</i> : Das Wahndelikt in der Rechtsprechung des BGH, JuS 1980, 469 (E. Giemulla) . . . . .	39	<i>Linnenkohl</i> : Datenschutz und Tätigkeit des Betriebsrats, NJW 1981, 202 (P. Greulich) . . . . .	290
<i>von Heymann</i> : Zur Haftung bei Bauherren- und Erster- werber-Modellen, DB 1981, 563 (Heß/Witte) . . . . .	341	<i>Littbarski</i> : Neuere Tendenzen zum Anwendungsbereich der Lehre von der Geschäftsgrundlage, JZ 1980 8 (P. Greulich) . . . . .	288
<i>Hillenkamp</i> : Risikogeschäft und Untreue, NSTZ 1981, 161 (D. Kratzsch) . . . . .	614	<i>Littbarski</i> : Die Entscheidung der Rechtsprechung des BGH zu den Vorhaltekosten bei Verwendung von Reser- vefahrzeugen, BB 1980, 1448 (P. Greulich) . . . . .	99
<i>Hirsch</i> : Zur Behandlung der Bagatellkriminalität in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Staatsanwaltschaft, ZStW 1980, 218 (W. Botke) . . . . .	349	<i>Littbarski</i> : Keine Haftung für Verschulden bei Vertrags- schluß neben mietvertraglicher Sachmängelhaftung? DB 1981, 409 (Heß/Witte) . . . . .	341
<i>Hirtz</i> : Die Abfindung des Gesellschafters einer Personen- gesellschaft nach der Ausschließung ohne wichtigen Grund, BB 1981, 761 (J. Rauch) . . . . .	482	<i>Locher</i> : Zur Anfechtung wegen Irrtums über die Einbe- ziehungsvoraussetzungen und über den Inhalt einzelner Klauseln in AGB, BB 1981, 818 (J. Rauch) . . . . .	481
<i>Hoffmann</i> : Aktuelle Rechtsfragen des Warnstreiks, DB 1981, 1188 (R. Heß) . . . . .	560	<i>Löwer</i> : Funktion und Begriff des Verwaltungsakts, JuS 1980, 805 (E. Yersin) . . . . .	106
<i>Holch</i> : Prozeßkostenhilfe – auf Kosten des Persönlich- keitsschutzes, NJW 1981, 151 (P. Greulich) . . . . .	290	<i>Löwer</i> : die Zeugnisnote – Ein Verwaltungsakt? DVBl. 1980, 952 (E. Yersin) . . . . .	106
<i>Honsell</i> : Die Saldotheorie – Erweiterung oder Restrik- tion des § 818 Abs. 3 BGB, JZ 1980, 802 (Jansen/Maas) . . . . .	235	<i>Löwer</i> : Klagebefugnis und Kontrollumfang der richterli- chen Planprüfung bei straßenrechtlichen Planfeststel- lungsbeschlüssen, DVBl. 1981, 528 (B.-F. Hoffmann) . . . . .	674
<i>Horn</i> : Strafbares Fehlverhalten von Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden, NJW 1981, 1 (W. Botke) . . . . .	348	<i>Lücke</i> : Der Verwaltungsrechtsweg, JuS 1980, 644 (E. Yer- sin) . . . . .	106
<i>v. Hoyningen-Huene</i> : Die unbezahlte Freistellung von Arbeit, NJW 1981, 713 (S. Mennemeyer) . . . . .	406	<i>Maiwald</i> : Grundlagenprobleme der Unterlassungsde- likte, JuS 1981, 473 (D. Kratzsch) . . . . .	613
<i>Huber</i> : Inanspruchnahme eines Nichtstörers durch Bes- chlagnahme einer Wohnung, JZ 1981, 385 (B.-F. Hoff- mann) . . . . .	673	<i>Marx</i> : Die Verwertung präsenter Beweismittel nach neuem Recht, NJW 1981, 1415 6D. (Kratzsch) . . . . .	615
<i>Huffer</i> : Die Eingriffskondiktion, JuS 1981, 263 (S. Men- nemeyer) . . . . .	404	<i>Marxen</i> : Medienfreiheit und Unschuldsvermutung, GA 1980, 365 (W. Botke) . . . . .	348
<i>Hümmerich/Gola</i> : Die Entwicklung des Datenschutz- rechts in den Jahren 1979 und 1980, NJW 1981, 1480 (B.- F. Hoffmann) . . . . .	673	<i>Merten</i> : Demokratischer Rechtsstaat und Verfassungsge- richtsbarkeit, DVBl. 1980, 773 (E. Yersin) . . . . .	105
<i>Jarass</i> : Gaststättenlärm und Sperrzeit, NJW 1981, 721 (E. Yersin) . . . . .	484	<i>Meyer-Teschendorf</i> : Die Amtshilfe, JuS 1981, 187 (E. Yersin) . . . . .	484
<i>Johannson</i> : Die Teilwirksamkeit oder „geltungserhal- tende Reduktion“ von Allgemeinen Geschäftsbedingun- gen, DB 1981, 732 (S. Mennemeyer) . . . . .	405	<i>Mitzkus</i> : Wohnraummodernisierung und Mieterhöhung, NJW 1981, 199 (P. Greulich) . . . . .	289
<i>Joost</i> : Sachenrechtliche Zulässigkeit wettbewerbsbe- schränkender Dienstbarkeiten, NJW 1981, 308 (Heß/ Witte) . . . . .	344	<i>Müller</i> : Überlegungen zu Streik und Aussperrung in Anknüpfung an Aussagen des Bundesarbeitsgerichts, DB 1981, Beil. Nr. 7 (S. Mennemeyer) . . . . .	406
<i>Kaiser</i> : Spenden an politische Parteien und strafbare Vorteilsnahme, NJW 1981, 321 (W. Joecks) . . . . .	487	<i>Müller</i> : Betrug durch Geltendmachung von Ehemakler- lohn?, JuS 1981, 255 (W. Joecks) . . . . .	487
<i>Keller</i> : Die Automation des Mahnverfahrens, NJW 1981, 1184 (J. Rauch) . . . . .	483	<i>Müller</i> : Der Garantievertrag im Kaufrecht, ZIP 1981, 707 (R. Heß) . . . . .	557
<i>Knieper</i> : Zurichtung nationaler Politik durch internationa- les Recht? Kritische Justiz 1979, 270 (H. Fromm) . . . . .	107	<i>Müller</i> : Der Schutz des Werkunternehmers bei Insolvenz des Bestellers, VersR 1981, 499 (R. Heß) . . . . .	558
<i>Knieper/Fromm</i> : Aufeinandertreffen von Erbrecht und Gesellschaftsrecht bei der Gesellschafternachsfolge (Jan- sen/Maas) . . . . .	236	<i>Nack</i> : Untreue im Bankbereich durch Vergabe von Großkrediten, NJW 1980, 1599 (E. Giemulla) . . . . .	40
<i>Knippel</i> : Wann ist ein Kraftfahrzeug nicht mehr fabrik- neu? DAR 1981, 145 (J. Rauch) . . . . .	481	<i>Nickel</i> : Zur Problematik von Gewährleistungs- und Garantiekostenregelungen durch AGB im Verhältnis zwischen Hersteller und Händler, NJW 1981, 1490 (R. Heß) . . . . .	557
<i>Knöpfle</i> : Die Vormerkung, JuS 1981, 157 (Heß/Witte) . . . . .	343		

<i>Niethammer</i> : Gerichtskontrolle von Verwaltungsakten mit Doppelwirkung bei Widerspruchsbescheid trotz Verfristung, NJW 1981, 1544 (B.-F. Hoffmann) . . . . .	673	<i>Schneider, E.</i> : Die vollstreckungsrechtliche Durchsuchungsanordnung, NJW 1980, 2377 (P. Greulich) . . . . .	105
<i>Philipp</i> : Ist das Grundrecht auf Asyl verfassungswidrig?, NJW 1981, 1857 (B.-F. Hoffmann) . . . . .	673	<i>Schneider, E.</i> : Prozeßkostenhilfe, MDR 1981, 1 (P. Greulich) . . . . .	290
<i>Plum</i> : Zur Abgrenzung des Eigentums- vom Vermögensschaden, AcP 1981, 68 (S. Mennemeyer) . . . . .	402	<i>Schöneborn</i> : Zum Leitgedanken der Rechtfertigungseinschränkung bei Notwehrprovokation, NStZ 1981, 201 (D. Kratzsch) . . . . .	614
<i>Priester</i> : Das gesetzliche Bezugsrecht bei der GmbH, DB 1980, 1925 (P. Greulich) . . . . .	103	<i>Schröder</i> : Haftung von Börseninformationsdiensten, NJW 1980, 2279 (P. Greulich) . . . . .	99
<i>Puppe</i> : Zur Revision der Lehre vom „konkreten“ Vorsatz und der Beachtlichkeit der aberratio ictus, GA 1981, (W. Bottke) . . . . .	346	<i>Schroeder</i> : Zivilrechtliche Aspekte der Instandbesetzungen, JuS 1981, 635 (Göhring/Maas) . . . . .	670
<i>Puppe</i> : Der Erfolg und seine kausale Erklärung im Strafrecht, ZStW 1980, 863 (W. Bottke) . . . . .	347	<i>Schroth</i> : Der Diebstahl mittels Codekarte, NJW 1981, 729 (W. Joecks) . . . . .	486
<i>Oehler</i> : Die Haftung des Vermieters für unbehebbarer Mängel, JZ 1980, 794 (Jansen/Maas) . . . . .	235	<i>Schulte</i> : Rechtsfragen der Ausgleichsquittung bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses, DB 1981, 937 (J. Rauch) . . . . .	482
(P. Greulich) . . . . .	289	<i>Schulz</i> : Ahndung und Gewährleistung, NJW 1980, 2172 (P. Greulich) . . . . .	100
<i>Orloff</i> : Baurechtliche Abrißverfügung und Rechtsnachfolge, JuS 1981, 574 (B.-F. Hoffmann) . . . . .	673	<i>Schulze-Osterloh</i> : Die Wahl der Abschlußprüfer einer KG, BB 1980, 1402 (P. Greulich) . . . . .	103
<i>Ostendorf</i> : Die strafrechtliche Rechtmäßigkeit rechtswidrigen hoheitlichen Handelns, JZ 1981, 165 (W. Joecks) . . . . .	486	<i>Schünemann</i> : Die Bedeutung der „besonderen persönlichen Merkmale“ für die strafrechtliche Teilnehmer- und Vertreterhaftung (1. Teil), Jura 1980, 354 (E. Giemulla) . . . . .	39
<i>Ott</i> : Zur Sittenwidrigkeit von Konsumentenkreditverträgen, BB 1981, 937 (R. Heß) . . . . .	556	<i>Schünemann</i> : Schadensersatz für mißgebildete Kinder bei fehlerhafter genetischer Beratung Schwangerer, JZ 1981, 574 (Göhring/Maas) . . . . .	671
<i>Raeschke-Kessler</i> : Einstweilige Verfügung gegen Unbekannt – ein Mittel gegen Hausbesetzer? NJW 1981, 663 (Heß/Witte) . . . . .	345	<i>Schuster</i> : Das Gesetz über die Prozeßkostenhilfe, ZZP 1980, 361 (M. Reinicke) . . . . .	179
<i>Ranft</i> : Die Präklusion der Besetzungsrüge gemäß der Strafprozeßnovelle 1979 und das Recht auf den gesetzlichen Richter, NJW 1981, 1473 (D. Kratzsch) . . . . .	616	<i>Schwark</i> : Rechtsprobleme bei der mittelbaren Stellvertretung, JuS 1980, 777 (M. Reinicke) . . . . .	177
<i>Rebmann</i> : Das Verbot der Mehrfachverteidigung nach § 146 StPO, NStZ 1981, 41 (W. Joecks) . . . . .	488	<i>Serick</i> : „Befremdliches“ zur Behandlung der Barvorschußtheorie beim Factoring-Geschäft?, NJW 1981, 794 (S. Mennemeyer) . . . . .	405
<i>Reinicke/Tiedtke</i> : Die Sicherung einer Gesamtschuld durch eine Grundschuld auf dem Grundstück eines Dritten, NJW 1981, 2145 (Göhring/Maas) . . . . .	672	<i>Starck</i> : Die Grundrechte des Grundgesetzes, JuS 1981, 237 (E. Yersin) . . . . .	483
<i>Rieß</i> : Neuordnung des Rechtsschutzes gegen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen (D. Kratzsch) . . . . .	615	<i>Stein</i> : Strafprozessualer Tatbegriff und Alternativität von Vorwürfen, JR 1980, 444 (W. Bottke) . . . . .	349
<i>Rieß/Thym</i> : Rechtsschutz gegen strafprozessuale Zwangsmaßnahmen, GA 1981, 189 (D. Kratzsch) . . . . .	615	<i>Stern</i> : Der einstweilige Rechtsschutz im Verwaltungsprozeß, JuS 1981, 343 (E. Yersin) . . . . .	485
<i>Rittner</i> : Die Satzungsanatomie der Aktiengesellschaft und die innere Ordnung des Aufsichtsrats nach dem Mitbestimmungsgesetz, DB 1980, 2493 (Jansen/Maas) . . . . .	236	<i>Stoll</i> : Der Persönlichkeitsschutz in der neuesten Entwicklung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung, Jura 1981, 135 (Heß/Witte) . . . . .	343
<i>Rittner</i> : Zur Sittenwidrigkeit von Teilzahlungskreditverträgen, DB 1981, 1381 (R. Heß) . . . . .	556	<i>Tenchhoff</i> : Der Zueignungsbegriff bei Diebstahl und Unterschlagung, JuS 1980, 723 (E. Giemulla) . . . . .	40
<i>Rochus</i> : Betrügerischer Handel mit Rohstoffoptionen, NJW 1981, 736 (W. Joecks) . . . . .	487	<i>Tiedemann</i> : Strafbare Erschleichung von Investitionszulagen durch Aufhebung und Neuabschluß von Lieferverträgen, NJW 1980, 1557 (E. Giemulla) . . . . .	40
<i>Roth</i> : Treu und Glauben beim Schwarzkauf (BGH, NJW 1980, 451), JuS 1981, 250 (S. Mennemeyer) . . . . .	404	<i>Tiefenbacher</i> : Rechtsprobleme der Handelsvertreter-Firma, BB 1981, 85 (P. Greulich) . . . . .	290
<i>Sächer/Paschke</i> : Der Notweg im System des nachbarrechtlichen Zivilrechts, NJW 1981, 1009 (J. Rauch) . . . . .	481	<i>Tiedtke</i> : Das Pflichtteilentziehungsrecht des Vaters eines nichtehelichen Kindes, zugleich eine Anmerkung zu BGH, JZ 1980, 320 (= BGHZ 76, 109), JZ 1980, 717 (M. Reinicke) . . . . .	178
<i>Sambuc</i> : Unklarheitenregel und enge Auslegung von AGB, NJW 1981, 313 (Heß/Witte) . . . . .	339	<i>Tonner</i> : Urlaub im Ferienhaus, NJW 1981, 1921 (Göhring/Maas) . . . . .	670
<i>Schaub</i> : Vorläufiger Rechtsschutz bei der Kündigung von Arbeitsverhältnissen, NJW 1981, 1807 (P. Greulich) . . . . .	612	<i>Ulmer</i> : Notarielle Vertragsmuster und AGB-Inhaltskontrolle, DNotZ 1981, 84 (Heß/Witte) . . . . .	340
<i>Schmaltz</i> : Die rückwirkende Inkraftsetzung eines Bebauungsplans, DVBl. 1981, 328 (E. Yersin) . . . . .	484	<i>Ulmer</i> : Teilunwirksamkeit von teilweise unangemessenen AGB-Klauseln, NJW 1981, 2025 (Göhring/Maas) . . . . .	671
<i>Schmidt, G./Schmid, R.</i> : Die Arbeitnehmerabfindung nach dem Kündigungsschutzgesetz im Konkurs, NJW 1980, 2563 (M. Reinicke) . . . . .	180	<i>Ulsenheimer</i> : Die Verletzung der Protokollierungspflicht im Strafprozeß und ihre revisionsrechtliche Bedeutung, NJW 1980, 2273 . . . . .	41
<i>Schmid, M. J.</i> : Die Wohnungseigentümergeinschaft im System der Rechtsgemeinschaften, BIGBW 1981, 142 (P. Greulich) . . . . .	611	<i>Van Venrooy</i> : Unwirksamkeit der unzeitigen Kündigung in den gesetzlich geregelten Fällen, JZ 1981, 53 (P. Greulich) . . . . .	289
<i>Schmidt-Salzer</i> : Rechtliche und tatsächliche Aspekte der Produktbeobachtungshaftung, BB 1981, 1041 (R. Heß) . . . . .	558		

<i>Vogt</i> : Die nachträgliche Bildung einer Gesamtgeldstrafe bei differierenden Tagessatzhöhen, NJW 1981, 899 ( <i>W. Joecks</i> ) . . . . .	486	<i>Graf von Westphalen</i> : Vertragswidriger Eigentumsvorbehalt und Kollision von Allgemeinen Geschäftsbedingungen bei Vertragsschluß, BB 1980, 1405 ( <i>P. Greulich</i> ) . . .	100
<i>Wacke</i> : Gutgläubiger Vormerkungserwerb und Konfusion, NJW 1981, 1577 ( <i>R. Heß</i> ) . . . . .	559	<i>Graf von Westphalen</i> : Schattenseiten des Verbraucherschutzes DB 1981, 61 ( <i>P. Greulich</i> ) . . . . .	289
<i>Walter</i> : Dingliche Schlüsselgewalt und Eigentumsvermutung – Enteignung kraft Eheschließung ( <i>Göhring/Maas</i> ) .	672	<i>Wilhelm</i> : Sicherungsgrundschuld und Einreden gegen den Dritterwerber, JZ 1980, 625 ( <i>P. Greulich</i> ) . . . . .	101
<i>Weber-Will/Kern</i> : Ein Beitrag zur Dogmatik des § 279 BGB, JZ 1981, 257 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) . . . . .	404	<i>Wohlfahrth</i> : Die Kommune vor dem Strafrichter, NJW 1980, 2227 ( <i>E. Giemulla</i> ) . . . . .	39
<i>Weides</i> : Widerruf und Rückforderung von Zuwendungen des Bundes und der Länder, NJW 1981, 841 ( <i>E. Yersin</i> ) .	484	<i>Wolf</i> : Die Berücksichtigung verspäteten Vorbringens in der Berufungsinstanz, ZZP 1981, 310 ( <i>P. Greulich</i> ) . . .	612
<i>Weimar</i> : Das mitwirkende Verschulden beim Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte, JR 1981, 140 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) .	403	<i>Wolter</i> : Zur Struktur der erfolgsqualifizierten Delikte, JuS 1981, 168 ( <i>W. Joecks</i> ) . . . . .	485
<i>Weimar</i> : Die Entziehung des Wohnungseigentums bei Überbelastung, JurBüro 1981, 661 ( <i>J. Rauch</i> ) . . . . .	482	<i>Ziepke</i> : Die Anrechnung von Tarifierhöhungen, BB 1981, 61 ( <i>P. Greulich</i> ) . . . . .	290
<i>Wendeling-Schröder/Spieker</i> : Das Mitbestimmungsurteil des BVerfG und seine Auswirkungen auf die Praxis des Mitbestimmungsgesetzes, NJW 1981, 145 ( <i>P. Greulich</i> ) .	280	<i>Zimmermann</i> : Schadensbemessung nach Billigkeit: Die Entscheidung des BGH zum Ladendiebstahl und zur fehlgeschlagenen Familienplanung, JZ 1981, 86 ( <i>Heß/Witte</i> ) . . . . .	338
<i>Wessel</i> : Überlegung zu einer Reform unseres Firmenrechts, BB 1981, 822 ( <i>J. Rauch</i> ) . . . . .	482	<i>Zukey</i> : Problemfeld Ausländerrecht, JuS 1980, 621 ( <i>E. Yersin</i> ) . . . . .	106
<i>Graf von Westphalen</i> : Garantie- und Gewährleistungsvergütungen im Verhältnis zwischen Hersteller – Handel – Endkunde, NJW 1980, 2227 ( <i>P. Greulich</i> ) . . . . .	99		

### 3. Erläuterte Entscheidungen

Bearbeiter:	<i>J. Corts</i>	<i>R. Heß</i>	<i>B. Maas</i>	<i>U. Prutsch</i>	<i>R. Thiemann</i>
	<i>J. Eberlein</i>	<i>B. F. Hoffmann</i>	<i>Th. de Maizière</i>	<i>J. Rahmede</i>	<i>M. Weißen</i>
<i>K. Autenrieth</i>	<i>U. Fastenrath</i>	<i>H. H. Hollmann</i>	<i>C. Meissner</i>	<i>M. Reinicke</i>	<i>P. Witte</i>
<i>N. Berg</i>	<i>W. Friedrich</i>	<i>O. Jansen</i>	<i>S. Mennemeyer</i>	<i>A. Schulte</i>	
<i>D. Birk</i>	<i>M. Friedrich-Marczyk</i>	<i>D. Janssen</i>	<i>H. P. Moritz</i>	<i>I. Schwefer</i>	
<i>W. Botke</i>	<i>H. Geiger</i>	<i>E. Kausch</i>	<i>F. Müssigbrodt</i>	<i>S. Schwung</i>	
<i>L. Büschens</i>	<i>Chr. Hauke</i>	<i>A. Kleikamp</i>	<i>A. Peltner</i>	<i>B.-R. Sonnen</i>	
<i>H. Caesar</i>	<i>F. Häuser</i>	<i>O. G. Lippross</i>	<i>R. Pitschas</i>	<i>F. J. Stein</i>	

#### Bundesverfassungsgericht

BVerfG, Beschl. v. 18. 7. 1979 — 2 BvR 488/76 = NJW 1980, 33 ( <i>U. Prutsch</i> ) . . . . .	59	BVerfG, Urt. v. 10. 12. 1980 — 2 BvF 3/77 = NJW 1981, 329 ( <i>R. Pitschas</i> ) . . . . .	511
BVerfG, Beschl. v. 25. 7. 1879 — 2 BvL 6/77 = BVerfGE 52, 187 = DÖV 1980, 337 = EuGRZ 1979, 547 = EuR 1980, 68 = NJW 1980, 519 ( <i>U. Fastenrath</i> ) . . . . .	302	BVerfG, Beschl. v. 16. 12. 1980 — 2 BvR 419/80 = BVerfGE 55, 349 = EuGRZ 1981, 140 ( <i>U. Fastenrath</i> ) . .	510
BVerfG, Beschl. v. 26. 3. 1980 — 1 BvR 121/76 u. a. = JZ 1980, 566 = DB 1980, 1573 ( <i>R. Pitschas</i> ) . . . . .	55	BVerfG, Beschl. v. 17. 2. 1981 — 2 BvR 384/78 = BB 81, 1150 = NJW 1981, 1829 ( <i>W. Friedrich</i> ) . . . . .	689
BVerfG, Beschl. v. 13. 5. 1980 — 1 BvR 103/77 = NJW 1980, 2069 ( <i>M. Reinicke</i> ) . . . . .	350	BVerfG, Urt. v. 10. 3. 1981 — 1 BvR 92, 96/77 = NJW 1981, 1257 = DVBl. 1981, 542 ( <i>D. Birk</i> ) . . . . .	631
BVerfG, Beschl. v. 3. 6. 1980 — 1 BvR 967 u. a. = NJW 1980, 2693 m. Anm. Berkemann ( <i>R. Pitschas</i> ) . . . . .	252	BVerfG, Urt. v. 24. 3. 1981 — 1 BvR 1516/78; 1 BvR 964/80; 1 BvR 1337/80 FamRZ 1981, 429 = NJW 1981, 1201 ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	570
BVerfG, Beschl. v. 3. 6. 1980 — 1 BvR 797/78 = NJW 1980, 2072 ( <i>M. Reinicke</i> ) . . . . .	350	BVerfG, Beschl. v. 7. 4. 1981 — 2 BvR 446/80 = 1981, 436 ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	687
BVerfG, Beschl. v. 3. 6. 1980 — 1 BvR 185/77 = NJW 1980, 2070 ( <i>M. Reinicke</i> ) . . . . .	350	BVerfG, Urt. v. 26. 5. 1981 — 1 BvL 56/78 u. a. = 1981, 438 ( <i>R. Pitschas</i> ) . . . . .	632
BVerfG, Beschl. v. 15. 7. 1980 — BvR 24/74; 439/79 = NW 81, 215 ( <i>W. Friedrich</i> ) . . . . .	420		
BVerfG, Beschl. v. 8. 10. 1980 — 1 BvL 122/78 u. a. = JZ 1981, 60 ( <i>M. Friedrich-Marczyk</i> ) . . . . .	359	<b>Bundesgerichtshof, Entscheidung in Zivilsachen</b>	
BVerfG, Beschl. v. 5. 11. 1980 — 1 BvR 290/78 = NJW 1981, 673 ( <i>M. Friedrich-Marczyk</i> ) . . . . .	506	BGH, Urt. v. 2. 10. 1979 — VI ZR 245/78 = NJW 1980, 223 ( <i>Th. de Maizière</i> ) . . . . .	184
BVerfG, Beschl. v. 25. 11. 1980 — 2 BvL, 7, 8, 9/76 = NJW 1981, 971 ( <i>R. Pitschas</i> ) . . . . .	573	BGH, Urt. v. 24. 10. 1979 — IV ZR 31/78 = NJW 1980, 1276 ( <i>M. Reinicke</i> ) . . . . .	45
		BGH, Urt. v. 7. 11. 1979 — VIII ZR 223/78 = NJW 1980, 449 = BB 1980, 71 m. Anm. Haase JR 1980, 153 ( <i>M. Weißen</i> ) . . . . .	180

BGH, Urt. v. 22. 11. 1979 — III ZR 186/77 = JZ 1980, 358 ( <i>D. Birk</i> ) . . . . .	57	BGH, Urt. v. 22. 9. 1980 — II ZR 204/79 = NJW 1981, 175 = Jus 1981, 227 = BB 1981, 1547 ( <i>O. Jansen</i> ) . . . . .	626
BGH, Urt. v. 26. 11. 1979 — II ZR 256/78 = DB 1980, 391; NJW 1980, 784; WM 1980, 102 ( <i>H. Caesar</i> ) . . . . .	49	BGH, Urt. v. 24. 9. 1980 — VIII ZR 291/79 = JZ 1980, 766 = WM 1980, 1255 ZIP 1980, 968 ( <i>J. Rahmede</i> ) . . . . .	182
BGH, Urt. v. 13. 2. 1980 — VIII ZR 26/79 = NJW 1980, 1619 = BB 1980, 805 = WM 1980, 529 = JuS 1980, 678 ( <i>Emmerich</i> ) ( <i>M. Weißen</i> ) . . . . .	41	BGH, Urt. v. 24. 9. 1980 — VII ZR 273/79 = WM 1980, 1346 ( <i>P. Witte</i> ) . . . . .	298
BGH, Urt. v. 21. 2. 1980 — III ZR 185/77 = NJW 1980, 1574 = WM 1980, 549 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) . . . . .	237	BGH, Urt. v. 3. 10. 1980 — VZR 100/79 = WM 1981, 14 ( <i>M. Weißen</i> ) . . . . .	293
BGH, Urt. v. 27. 2. 1980 — VIII ZR 54/79 = NJW 1980, 1105 ( <i>F.-J. Stein</i> ) . . . . .	121	BGH, Urt. v. 9. 10. 1980 — VII ZR 332/79 = NJW 1981, 224 = WM 1981, 17 ( <i>F. Müssigbrodt</i> ) . . . . .	240
BGH, Urt. v. 28. 2. 1980 — III ZR 131/77 = NJW 1980, 2457 = DÖV 1980, 878 ( <i>A. Peltner</i> ) . . . . .	250	BGH, Urt. v. 20. 10. 1980 — II ZR 257/79 = WM 1981, 139 ( <i>F. Häuser</i> ) . . . . .	300
BGH, Urt. v. 13. 3. 1980 — II ZR 54/78 BB 1980, 646 = DB 1980, 920 NJW 1980, 1465 ( <i>H. Caesar</i> ) . . . . .	51	BGH, Urt. v. 22. 10. 1980 VIII ZR 190/79, München = WM 1980, 1385 ( <i>N. Berg</i> ) . . . . .	242
BGH, Urt. v. 13. 3. 1980 — II ZR 258/78 = BGHZ 76, 231 NJW 1980, 1470 = BB 1980, 696 = JuS 1980, 762 = WM 1980, 522 = DB 1980, 1117 ( <i>B. Maas</i> ) . . . . .	301	BGH, Urt. v. 22. 10. 1980 VIII ZR 334/79, Hamm = NJW 1980, 1383 ( <i>N. Berg</i> ) . . . . .	242
BGH, Urt. v. 18. 3. 1980 — ZR 105/78 = NJW 1980, 1450 ( <i>M. Weißen</i> ) . . . . .	111	BGH, Urt. v. 23. 10. 1980 — VII ZR 324/79 = DB 1981, 315 ( <i>L. Büschens</i> ) . . . . .	408
BGH, Urt. v. 18. 3. 1980 — ZR 247/78 = NJW 1980, 1452 ( <i>M. Weißen</i> ) . . . . .	111	BGH, Urt. v. 29. 10. 1980 — VIII ZR 262/79 = WM 1981, 60 ( <i>P. Witte</i> ) . . . . .	242
BGH, Urt. v. 23. 4. 1980 — IV 6 ZR 527/80 = NJW 1980, 1686 ( <i>H. P. Moritz</i> ) . . . . .	116	BGH, Beschl. v. 29. 10. 1980 — 3 StR 335/80 (LG Duisburg) = NJW 1981, 355 ( <i>W. Bottke</i> ) . . . . .	368
BGH, Urt. v. 9. 5. 1980 — V ZR 89/79 = WM 1980, 982 ( <i>N. Berg</i> ) . . . . .	114	BGH, Urt. v. 31. 10. 1980 — V ZR 95/79 = NJW 1981, 446 ( <i>I. Schwefer</i> ) . . . . .	683
BGH, Urt. v. 9. 5. 1980 — I ZR 76/78 = NJW 1980, 2018 ( <i>H. H. Hollmann</i> ) . . . . .	120	BGH, Urt. v. 5. 11. 1980 — VIII ZR 232/79 = WM 1981, 95 ( <i>I. Schwefer</i> ) . . . . .	493
BGH, Urt. v. 19. 5. 1980 — II ZR 169/79 = WM 1980, 1139 = BB 1980, 1716 ( <i>S. Schwung</i> ) . . . . .	190	BGH, Urt. v. 6. 11. 1980 — VII ZR 49/80 WM 1981, 122 = BB 1981, 261 = NJW 1981, 391 ( <i>F. Müssigbrodt</i> ) . . . . .	407
BGH, Urt. v. 22. 5. 1980 — III ZR 186/78 = DÖV 1980, 879 ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	254	BGH, Urt. v. 7. 11. 1980 — VZR 163/79 NJW 1981, 991 = ZIP 1981, 250 ( <i>F. Müssigbrodt</i> ) . . . . .	503
BGH, Urt. v. 23. 5. 1980 — V ZR 20/78 = NJW 1980, 2241 ( <i>A. Kleikamp</i> ) . . . . .	491	BGH, Urt. v. 10. 11. 1980 — II ZR 96/80 = JZ 1981, 147 ( <i>I. Schwefer</i> ) . . . . .	355
BGH, Urt. v. 28. 5. 1980 — VIII ZR 147/79 = NJW 1980, 2190 ( <i>M. Weißen</i> ) . . . . .	42	BGH, Urt. v. 12. 11. 1980 — VIII ZR 293/793 = NJW 1981, 275 = WM 1981, 37 ( <i>F.-J. Stein</i> ) . . . . .	296
BGH, Urt. v. 29. 5. 1980 — II ZR 225/78 = WM 1980, 955 ( <i>F. Häuser</i> ) . . . . .	192	BGH, Urt. v. 24. 11. 1980 — VIII ZR 339/79 = NJW 1981, 388 = WM 1981, 142 (Ergänzung BGH, NJW 1980, 2190 = JA 1981, 42; BGH, NJW 1980, 2184 = JA 1981, 239) ( <i>R. Heß</i> ) . . . . .	297
BGH, Urt. v. 29. 5. 1980 — II ZR 142/79 ( <i>Chr. Hauke</i> ) . . . . .	414	BGH, Urt. v. 24. 11. 1980 — II ZR 194/79 = WM 81, 140 = ZIP 81, 71 = DB 81, 366 ( <i>M. Weißen</i> ) . . . . .	411
BGH, Urt. v. 2. 6. 1980 — VIII ZR 64/79 = NJW 1980, 2408 JZ 1980, 611 = DB 1980, 1786 ( <i>S. Schwung</i> ) . . . . .	486	BGH, Urt. v. 24. 11. 1980 — II ZR 182/79 = NJW 1981, 757 ( <i>S. Schwung</i> ) . . . . .	412
BGH, Urt. v. 18. 6. 1980 — VIII ZR 119/79 = JZ 1980, 572 = NJW 1980, 2245 ( <i>M. Reinicke</i> ) . . . . .	43	BGH, Urt. v. 4. 12. 1980 — VII ZR 217/80 = NJW 1981, 569 = WM 1981, 251 = ZIP 1981, 167 ( <i>J. Rahmede</i> ) . . . . .	409
BGH, Urt. v. 18. 6. 1980 — VIII ZR 139/79 = WM 1980, 1070 = NJW 1980, 2184 ( <i>R. Heß</i> ) . . . . .	239	BGH, Urt. v. 10. 12. 1980 — VIII ZR 295/79 = WM 1981, 244 ( <i>P. Witte</i> ) . . . . .	354
BGH, Urt. v. 24. 6. 1980 — VI ZR 79/79 = NJW 1980, 2751 = MDR 1980, 1013 ( <i>I. Schwefer</i> ) . . . . .	246	BGH, Urt. v. 11. 12. 1980 — III ZR 38/79 = WM 1981, 196 = DB 1981, 682 = NJW 1981, 811 = BB 1981, 516 = JZ 1981, 278 ( <i>S. Mennemeyer</i> ) . . . . .	489
BGH, Urt. v. 25. 6. 1980 — IV 6 ZR 516/80 = ZIP 1980, 761 = FamRZ 1980, 765 = WM 1980, 895 = NJW 1980, 2350 ( <i>I. Schwefer</i> ) . . . . .	245	BGH, Urt. v. 29. 1. 1981 — II ZR 73/80 = WM 1981, 375 ( <i>N. Berg</i> ) . . . . .	567
BGH, Urt. v. 26. 6. 1980 — VII ZR 257/79 = NJW 1980, 2189 = BB 1981, 74 = WM 1980, 1090 = JuS 1981, 60 ( <i>Anm. Emmerich</i> ) ( <i>L. Büschens</i> ) . . . . .	353	BGH, Urt. v. 29. 1. 1981 — II ZR 92/80 = NJW 1981, 1270 = MDR 1981, 647 = WM 1981, 377 = BB 1981, 752 = DB 1981, 982 ( <i>B. Maas</i> ) . . . . .	686
BGH, Urt. v. 30. 6. 1980 — II ZR 219/79 = DB 1980, 1982 ( <i>H. Caesar</i> ) . . . . .	357	BGH, Urt. v. 18. 2. 1981 — VIII ZR 14/80 = WM 1981, 382 ( <i>R. Thiemann</i> ) . . . . .	495
BGH, Urt. v. 1. 7. 1980 — VI ZR 283/78 NJW 1980, 2183 ( <i>R. Heß</i> ) . . . . .	294	BGH, Urt. v. 18. 2. 1981 — VIII ZR 20/80 = NJW 1981, 1271 ( <i>F. J. Stein</i> ) . . . . .	684
BGH, Urt. v. 3. 7. 1980 — IV a ZR 38/80 = NJW 1980, 2461 = WM 1980, 1244 = DB 1980, 2187 = JuS 1981, 293 m. Anm. K. Schmidt ( <i>M. Reinicke</i> ) . . . . .	674	BAG, Urt. v. 25. 2. 1981 — 5 AZR 991/78 ( <i>J. Corts</i> ) . . . . .	504
BGH, Urt. v. 7. 7. 1980 — III ZR 32/79 DÖV 1981, 177 ( <i>A. Peltner</i> ) . . . . .	422	BGH, Urt. v. 12. 3. 1981 — III ZR 92/79 WM 1981, 353 = DB 1981, 1080 = BB 1981, 937 = NJW 1981, 1206 = ZIP 1981, 372 ( <i>F. Müssigbrodt</i> ) . . . . .	560
BGH, Urt. v. 8. 7. 1980 — ZR 177/78 BGHZ 78, 24 NJW 1980, 2807 ( <i>S. Schwung</i> ) . . . . .	618		



BGH, Urt. v. 17. 3. 1981 VI ZR 191/79 (-Derosal-) = NJW 1981, 1603 = DB 1981, 1225 = BB 1981, 1045 = JZ 1981, 480 ( <i>R. Thiemann</i> ) . . . . .	563
BGH, Urt. v. 17. 3. 1981 VI ZR 286/78 (-Benomyl-) = NJW 1981, 1606 = DB 1981, 1277 = BB 1981, 1048 ( <i>R. Thiemann</i> ) . . . . .	563
BGH, Beschl. v. 13. 3. 1981 — I ZR 5/79 = WM 1981, 542 ( <i>I. Schwefer</i> ) . . . . .	627
BGH, Urt. v. 18. 3. 1981 — VIII ZR 44/80 = NJW 1981, 1441 ( <i>F. J. Stein</i> ) . . . . .	680
BGH, Urt. v. 27. 3. 1981 — V ZR 202/79 = WM 1981, 691 = NJW 1981, 1554 ( <i>N. Berg</i> ) . . . . .	677
BGH, Urt. v. 8. 4. 1981 — IV 6 ZR 584/80 = NJW 1981, 1445 ( <i>R. Heß</i> ) . . . . .	566
BGH, Beschl. v. 9. 4. 1981 — IV a ZB 6/80 = NJW 1981, 1736 ( <i>M. Weißen</i> ) . . . . .	622
BGH, Beschl. v. 9. 4. 1981 — IV a ZB 4/80 = NJW 1981, 1737 ( <i>M. Weißen</i> ) . . . . .	622
BGH, Urt. v. 29. 4. 1981 — VIII ZR 184/80 = WM 1981, 677 ( <i>L. Büschens</i> ) . . . . .	624
BGH, Urt. v. 13. 5. 1981 — IV a ZR 171/80 = WM 1981, 824 ( <i>M. Reinicke</i> ) . . . . .	620
BGH, Urt. v. 13. 5. 1981 — VIII ZR 117/80 = NJW 1981, 1835 = BB 1981, 1180 = DB 1981, 1978 ( <i>O. Lippross</i> ) . . . . .	676
BGH, Urt. v. 21. 5. 1981 — VII ZR 172/80 = WM 1981, 849 = NJW 1981, 1833 ( <i>Th. de Maizière</i> ) . . . . .	617
BGH, Urt. v. 21. 5. 1981 — VII ZR 128/80 = NJW 1981, 2182 ( <i>R. Heß</i> ) . . . . .	681

#### Bundesgerichtshof, Entscheidungen in Strafsachen

BGH, Urt. v. 21. 3. 1979 — Z StR 743/78 (LG Aachen) BGHSt 28, 327 = MDR 1979, 684 = NJW 1979, 1941 JZ 1979, 483 ( <i>D. Janssen/E. Kausch</i> ) . . . . .	201
BGH, Beschl. v. 11. 7. 1979 — AZ: 3 StR 165/79 = NJW 1980, 249 ( <i>W. Bottke</i> ) . . . . .	64
BGH, Urt. v. 23. 8. 1979 — 4 StR 379/79 (LG Münster) = NJW 1980, 602 ( <i>W. Bottke</i> ) . . . . .	62
BGH, Urt. v. 25. 3. 1980 — 5 StR 36/80 = BGHSt 29, 230 = JZ 1980, 419 = NJW 1980, 1533 = MDR 1980, 593 = JuS 1980, 764 ( <i>J. Eberlein</i> ) . . . . .	310
BGH, Urt. v. 25. 11. 1980 — 5 StR 356/80 (LG Hildesheim) = NJW 1981, 355 ( <i>W. Bottke</i> ) . . . . .	579
BGH, Urt. v. 18. 2. 1981 — 2 StR 720/80 = NJW 1981, 1107 ( <i>B.-R. Sonnen</i> ) . . . . .	696
BGH, Urt. v. 28. 4. 1981 — 1 StR 121/81 = NStZ 1981, 350 ( <i>B.-R. Sonnen</i> ) . . . . .	638
BGH, Beschl. v. 19. 5. 1981 — GSSt 1/81 = NJW 1981, 1965 ( <i>B.-R. Sonnen</i> ) . . . . .	

#### Bundesverwaltungsgericht

BVerwG, Urt. v. 14. 12. 1979 — 4 C 10/77 = NJW 1980, 2368 ( <i>D. Birk</i> ) . . . . .	364
BVerwG, Urt. v. 14. 1. 1980 — 7 C 92/79; NJW 1980, 2426 = DÖV 1981, 917 (Vorinstanz BayVG, JZ 1980, 373 m. Anm. von Hoffmann) ( <i>A. Peltner</i> ) . . . . .	199
BVerwG, Urt. v. 20. 5. 1980 — 1 C 55/75 (OVG Bremen) = JZ 1980, 681 NJW 1980, 2657 ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	194
BVerwG, Urt. v. 13. 6. 1980 — 4 C 98 u. 99.76 — ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	128
BVerwG, Urt. v. 13. 6. 1980 — 4 C 31.77 — = JZ 1980, 647 ( <i>D. Birk</i> ) . . . . .	198

BVerwG, Urt. v. 19. 6. 1980 — 5 C 64/79 DÖV 1981, 60 ( <i>M. Friedrich-Marczyk</i> ) . . . . .	307
BVerwG, Urt. v. 16. 9. 1980 — 1 C 89/79 = VBIBW 1981, 147 ( <i>C. Meissner</i> ) . . . . .	508
BVerwG, Urt. v. 24. 10. 1980 — 4 C 81.77 = DVBl. 1981, 397 DÖV 1981, 339 ( <i>H. Geiger</i> ) . . . . .	514
BVerwG, Urt. v. 3. 12. 1980 — 1 D 86/79 = JZ 1981, 220 ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	423
BVerwG, Urt. v. 5. 12. 1980 — 4 C 28/77 = BayVB. 1981, 244 (teilweise) NJW 1981, 1000 = DVBl. 1981, 403 ( <i>H. Geiger</i> ) . . . . .	575
BVerwG, Beschl. v. 7. 1. 1981 — 7 B 179/80 = DÖV 1981, 342 ( <i>A. Peltner</i> ) . . . . .	513
BVerwG, Urt. v. 3. 4. 1981 — 4 C 11/79 = BayVB. 1981, 436 DVBl. 1981, 930 = DÖV 1981, 676 ( <i>H. Geiger</i> ) . . . . .	692

#### Bundesarbeitsgericht

BAG, Urt. v. 4. 3. 1980 — 1 AZR 125/78 = NJW 1980, 2211 ( <i>W. Friedrich</i> ) . . . . .	47
BAG, Urt. v. 5. 3. 1980 — 5 AZR 881/78 NJW 1980, 2374 ( <i>W. Friedrich</i> ) . . . . .	248
BAG, Urt. v. 16. 12. 1980 — 7 AZR 1148/78 ( <i>J. Corts</i> ) . . . . .	569

#### Oberlandesgerichte, Landgerichte, Amtsgerichte, Entscheidungen in Zivilsachen

LG München I, Beschl. v. 24. 7. 1978 — 13 T 8767/78 NJW 1980, 646 ( <i>H. P. Moritz</i> ) . . . . .	186
LG Frankfurt, Urt. v. 11. 12. 1979 — 3/10 O 123/79 = WM 1981, 284 = NJW 1981, 56 ( <i>F. Müssigbrodt</i> ) . . . . .	499
OLG Schleswig, Urt. v. 4. 3. 1980 — 11 U 241/78 = WM 1980, 964 ( <i>O.-G. Lippross</i> ) . . . . .	53
OLG Köln, Urt. v. 19. 3. 1980 — ZU 95/79 = ZIP 1980, 270; ( <i>P. Witte</i> ) . . . . .	109
LG Düsseldorf, Urt. v. 26. 3. 1980 — 12 U 452/79 ZIP 1980, 359 ( <i>P. Witte</i> ) . . . . .	109
BayObLG, Urt. v. 28. 4. 1980 — RReg. 2 Z 174/19 = DÖV 1980, 728 m. Anm. von Zippelius, DÖV 1980, 923 ( <i>A. Peltne</i> ) . . . . .	306
LG Braunschweig, Urt. v. 22. 5. 1980 — 210 25/80 = WM 1981, 278 ( <i>F. Müssigbrodt</i> ) . . . . .	499
OLG Frankfurt, Urt. v. 28. 5. 1980 — 19 U 148/79 = BB 1980, 908 ( <i>F. Müssigbrodt</i> ) . . . . .	181
KG, Beschl. v. 28. 5. 1980 — 18 UF 1332/80 = NJW 1980, 2419 ( <i>H. P. Moritz</i> ) . . . . .	188
LG Dortmund, Urt. v. 9. 7. 1980 — 10 O 9/80 = WM 1981, 280 ( <i>F. Müssigbrodt</i> ) . . . . .	499
AG Hannover, Urt. v. 28. 11. 1980 — 28 C 525/80 = NJW 1981, 1219 ( <i>L. Büschens</i> ) . . . . .	498
OLG Saarbrücken, Urt. v. 22. 1. 1981 — 4 U 99/80 = WM 1981, 275 ( <i>F. Müssigbrodt</i> ) . . . . .	499
OLG Frankfurt, Urt. v. 10. 3. 1981 — 5 u 168/80 = WM 1981, 567 = ZIP 1981, 378 ( <i>N. Berg</i> ) . . . . .	568

#### Oberlandesgerichte, Landgerichte, Amtsgerichte, Entscheidungen in Strafsachen

OLG Schleswig, Beschl. v. 27. 5. 1980 — 1 Ws 160, 161/80 = NJW 1981, 294 ( <i>W. Bottke</i> ) . . . . .	580
LG Bonn, Beschl. v. 1. 7. 1980 — 37 Us 57/80 = NJW 1981, 292 ( <i>W. Bottke</i> ) . . . . .	519

OLG Hamm, Beschl. v. 14. 7. 1980 — 1 VAs 7/80 = NJW 1981, 356 ( <i>W. Botke</i> ) . . . . .	
OLG Köln, Urt. v. 20. 8. 1980 — 3Ss 553/80 NJW 1981, 64 ( <i>B.-R. Sonnen</i> ) . . . . .	309
OLG Hamburg, Beschl. v. 3. 9. 1980 — 2 Ss 170/80 = NJW 1981, 237 ( <i>W. Botke</i> ) . . . . .	695
OLG Stuttgart, Beschl. v. 17. 9. 1980 — 3 Ss (23) 697/80 = NJW 1981, 182 ( <i>B.-R. Sonnen</i> ) . . . . .	259
OLG Köln Urt. v. 28. 10. 1980 — 1 Ss 650 — 651/80 = NJW 1981, 1280 ( <i>B.-R. Sonnen</i> ) . . . . .	517
BayObLG, Urt. v. 17. 12. 1980 — RReg. 3 St 250/79 a — f = NJW 1981, 772 ( <i>B.-R. Sonnen</i> ) . . . . .	

#### Obverwaltungsgerichte, Verwaltungsgerichte, Verwaltungsgerichtshöfe

OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 12. 6. 1979 — 7 A 93/78 — = DÖV 1980, 654 ( <i>M. Friedrich-Marczyk</i> ) . . . . .	196
OVG Münster, Beschl. v. 29. 10. 1979 — XI B 1447/79 = DÖV 1980, 527 ( <i>D. Birk</i> ) . . . . .	61
BayVGh, Urt. v. 9. 11. 1979 — 797 VII 78 — DÖV 1980, 610 = BayVBl. 1980, 600 ( <i>A. Peltner</i> ) . . . . .	126
BayVGh, Beschl. v. 29. 1. 1980 — Nr. 14 C — 2218/79 = BayVBl. 1980, 221 ( <i>U. Prutsch</i> ) . . . . .	59
OVG Münster, Urt. v. 1. 2. 1980 — 13 A 1509/79 = NJW 1980, 2323 ( <i>R. Pitschas</i> ) . . . . .	257
OVG Berlin, Beschl. v. 13. 3. 1980 — 6 S. 7/80 = JZ 1981, 392, m. Anm. von Huber, JZ 1981, 385 ( <i>A. Peltner</i> ) . . . . .	577
VG Würzburg, Urt. v. 2. 4. 1980 — Nr. W 2122 II 177 = NJW 1980, 2541 ( <i>D. Birk</i> ) . . . . .	
VG Berlin, Beschl. v. 6. 4. 1981 — 1 A 87/81 = NJW 1981, 1748 ( <i>A. Peltner</i> ) . . . . .	691
OVG Münster, Urt. v. 15. 4. 1980 — 1 A 2264/77 = DB 1980, 200 ( <i>R. Pitschas</i> ) . . . . .	129
OVG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 16. 4. 1980 — 2 A 21/79 = DÖV 1981, 541 ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	634
OVG Münster, Beschl. v. 18. 4. 1980 — 10 a ND 7/80 = NJW 1980, 2324 = DVBl. 1980, 603 DÖV 1980, 768 ( <i>B.-F. Hoffmann</i> ) . . . . .	307
VGh Mannheim, Urt. v. 12. 5. 1980 — I 3964/78 = NJW 1981, 1749 ( <i>D. Birk</i> ) . . . . .	694
OVG Münster, Urt. v. 21. 5. 1980 — 2 A 2094/77 = DÖV 1980, 843 ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	195
BayVGh, Beschl. v. 9. 7. 1980 — Nr. 9 CS 80 A 268 — BayVBl. 1980, 723 ( <i>M. Friedrich Marczyk</i> ) . . . . .	256
VerfGH NW v. 11. 7. 1980 — VerfGH 8/79 ( <i>W. Löwer</i> ) . . . . .	123
BayVGh, Urt. v. 16. 7. 1980 — Nr. 4 B 616/79 = BayVBl. 1980, 656 ( <i>R. Pitschas</i> ) . . . . .	360
OVG Rheinl.-Pfalz, Beschl. v. 1. 10. 1980 — 2 B 82/80 = DÖV 1981, 186 ( <i>M. Friedrich-Marczyk</i> ) . . . . .	419
VGh Kassel, Beschl. v. 2. 10. 1980 — VTH 13/80 = NJW 1981, 596 ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	362
VG Düsseldorf, Beschl. v. 6. 10. 1980 — 7 L 1355/80 Informationsbrief Ausländerrecht 3 (1981), 28 ( <i>B. Schulte</i> ) . . . . .	304
BayVGh, Urt. v. 21. 11. 1980 — 2 N 675/79 = BayVBl. 1981, 340 ( <i>H. Geiger</i> ) . . . . .	636
VG München, Urt. v. 9. 12. 1980 — M 2782 I 80 = BayVBl. 1981, 218 ( <i>D. Birk</i> ) . . . . .	516

#### Landesarbeitsgerichte

LAG Baden-Württemberg, Urt. 12. 11. 1980 — S5 a 34/80 sowie 95 a 36/80 und 95 a 47/80 ( <i>K. Autenrieth</i> ) . . . . .	415
--	-----

#### Europäischer Gerichtshof

EuGH, Urt. v. 17. 12. 1980 — Rs 149/79 — Kommission ./. Belgien s. Alf 1980, 3881 = EuGRZ 1981, 129 ( <i>U. Fastenrath</i> ) . . . . .	629
--	-----

#### 4. Rezensionen

<i>Battis, U.: Bundesbeamtengesetz (W. Löwer)</i> . . . . .	VII/4
<i>Beitzke, G.: Familienrecht, 21. Aufl. (H. P. Moritz)</i> . . . . .	IX/4
<i>Bentler/Biber/Pipkorn/Streil: Die Europäische Gemeinschaft (Chr. Gusy)</i> . . . . .	312
<i>Bleckmann, A.: Europarecht (Chr. Gusy)</i> . . . . .	312
<i>Constantinesco: Recht der Europäischen Gemeinschaften I (Chr. Gusy)</i> . . . . .	312
<i>Erman: Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (mit Nebengesetz, 7. Auflage (M. Reinicke/P. Witte))</i> . . . . .	XXXIII/10
<i>Finger, P.: Familienrecht — mit familiensoziologischen und familienpolitischen Schwerpunkten (H. P. Moritz)</i> . . . . .	III/4
<i>Gastiger, S./Oswald, G.: Familienrecht, 1. Aufl. (H. P. Moritz)</i> . . . . .	XII/4
<i>Gernhuber, J.: Lehrbuch des Familienrechts (H.-P. Moritz)</i> . . . . .	III/4
<i>Henrich, D.: Familienrecht, 3. Auflage (H. P. Moritz)</i> . . . . .	XII/4
<i>Ipsen, H. P.: Europäisches Gemeinschaftsrecht (Chr. Gusy)</i> . . . . .	312
<i>Jauernig: Bürgerliches Gesetzbuch, erläutert von Othmar Jauernig, Peter Schlechtriem, Rolf Stürner, Arndt Teichmann und Max Vollkommer (M. Reinicke/P. Witte)</i> . . . . .	XXXII/10
<i>John, U.: Grundzüge des Familienrechts (H. P. Moritz)</i> . . . . .	XVI/4
<i>Kötz/Eith/Müller-Gindullis: Bürgerliches Gesetzbuch mit Leitsätzen aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung (M. Reinicke/P. Witte)</i> . . . . .	XXXI/10
<i>Luchterhand Reihe Alternativkommentare, Gesamtherausgeber Rudolf Wassermann, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (M. Reinicke/P. Witte)</i> . . . . .	XXXIII/10
<i>Nicolaysen, G.: Europäisches Gemeinschaftsrecht (Chr. Gusy)</i> . . . . .	311
<i>Palandt: Bürgerliches Gesetzbuch (mit Nebengesetzen) 40. Auflage (M. Reinicke/P. Witte)</i> . . . . .	XXXII/10
<i>Rother: Grundsatzkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (M. Reinicke/P. Witte)</i> . . . . .	XXX/10
<i>Runge, Chr.: Einführung in das Recht der Europäischen Gemeinschaft (Chr. Gusy)</i> . . . . .	311
<i>Schlichting, G.: Praktikum des Zivilprozeßrechts, Grundprobleme des Zivilverfahrensrechts in 68 Fällen mit Lösungen (P. Gilles)</i> . . . . .	III/12
<i>Schlüter, W.: Schwerpunkte — BGB Familienrecht (H. P. Moritz)</i> . . . . .	XII/4
<i>Schmalz, D.: Juristische Methode und Technik der Fallbearbeitung (U. Meyer-Hesemann)</i> . . . . .	XXVI/10
<i>Schwab, D.: Familienrecht (H. P. Moritz)</i> . . . . .	XVI/4
<i>Schweitzer, Michael/Hummer, Waldemar: Europarecht (Chr. Gusy)</i> . . . . .	311
<i>Seidl-Hohenveldern, J.: Das Recht der internationalen Organisationen einschließlich der supranationalen Gemeinschaften (Chr. Gusy)</i> . . . . .	312
<i>Stern, K.: Verwaltungsprozessuale Probleme in der öffentlich-rechtlichen Arbeit (C. L. Lässig)</i> . . . . .	204
<i>Studienkommentar zum BGB, bearbeitet von Beuthien, Hadding, Lüderitz, Medicus, Wolf, 2. Auflage (M. Reinicke/P. Witte)</i> . . . . .	XXXI/10

## 5. JA-Übungsblätter

### JA-Examensklausuren (mit unstreitigem Sachverhalt)

#### Zivilrecht

- 2/81 Zivilrecht: Baumaterialien in der Zwangsvollstreckung 42 Ü, Lösung 54 Ü  
 3/81 Einführung in das internationale Vertragsrecht: Das abge-  
 sagte Fußballspiel Fall und Lösung 57 Ü  
 4/81 Zivilrecht: Der Schmalspursportwagen 53 Ü, Lösung 93 Ü  
 7/81 Zivilrecht: Die Gesamthypothek 119 Ü, Lösung 140 Ü  
 10/81 Zivilrecht: Irrtümliche Auslieferung 197 Ü, Lösung 200 Ü

#### Öffentliches Recht

- 5/81 Öffentliches Recht: Grundrechtsmündigkeit jugendlicher  
 Guru-Anhänger 83 Ü, Lösung 103 Ü  
 8/81 Öffentliches Recht: Ausnahme für das Automatenglück 66  
 159 Ü, Lösung 175 Ü  
 11/81 Öffentliches Recht: Der Bundespräsident im außenpoliti-  
 schen Vakuum 216, Lösung JA 1/82

#### Strafrecht

- 1/81 Strafrecht: Verkehrsunfallflucht 15 Ü, Lösung 43 Ü  
 6/81 Strafrecht: Goldener Brillantring 102 Ü, Lösung 120 Ü  
 9/81 Strafrecht: PKW-Diebstahl 180 Ü, Lösung 192 Ü

#### Übersichten, Aufsätze, Anleitungen zur Falllösung

- Die Rechtsfolgen der Pfändung (W. C. Fahlbusch) 1 Ü  
 Zur Unwirksamkeit von Kündigungen des Arbeitgebers  
 (R. Schmid) 6 Ü  
 Übungsfälle zum Verwaltungsverfahrensgesetz 16 Ü  
 Die Gemeindeverfassungstypen 24 Ü  
 Lösungen der Übungsfälle zum VwVfG (A. Berninghaus) 25 Ü  
 Übungsfälle zum Handelskauf 32 Ü  
 Übungsfälle zum Studienbogen, Straftaten gegen die Umwelt  
 (R. Krüger) 36 Ü

## 6. Gesetzesregister

#### AbzG (Abzahlungsgesetz)

- § 1, 624  
 § 1 a, 624  
 § 16, 624  
 § 5, 625  
 § 6, 624

#### AGBG (Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingung)

- § 1, 133, 340  
 § 2, 71, 109, 135, 154  
 § 3, 153, 298, 339  
 § 4, 136  
 § 5, 666  
 § 6, 109, 137, 152, 154, 671  
 § 8, 137  
 § 9, 41, 99, 139, 155, 182, 242,  
 298, 339, 340  
 § 10, 99, 138  
 § 11, 41, 99, 135, 137

- § 12, 71  
 § 13, 139, 405  
 § 15, 140  
 § 16, 135  
 § 17, 140  
 § 21, 140  
 § 22, 139  
 § 24, 71, 140

#### AktG (Aktiengesetz)

- § 15, 601  
 § 41, 391  
 § 57, 600  
 § 58, 600  
 § 84, 190  
 § 101, 51  
 § 102, 51  
 § 107, 412  
 § 119, 600  
 § 133, 51  
 § 179, 51

- Lösung der Übungsfälle zum Handelskauf (Keuter) 49 Ü  
 Übersicht über die wichtigsten Schadensersatzansprüche mit  
 Schaubild (A. Alpmann-Pieper) 73 Ü  
 Übungsfälle zur Übersicht „Brandstiftungsdelikte“ mit Schau-  
 bild (H.-G. Pieper/R. Krüger) 86 Ü  
 Aufgabe aus dem Bereich Rechtsgestaltung (H. Proppe)  
 Erläutertes Aufbauschema zu § 812 Abs. 1 S. 1 HS ; BGB  
 (A. Alpmann-Pieper)

- Das gestufte atomrechtliche Genehmigungsverfahren (F. Wil-  
 ting) 113 Ü  
 Überblick zum Zustandekommen privatrechtlicher Regelungen  
 durch Rechtsgeschäft oder Gesetz (M. Hoppenberg/A. Alp-  
 mann-Pieper) 124 Ü  
 Die Rechtsstellung des Gemeinschuldners (W. C. Fahlbusch)  
 129 Ü

- Aus der mündlichen Prüfung (P. Sohn) 143 Ü

- Überblick über Rechtsmittel und Rechtsbehelfe im Zwangsvoll-  
 streckungsverfahren (G. Raddatz) 145 Ü

- Übungsfall zur strafrechtlichen Konkurrenzlehre (H. Breuer)  
 160 Ü

- Aus der mündlichen Prüfung (K. Habermehl) 164 Ü

- Der Bereicherungsausgleich beim fehlgeschlagenen Austausch-  
 vertrag, dargestellt anhand von Fällen (A. Alpmann-Pieper)  
 169 Ü

- Aus der mündlichen Prüfung (Strafrecht, Strafprozeßrecht)  
 (H.-G. Pieper) 181 Ü

- Der Übergang von Rechten und Pflichten im Verwaltungsrecht  
 (K. Habermehl) 185 Ü

- Aus der mündlichen Prüfung (Zivilrecht: Zwangsvollstreckung)  
 (D. Glorius) 198 Ü

- JA-Übungsfälle zum einstweiligen Rechtsschutz nach der  
 VwGO (K. Habermehl) 201 Ü

#### JA Studienbogen

- JA Studienbogen Nr. 13 Straftaten gegen die Umwelt (R. Krü-  
 ger) III/2

- § 248, 51  
 § 285, 103

#### AO (Abgabenordnung)

- § 130, 362  
 § 131, 362  
 § 370, 39

#### ArbGG (Arbeitsgerichtsgesetz)

- § 2, 75  
 § 26, 9 Ü

#### ASOG (Allgem. Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicher- heit und Ordnung in Berlin)

- § 4, 577, 691  
 § 13, 577  
 § 14, 577, 691

#### AtG (Atomgesetz)

- § 3, 82

- § 6, 84  
 § 7, 35  
 § 7 a, 114 Ü  
 § 7 b, 115 Ü  
 § 8, 117 Ü  
 § 17, 115 Ü

#### AuslG (Ausländergesetz)

- § 2, 194  
 § 7, 194  
 § 10, 194  
 § 11, 194  
 § 17, 304

#### Bad.-Würt. GO (Baden-Würt- tembergische Gemeinde- ordnung)

- § 5, 694  
 BaföG (Bundesausbildungs-  
 förderungsgesetz)  
 § 10, XI/10

- § 12, IX/10  
 § 13, IX/10  
 § 18, IX/10  
 § 21, IX/10  
 § 23, X/10  
 § 25, X/10  
  
**BayGO** (Bayerische Gemeindeordnung)  
 Art. 50, **59**  
  
**BayHSchG** (Bayerisches Hochschulgesezt)  
 Art. 4, **126**  
  
**Bay. PAG** (Polizeiaufgabengesetz von Bayern)  
 Art. 11, 425  
  
**BayStrWG** (Bayerisches Straßen- und Wegegesetz)  
 Art. 6, 306  
 Art. 13, **306**  
 Art. 18, 306  
 Art. 22, 306  
  
**BBahnG** (Bundesbahngesetz)  
 § 36, 364  
  
**BBauG** (Bundesbaugesetz)  
 § 1, 516  
 § 9, 594  
 § 10, 21 Ü  
 § 11, 315  
 § 24, 323  
 § 25, 323  
 § 25 a, 323  
 § 33, **516**  
 § 34, 636  
 § 35, 514, 516  
 § 36, 692  
 § 38, 692  
 § 85, 631  
 § 87, 631  
 § 123, 597  
 § 126, 694  
 § 133, 597  
  
**BBG** (Bundesbeamtengesetz)  
 § 26, 129  
 § 27, 129  
 § 54, **423**  
 § 55, 129, **423**  
 § 56, **423**  
 § 64, 573  
 § 81, 129  
  
**BBiG** (Berufsbildungsgesetz)  
 § 15, 7 Ü  
  
**BetrVG** (Betriebsverfassungsgesetz)  
 § 2, **689**  
 § 5, 8 Ü  
 § 102, 7 Ü  
 § 103, 7 Ü  
 § 118, **689**  
  
**BGB** (Bürgerliches Gesetzbuch)  
 § 31, **78, 184**  
 § 94, 13  
 § 96, 14  
  
 § 97, **54** Ü  
 § 100, 13  
 § 102, 287  
 § 107, **186**  
 § 119, 69 Ü, 481, **171** Ü  
 § 121, 6 Ü  
 § 123, 70 Ü  
 § 125, 7 Ü  
 § 130, 6 Ü, **569**, 133, 293  
 § 133, 293, **622**  
 § 134, **237, 489**  
 § 135, 14, 1 Ü, 134 Ü  
 § 136, 14, 1 Ü, 134 Ü  
 § 138, 15 Ü, **237, 340**, 405, 480, **489, 556, 560**  
 § 139, 489  
 § 145, 109, 136  
 § 147, 109  
 § 150, 101, 109  
 § 151, 136  
 § 157, **242**, 293  
 § 158, 293  
 § 164, **177, 521, 567, 568**  
 § 166, **177**  
 § 167, 521  
 § 174, 6 Ü  
 § 181, **142**, 685  
 § 183, 357  
 § 185, 3 Ü  
 § 196, 280  
 § 209, **674**  
 § 242, 15 Ü, **41**, 51 Ü, **248**, 288, 404, 492  
 § 243, 603  
 § 249, **111, 294**, 329, 617  
 § 253, 271, 329, **617**  
 § 254, 100, 280  
 § 271, 114  
 § 276, **111, 207, 239, 400**  
 § 277, 400  
 § 278, **98**  
 § 279, 147, 404, 605  
 § 280, 73 Ü  
 § 284, 72  
 § 286, 51 Ü, **54** Ü, **74** Ü  
 § 296, 52 Ü  
 § 304, 71  
 § 305, **296**  
 § 306, **235**, 288  
 § 307, **235**, 288  
 § 313, 176  
 § 320, 146  
 § 323, 293, **452**  
 § 325, 72, 63 Ü, **180**, 73 Ü  
 § 326, 72, **180**, 74 Ü **493**  
 § 328, **270**  
 § 329, 67 Ü  
 § 346, 41, 42  
 § 361, **72**, 63 Ü  
 § 372, 71, **242**  
 § 378, 71, **242**  
 § 379, **242**  
 § 387, **266**  
 § 397, **482**  
 § 401, 677  
 § 404, **610**  
 § 406, **610**  
 § 407, **610**  
 § 412, 677  
 § 414, 66 Ü  
 § 419, **676**  
 § 426, **300, 677**  
  
 § 427, **300**  
 § 433, **41, 42**, 293, 297  
 § 434, 326  
 § 437, 496  
 § 439, 326  
 § 440, 144, 326, **457**  
 § 447, **147**, 209 Ü  
 § 448, **147**  
 § 455, **242**  
 § 459, **41, 42**, 100, 144, **150**, 93 Ü, 293, 296, **495, 496**  
  
 § 460, **680**  
 § 462, 42  
 § 463, **75** Ü, 93 Ü, 495  
 § 465, 42  
 § 467, 42  
 § 476, 680  
 § 476 a, 557  
 § 477, **98, 680**  
 § 480, 100, **144, 145**, 75 Ü  
 § 504, 325  
 § 518, 177, 685  
 § 521, 400  
 § 537, **498**  
 § 538, **75** Ü, 235, **288**, 341  
 § 547, **20**  
 § 557 a, 450, **452**  
 § 571, 17  
 § 584, 286  
 § 591, 286  
 § 592, 286  
 § 593, 286  
 § 599, 400  
 § 607, 181, 560  
 § 611, **111, 248**  
 § 611 a, 104  
 § 613 a, 504  
 § 620, 6 Ü  
 § 621, 686  
 § 622, 13 Ü, 686  
 § 626, 7 Ü  
 § 627, 289  
 § 631, 681  
 § 634, 498, 681  
 § 635, **75** Ü  
 § 638, **681**  
 § 640, **75** Ü  
 § 644, **407**  
 § 645, **353**, 407  
 § 646, 75 Ü  
 § 649, 408  
 § 651 a, **670**  
 § 651 h, **670**  
 § 662, **181**  
 § 670, 20, **181**, 300  
 § 671, 289  
 § 675, **297, 499**  
 § 677, 22  
 § 678, 78 Ü  
 § 679, 670  
 § 682, **456**  
 § 683, 22  
 § 684, 22, **78** Ü, 454, 671  
 § 700, **181**  
 § 705, 411, 610  
 § 709, 50, 400  
 § 713, **300**  
 § 714, 50, **300**  
 § 723, 289  
 § 730, 411  
 § 738, 482  
  
 § 740, 482  
 § 762, 54 Ü  
 § 765, 67 Ü  
 § 776, **182**  
 § 780, 150, 499  
 § 781, 53, 499  
 § 812, 27, 146, 242, 109 Ü, 111 Ü, 297, 404, 169 Ü  
 § 818, 23, **27**, 235, 240, 169 Ü  
 § 819, 170 Ü  
 § 823, 76, **111, 184, 205**, 81 Ü, **246, 328, 343, 402, 563, 566, 618**, 671  
 § 826, **205**, 80 Ü, 480, 526, 566  
 § 831, 78, 81 Ü  
 § 833, 208  
 § 839, **57, 532**  
 § 840, 76  
 § 847, **111, 618**  
 § 852, **453**  
 § 879, 15  
 § 883, **343**, 559, **682**  
 § 892, 682  
 § 893, 682  
 § 900, 234  
 § 905, 481  
 § 911, 481  
 § 912, 25  
 § 930, **242**, 209 Ü  
 § 932, **43, 233**, 684  
 § 933, 233  
 § 934, 233  
 § 937, 234  
 § 941, 234  
 § 946, **25**  
 § 950, **286**  
 § 951, **24, 26, 452**  
 § 954, 286  
 § 958, 95  
 § 984, 95  
 § 986, 25  
 § 988, 287  
 § 989, 43, 78 Ü, 209 Ü  
 § 990, 43, **55** Ü, 78 Ü, 209 Ü  
 § 992, 215 Ü  
 § 991, 80 Ü  
 § 994, 23, **670**  
 § 995, 23  
 § 997, 23  
 § 998, 287  
 § 1000, 23  
 § 1003, 24  
 § 1018, **344**  
 § 1090, 344  
 § 1090, 344  
 § 1098, 325  
 § 1113, 12  
 § 1115, 12  
 § 1120, 13, 242  
 § 1122, 18  
 § 1123, 13  
 § 1138, 53  
 § 1139, 53  
 § 1142, 141 Ü  
 § 1143, 141 Ü  
 § 1147, 53  
 § 1154, **677**  
 § 1157, **101**  
 § 1163, 140 Ü  
 § 1173, 141 Ü  
 § 1180, 53  
 § 1184, 12, 53

§ 1191, **114**, **677**  
 § 1192, 101, 114  
 § 1197, 684  
 § 1199, **114**  
 § 1200, **114**  
 § 1207, **558**  
 § 1252, 2 Ü, 5 Ü  
 § 1255, 2 Ü  
 § 1297, 128 Ü  
 § 1301, 527  
 § 1357, 672  
 § 1359, 401  
 § 1361, 116  
 § 1362, 672  
 § 1365, 245  
 § 1366, 245  
 § 1374, 476  
 § 1376, 476  
 § 1381, 641  
 § 1565, 641  
 § 1569, **527**, 641  
 § 1571, 528  
 § 1573, 641  
 § 1579, **116**, 641  
 § 1601, **527**  
 § 1603, 531  
 § 1606, 531  
 § 1610, 338, **530**  
 § 1618 a, 642  
 § 1626, **186**, 643  
 § 1631, 642  
 § 1631 a, 643, 645  
 § 1632, 643, 645  
 § 1634, **647**  
 § 1666, **186**, 646  
 § 1671, **188**, 646  
 § 1672, 647  
 § 1681, 648  
 § 1696, **188**  
 § 1705, **570**  
 § 1711, **570**  
 § 1751, 644  
 § 1922, 198  
 § 1934 a, 178, **620**  
 § 1934 d, 178  
 § 1934 e, 178  
 § 1967, 198  
 § 2021, **452**  
 § 2069, 46  
 § 2078, 623  
 § 2087, **45**  
 § 2107, **45**  
 § 2150, 101 Ü  
 § 2174, 101 Ü  
 § 2176, 101 Ü  
 § 2191, **45**  
 § 2197, **411**  
 § 2205, **411**  
 § 2232, **622**  
 § 2247, **622**  
 § 2267, **622**  
 § 2287, **674**  
 § 2301, 177, 685  
 § 2303, 100 Ü  
 § 2315, 100 Ü  
 § 2316, 100 Ü  
 § 2333, 178  
 § 2338 a, 178, 100 Ü, **620**  
 § 2381, 21

**BImSchG** (Bundesimmissions-  
 schutzgesetz)  
 § 14, **489**

**BJagdG** (Bundesjagdgesetz)  
 § 15, **506**

**BNotO** (Bundesnotarordnung)  
 § 6 a, 669  
 § 19, 669  
 § 19 a, 669  
 § 52, 669  
 § 55, 669  
 § 56, 669  
 § 67, 669  
 § 95 a, 669  
 § 110 a, 670

**BRAO** (Bundesrechtsanwalts-  
 ordnung)  
 § 1, **508**  
 § 3, 59, **508**

**BROG** (Bundesraumordnungs-  
 gesetz)  
 § 1, 315  
 § 2, 315  
 § 3, 315  
 § 4, 315  
 § 5, 315  
 § 6, 316  
 § 7, 316

**BSHG** (Bundessozialhilfegesetz)  
 § 4, **307**  
 § 11, 304  
 § 18, 304  
 § 19, **304**  
 § 20, **304**  
 § 25, **304**  
 § 69, 191  
 § 120, **304**

**BVerfGG** (Bundesverfassungs-  
 gerichtsgesetz)  
 § 13, 103 Ü  
 § 78, **358**  
 § 90, 103 Ü, 330

**DRiG** (Deutsches Richtergesetz)  
 § 5 a, I/2  
 § 5 b, **415**  
 § 5 d, I/2

**EGBGB** (Einführungsgesetz  
 zum Bürgerlichen Gesetzbuch)  
 Art. 7, 58 Ü  
 Art. 11, 58 Ü  
 Art. 30, 58 Ü

**EGGVG** (Einführungsgesetz  
 zum Gerichtsverfassungs-  
 gesetz)  
 § 23, 9, **10**, **427**, **593**  
 § 25, **427**

**EKG** (Einheitliches Kaufgesetz)  
 Art. 1, 147  
 Art. 3, 147  
 Art. 7, 147  
 Art. 33, 147  
 Art. 39, 147

Art. 43, 147  
 Art. 44, 147  
 Art. 49, 147  
 Art. 74, 280

**EStG** (Einkommensteuergesetz)  
 § 19, **55**  
 § 22, **55**

**EVO** (Eisenbahnverkehrs-  
 ordnung)  
 § 55, 149

**FGG** (Gesetz über freiwillige  
 Gerichtsbarkeit)  
 § 20, **186**  
 § 59, **186**

**FStrG** (Bundesfernstraßen-  
 gesetz)  
 § 7, **128**  
 § 8 a, 575  
 § 17, 575  
 § 18, 575  
 § 18 a, 575  
 § 186, 575

**GBO** (Grundbuchordnung)  
 § 13, 96, 133 Ü  
 § 17, 96  
 § 18, 96  
 § 30, 133 Ü  
 § 45, 96  
 § 54, 327

**GastG** (Gaststättengesetz)  
 § 4, 220  
 § 18, 485

**GewO** (Gewerbeordnung)  
 § 3, 220  
 § 6, 217  
 § 14, **219**  
 § 15, 222  
 § 24, **223**  
 § 30, 80, 82, 218  
 § 33, 217  
 § 33 c, 219  
 § 34 b, 219  
 § 35, **220**  
 § 45, 218  
 § 53, 222  
 § 55, 223  
 § 55 a, 224  
 § 55 b, 224  
 § 56, 225  
 § 57, 224  
 § 57 a, 224  
 § 60 a, 224  
 § 60 b, 223  
 § 61, 224  
 § 63, 224  
 § 64, 217  
 § 71, 225  
 § 71 a, 226  
 § 105, 218  
 § 146, 27 Ü

**GG** (Grundgesetz)  
 Art. 1, **420**, 483  
 Art. 2, 7, 257, 333, 409, 420, **506**,  
 511, 570, 687

Art. 3, **55**, **126**, **252**, **257**, 265,  
**358**, 409, 419, 420, 570, 632,  
 687  
 Art. 4, 107 Ü  
 Art. 5, 103 Ü, 331, 350, 423, 480,  
**513**  
 Art. 6, 48, **116**, **188**, **194**, **570**  
 Art. 8, 105  
 Art. 9, **75**, **420**, **423**, **687**, **689**  
 Art. 12, 11, **60**, **252**, 257, **318**,  
**508**, 511, 176 Ü, 632  
 Art. 13, 7  
 Art. 14, 7, **128**, **250**, **254**, 257,  
 264, **364**, 422, 514  
 Art. 16, **85**, 86, **673**  
 Art. 19, 10, 106, **588**  
 Art. 20, 55, **129**, **194**, **508**  
 Art. 21, **419**  
 Art. 27, 164 Ü  
 Art. 28, 123, **194**, **195**, 538  
 Art. 30, 59  
 Art. 31, 537  
 Art. 33, **129**, **423**, **573**  
 Art. 34, 57, 532  
 Art. 35, 484  
 Art. 38, 419  
 Art. 48, 8 Ü, 164 Ü  
 Art. 60, 591  
 Art. 65, 315  
 Art. 70, 163  
 Art. 73, 632  
 Art. 74, 163, 176 Ü, 632, **673**  
 Art. 78, **511**  
 Art. 79, 105  
 Art. 80, **573**  
 Art. 84, 263, **511**  
 Art. 91 a, 634  
 Art. 93, 103 Ü, 330  
 Art. 100, 106 Ü, **302**  
 Art. 103, 2, 92, 47 Ü, 461, 687  
 Art. 104 a, 511, 632  
 Art. 105, **263**  
 Art. 110, 511, 632  
 Art. 114, **129**  
 Art. 124, 539  
 Art. 125, 539  
 Art. 142, **537**

**GKG** (Gerichtskostengesetz)  
 § 19, 388  
 § 65, 386

**GmbHG** (Gesetz über die Ge-  
 sellschaften mit beschränkter  
 Haftung)  
 § 3, 29, **414**  
 § 5, VI/1, **414**  
 § 11, **192**  
 § 19, 414  
 § 30, **28**  
 § 31, **28**  
 § 32 a, **28**, 102  
 § 32 b, VII/1  
 § 47, 396  
 § 51 b, VIII/1, 102  
 § 60, VII/1  
 § 65, VII/1

**GO (Bay)** (Bayerische  
 Gemeindeordnung)  
 Art. 40, 360  
 Art. 41, 360

**GO NW** (Gemeindeordnung  
Nordrhein-Westfalen)

§ 19, **195**  
§ 23, 20 Ü, 23 Ü  
§ 24, **59**  
§ 30, 20 Ü  
§ 33, 20 Ü **22** Ü  
§ 36, 20 Ü  
§ 55, 20 Ü

**GVG** (Gerichtsverfassungs-  
gesetz)

§ 13, **156**, 489  
§ 23, 58 Ü  
§ 71, 58 Ü  
§ 73, 8  
§ 76, 8  
§ 169, **64**, **581**  
§ 175, 583  
§ 176, 584  
§ 177, 584  
§ 178, 584

**GWB** (Gesetz gegen Wett-  
bewerbsbeschränkungen)

§ 98, 157

**HGB** (Handelsgesetzbuch)

§ 1, 70  
§ 4, 70  
§ 6, 70  
§ 17, 150  
§ 23, 150  
§ 25, 150  
§ 109, **357**  
§ 128, **192**  
§ 129, **49**, **626**  
§ 129 a, 28  
§ 133, **757**  
§ 140, **357**, 482  
§ 172 a, 28  
§ 343, 70  
§ 354, 50 Ü  
§ 361, 71  
§ 363, 149  
§ 364, 149  
§ 366, **43**  
§ 373, 70, 50 Ü  
§ 374, 70, 50 Ü  
§ 375, 70, **72**, 52 Ü  
§ 376, 72  
§ 377, **73**, 74, 100, **143**  
§ 378, 100, **143**  
§ 379, 73  
§ 383, **43**  
§ 443, 97  
§ 444, 149  
§ 460, 70

**HRG** (Hochschulrahmengesetz)

§ 29, **252**

**KAG NW** (Kommunalabgaben-  
gesetz Nordrhein-Westfalen)

§ 4, 195

**KO** (Konkursordnung)

§ 6, 129 Ü  
§ 7, 130 Ü  
§ 8, 131 Ü  
§ 9, 131 Ü  
§ 13, 14

§ 14, 130 Ü  
§ 15, 130 Ü  
§ 17, **503**  
§ 24, **503**  
§ 47, **242**  
§ 48, 14, **242**  
§ 49, 14  
§ 59, **242**  
§ 61, **180**  
§ 106, 132

**KSchG** (Kündigungsschutz-  
gesetz)

§ 1, 7 Ü, 10 Ü, **47**  
§ 4, 7 Ü, 10 Ü, **47**  
§ 7, 10 Ü, **47**  
§ 9, 180  
§ 10, 180  
§ 13, 10 Ü, **12** Ü  
§ 14, 10 Ü  
§ 15, 9 Ü

**LFZG** (Lohnfortzahlungsgesetz)

§ 1, 11 Ü

**LSchlG** (Ladenschlußgesetz)

§ 1, 654  
§ 3, 656  
§ 4, 656  
§ 6, 659  
§ 17, 656  
§ 20, 657, 658  
§ 23, 657

**LStrG NW** (Landesstraßen-  
gesetze von Nordrhein-  
Westfalen)

§ 14, **128**  
§ 18, **128**, **513**  
§ 64, **128**

**LVerf NW** (Landesverfassung  
von Nordrhein-Westfalen)

Art. 70, **123**

**OBG (NW)** (Ordnungsbehör-  
dengesetz von Nordrhein-  
Westfalen)

§ 14, 27 Ü  
§ 18, 186 Ü

**PartG** (Parteiengesetz)

§ 5, **419**

**PBefG** (Personenbeförderung-  
gesetz)

§ 13, **257**  
§ 25, **319**

**Pflanzenschutzgesetz**

§ 8, **563**  
§ 12, **563**

**PostG** (Postgesetz)

§ 2, 39

**RBerG** (Beratungshilfegesetz)

§ 1, 479  
§ 2, 479  
§ 3, 479  
§ 4, 479  
§ 5, 479

§ 6, 479  
§ 7, 479  
§ 8, 480  
§ 9, 480

**RPflegG** (Rechtspfleger-  
gesetz)

§ 11, **146** Ü  
§ 20, 147 Ü

**ScheckG** (Scheckgesetz)

Art. 12, 237, **568**  
Art. 40, **568**

**SchwG** (Schwerbehinderten-  
gesetz)

§ 4, 632  
§ 8, 632  
§ 28, 632

**SG** (Soldatengesetz)

§ 15, **687**

**SGB-AT** (Sozialgesetzbuch)

§ 37, **307**, 191 Ü  
§ 51, **307**  
§ 53, 185 Ü  
§ 56, 191 Ü  
§ 58, 191 Ü

**SpKG NW** (Nordrhein-Westfäli-  
sches Sparkassengesetz)

§ 32, **123**

**StGB** (Strafgesetzbuch)

§ 12, 62  
§ 13, **259**  
§ 14, **39**  
§ 16, **281**, 346, 371, **470**  
§ 17, **281**, 469  
§ 20, **464**  
§ 21, **464**  
§ 22, **62**  
§ 23, **62**  
§ 24, **62**, 193 Ü  
§ 25, 5, 183 Ü  
§ 27, 93  
§ 28, **39**, 542  
§ 34, 39  
§ 49, **638**  
§ 52, **160** Ü  
§ 53, **160** Ü  
§ 57, **486**  
§ 64, 201  
§ 69, 11  
§ 70, 11  
§ 74, 11  
§ 81, 77  
§ 88 a, **670**  
§ 93, 77  
§ 105, 77  
§ 113, 167  
§ 123, 183  
§ 129 a, 9, 664  
§ 130, **517**  
§ 130 a, **670**  
§ 131, **517**  
§ 142, **44** Ü  
§ 146, 143 Ü  
§ 147, 143 Ü  
§ 158, **695**  
§ 185, **171**

§ 186, **171**  
§ 187, **171**  
§ 193, 171  
§ 201, 348  
§ 203, 348  
§ 211, 43 Ü, 547, 193 Ü, 614, **638**  
§ 218, **226**, **542**  
§ 218 b, **230**, **542**  
§ 219, 230, 542  
§ 219 a, 230, 543  
§ 219 b, 230, 544  
§ 222, 43 Ü, **259**, 547, 696  
§ 225, 373  
§ 230, **548**  
§ 242, **486**, 182 Ü  
§ 243, **195** Ü  
§ 244, **579**, 192 Ü  
§ 246, 6  
§ 253, 6  
§ 255, **665**  
§ 257, 2, 90  
§ 258, 3, 90  
§ 259, **1**, 2, 3, **90**  
§ 260, 4  
§ 261, 4  
§ 263, 39, **62**, 122 Ü, 487, 181 Ü  
§ 264, 39  
§ 265, 91 Ü  
§ 266, 40, **614**  
§ 267, 40 Ü, **309**, 120 Ü, 121 Ü, 366  
§ 302 a, 487  
§ 303, 40  
§ 306, 86 Ü  
§ 307, 86 Ü  
§ 308, 87 Ü  
§ 309, 91 Ü  
§ 310 a, 91 Ü  
§ 315 b, 171, 172  
§ 315 c, 43 Ü  
§ 323 c, 259  
§ 324, 36 Ü  
§ 325, 38 Ü  
§ 326, 41 Ü  
§ 327, 38 Ü  
§ 328, 39 Ü  
§ 329, 39 Ü  
§ 330, 37 Ü  
§ 353 b, IX/5  
§ 356, 281

**StPO** (Strafprozeßordnung)

§ 33, 615  
§ 33 a, 615  
§ 51, 11  
§ 81 a, 9, **617**  
§ 81 b, 9, **617**, **660**  
§ 81 c, 9  
§ 94, 11  
§ 95, 11  
§ 97, 11  
§ 98, **10**, **615**  
§ 102, 9, 662  
§ 103, 10  
§ 105, 10  
§ 108, 519  
§ 111, 11, 661  
§ 112, 7  
§ 114, 7  
§ 115, 8  
§ 116, 8  
§ 117, 8

- § 1:8, 8  
 § 119, 8  
 § 120, 8  
 § 121, 8  
 § 127, **8, 660**  
 § 133, 11  
 § 146, **488**  
 § 153, **335, 349**  
 § 153 a, 48 Ü, 335, 349  
 § 154 a, **310**  
 § 160, 7  
 § 163 a, 132  
 § 163 b, 660, 663  
 § 163c, 662  
 § 170, 164, **330, 475**  
 § 200, **173**  
 § 203, 165, 337  
 § 222 a, 616  
 § 222 b, 616  
 § 244, **368**  
 § 245, **615**  
 § 252, **130, 488**  
 § 264, **46 Ü, 349**  
 § 266, 337  
 § 273, **41**  
 § 274, 586  
 § 296, **201, 104 Ü**  
 § 298, 104 Ü  
 § 304, 8  
 § 310, 8  
 § 338, **64, 586**  
 § 410, **47 Ü, 184 Ü**  
 § 411, 184 Ü
- StVO** (Straßenverkehrsordnung)  
 § 45, 31
- TVG** (Tarifvertragsgesetz)  
 § 3, 420  
 § 4, 420  
 § 5, **420**
- UWG** (Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb)  
 § 1, **120, 157**  
 § 3, **120**
- VwGO** (Verwaltungsgerichtsordnung)  
 § 40, 17 Ü, **156, 360, 201 Ü**  
 § 42, 18 Ü, 26 Ü, 257, **360, 516, 694, 202 Ü**  
 § 43, 18 Ü  
 § 44 a, 36  
 § 47, 88, **307, 316, 636, 674**  
 § 61, **19 Ü**  
 § 62, 20 Ü  
 § 65, **307**  
 § 68, 25 Ü, **433**  
 § 86, 431  
 § 88, 431  
 § 94, 269  
 § 102, 87  
 § 113, 17 Ü, 198, **159, 430, 673**  
 § 114, 691  
 § 117, 431  
 § 123, 577, 201 Ü  
 § 124, **198**  
 § 125, **198**  
 § 162, 430  
 § 167, 430  
 § 169, 17 Ü
- § 173, 269
- VwVfG** (Verwaltungsverfahrensgesetz)  
 § 9, 33  
 § 11, 34  
 § 24, 35  
 § 25, 510  
 § 26, 35  
 § 28, **204 Ü**  
 § 35, 17 Ü, **30 Ü, 106, 694**  
 § 36, **28 Ü**  
 § 37, 36  
 § 39, 36, 83  
 § 40, 82, 106  
 § 44, 38, 29 Ü  
 § 45, 38  
 § 46, 33, 205 Ü  
 § 48, 33, 25 Ü  
 § 49, **634**  
 § 51, 29 Ü  
 § 54, 33, **57, 107, 594**  
 § 57, 33  
 § 59, 33, 597  
 § 65, 35  
 § 72, **37, 364**
- WG** (Wechselgesetz)  
 Art. 8, **567**  
 Art. 10, **153 Ü, 158 Ü**  
 Art. 25, **567**  
 Art. 28, **153 Ü**
- WHG** (Wasserhaushaltsgesetz)  
 § 31, **692**
- WRV** (Weimarer Reichsverfassung)  
 Art. 107, 590  
 Art. 137, **47, 689**  
 Art. 151, 216
- ZPO** (Zivilprozeßordnung)  
 § 12, 58 Ü  
 § 13, 58 Ü, 211  
 § 21, 58 Ü, 211  
 § 22, **300**  
 § 29, 58 Ü, 211  
 § 32, 211, 214  
 § 33, 388  
 § 39, 389  
 § 50, 211  
 § 52, 211  
 § 104, 67  
 § 114, **477**  
 § 118, 68, 478  
 § 128, 69  
 § 130, 345  
 § 138, 65, **277**  
 § 145, 388  
 § 147, 385  
 § 190, 345  
 § 253, **345**  
 § 256, **390, 409**  
 § 260, 212  
 § 261, 386  
 § 263, 213  
 § 268, **355**  
 § 276, 459  
 § 280, **355**  
 § 281, 386  
 § 282, **459**
- § 284, 68  
 § 286, 65, **246**  
 § 287, 207  
 § 288, 65  
 § 291, 65  
 § 294, **66**  
 § 296, **121, 212, 457, 612**  
 § 296 a, 387  
 § 302, 269  
 § 303, 355, 387  
 § 317, 104  
 § 329, 104  
 § 333, 463  
 § 341 a, **121**  
 § 342, 463  
 § 349, 66  
 § 355, 66, 68  
 § 357, 66, 387  
 § 371, 69  
 § 375, 66  
 § 402, 66  
 § 415, 199 Ü  
 § 434, 66  
 § 451, 66  
 § 493, 67  
 § 497, 67  
 § 528, **462, 612**  
 § 545, **355**  
 § 551, 213  
 § 569, 4 Ü  
 § 600, 390  
 § 605, 67  
 § 605 a, 67  
 § 624, **613**  
 § 653, 68  
 § 692, 483  
 § 707, 67  
 § 714, 67  
 § 717, 390  
 § 719, 67  
 § 724, 14  
 § 750, 14, 4 Ü, **104**  
 § 756, 149  
 § 758, 104  
 § 766, 145 Ü  
 § 767, **114, 145 Ü, 606, 649**  
 § 769, 67, 653  
 § 771, 145 Ü, **676**  
 § 775, 606  
 § 793, 145 Ü  
 § 794, 5 Ü, **53, 114, 198 Ü**  
 § 796, **649**  
 § 797, **53, 114**  
 § 802, 606  
 § 803, 1 Ü  
 § 804, **2 Ü**  
 § 805, 145 Ü  
 § 808, 12  
 § 809, 4 Ü  
 § 814, 12  
 § 816, 12  
 § 829, **627**  
 § 850 c, 477  
 § 864, 12  
 § 865, **13**  
 § 866, 12, 1 Ü  
 § 867, 1 Ü, **53**  
 § 868, 5 Ü  
 § 869, 12, 1 Ü  
 § 871, 12  
 § 885, 17  
 § 888, 200 Ü
- § 894, 199 Ü  
 § 935, **499**  
 § 940, 79, **499**  
 § 945, 390
- ZVG** (Zwangsversteigerungsgesetz)  
 § 10, 15, 19  
 § 15, 14  
 § 19, 14  
 § 20, 14, 19, 54 Ü  
 § 21, 14  
 § 22, 15  
 § 23, 14  
 § 30, 15  
 § 30 a, 15  
 § 36, 15  
 § 37, 15, **17, 54 Ü**  
 § 39, 15  
 § 44, 15, 16  
 § 49, 16  
 § 55, **18, 19, 54 Ü**  
 § 59, 16  
 § 65, 16  
 § 67, 16  
 § 69, 16  
 § 71, 16  
 § 72, 16  
 § 73, 16  
 § 74, 16  
 § 74 a, **18**  
 § 85 a, **18**  
 § 90, **16, 54 Ü**  
 § 91, 16  
 § 92, 17  
 § 93, 17  
 § 110, 17  
 § 115, 19  
 § 148, 14, 19  
 § 150, 19  
 § 150 c, 19  
 § 152, 19  
 § 154, 19  
 § 155, 13  
 § 161, 19

## 7. Stichwortregister

Zeichenerklärung: A = Aufsätze in Zeitschriften; B = Beiträge; E = Erläuterte Entscheidungen; S = JA Studienbogen; Ü = JA Übungsblätter

### A

#### aberratio ictus

- zur Revision der Lehre vom konkreten Vorsatz und der Beachtlichkeit der — 346 A
- — und error in obiecto 369 ff. B, 470 ff. B
- — als Vorsatzproblem 370 B
- — und Vorsatzbegrenzung 372 B

**Abfallbeseitigung**, umweltgefährdende — gem. § 326 Abs. 1 StGB 41 Ü

**Abfindung** des Gesellschafters einer Personengesellschaft nach der Ausschließung ohne wichtigen Grund 482 A

**Abgabenbescheid**, nachträgliche Änderung von — 362 ff. E

**Abordnung**, Unzulässigkeit einer faktischen — eines Beamten zur Dienstleistung bei einer Gesellschaft privaten Rechts 129 f. E

**Absatzhilfe** i. S. v. § 259 StGB 93 B

**Abstraktionsprinzip** (Unterschied zwischen dinglicher Einigung und schuldrechtlichem Vertrag) 198 Ü

**Abschiebung** eines Ausländers 88 B

**Abschlußprüfer**, die Wahl der — einer KG 103 A

**Absetzen** i. S. v. § 259 StGB 92 B

**Absonderungsrecht**, Einverständnis mit Veräußerung kein Verzicht auf — 244 E

#### Abtreibung

- Vornahme einer — bei einer Minderjährigen 186 f. E
- Entwicklung und gesetzliche Regelung der — 226 ff. B
- Strafbarkeit der Auslands — 542 B
- — und anschließende Tötung der Frühgeburt 545 B
- — sversuch bei Geburt eines lebensfähigen Kindes 546 B
- — bei gleichzeitiger Verletzung oder Tötung der Schwangeren 547 B
- Schadensersatz wegen unterbliebener — 671 A

#### Abtretungsverbot

- — und Wiederverkäuferklauseln in AGB eines Kraftfahrzeughändlers 298 f. E
- — und überraschende Klausel 298 E

#### AGB

- Vertragsinhalt bei sich widersprechenden — 109 ff. E
- das — Gesetz 135 ff. B
- zur Entstehung des — Gesetzes 135 B
- Prüfungsschema von — 141 B
- zur Zulässigkeit salvatorischer Klauseln bei der Vereinbarung von — 151 B
- die Befugnis des — Verwenders zur Festlegung von Ersatzbestimmungen 152 B
- Kenntnisnahmemöglichkeit und Kenntnisnahmeobliegenheit bei — 339 A
- notarielle Vertragsmuster und — Inhaltskontrolle 340 A
- Teilwirksamkeit oder geltungserhaltende Reduktion von — 405 A

- zur Anfechtung wegen Irrtums über die Einbeziehungsvoraussetzungen und über den Inhalt einzelner Klauseln in — 481 A
- Auslegung von — 667 B
- Teilwirksamkeit von teilweise unangemessenen — -Klauseln 671 A

#### Agentur-Vertrag

- Rechtswirkungen eines — 600 B
- — als Begründung einer Konzernverschaffungsschuld 603 B

**Akkreditiv**, die — Klausel 150 B

**Aktiengesellschaft**, Satzungsautonomie der — 236 A

**Albert-Hensel-Preis 1981** VII/6

**Aliud** und Gewährleistung 100 A

**Allgemeine Handlungsfreiheit** und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 506 ff. E

**Allgemeines Persönlichkeitsrecht** und Meinungsfreiheit; eine Grundrechtskollision im Privatrecht 328 ff. B, 350 ff. E

**Allgemeines Staatsrecht**, Begriff des — 164 Ü

**Allgemeinverbindlicherklärung** von Tarifverträgen und Koalitionsfreiheit 420 ff. E

**Alternatives Zusammenleben**, Wohngemeinschaft, Partnerschaft, Lebensgemeinschaft 610 A

**Alterseinkünfte**, Besteuerung von — 56 E

**ambiguitas contra stipulatorem** 666 ff. B

**Amerikanisches Recht**, Einführung in das — an der Georgetown University II/6

**Amtshaftung**, Entwicklung der — 532 B

**Amtshilfe**, Recht der — 484 A

**Amtspflicht** gegenüber einem Dritten — Kasuistik ohne Systematik? 292 A

**Analogie**, Definition der — 199 Ü

**Anderweitiger Ersatzanspruch** i. S. v. § 839 I S. 2 BGB 534 B

#### Anfechtung

- zur — wegen Irrtums über die Einbeziehungsvoraussetzungen und über den Inhalt einzelner Klauseln in AGB 481 A
- — und Vollstreckungsklage 652 B

**Angriffs- und Verteidigungsmittel**, zu spät nachgeschobene — im Zivilprozeß 460 B

#### Anhörung

- — des Betriebsrats vor Kündigung 7 Ü
- Rechtswidrigkeit einer Ausweisung wegen fehlender — 204 Ü

**Anhörungsbehörde**, Identität von Planfeststellungs- und — 576 E

**Ankaufen** i. S. v. § 259 StGB 90 B

**Anklageerhebung** 336 B

**Anklagegrundsatz** 337 B

#### Anklageschrift

- Abfassung der — 173 B
- Muster einer — 377 B

**Anknüpfungskriterien** bei internationalen Verträgen 58 Ü

**Anliegergebrauch**, Gemeingebrauch, Sondernutzung 128 f. E

#### Anordnung sofortiger Vollziehung

- — einer Beseitigungsverfügung 61 f. E
- Rechtmäßigkeitsanforderungen an eine behördliche —, § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO 207 Ü

**Anpassung**, Kriterien für — des Vertragsinhalts wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage 492 E

**Anscheinsgefahr** 426 E

**Anschluß- und Benutzungszwang** als enteignungsgleicher Eingriff 254 f. E

**Anstellungsvertrag**, Verhältnis der Dauer von — und Vorstandsbestellung 190 f. E, 412 ff. E

**Apotheken-Urteil** des BVerfG 318 B

**Arbeiter**, Gleichbehandlung mit Angestellten bei Weihnachtsgratifikationen 248 E

**Arbeitnehmerabfindung** nach dem Kündigungsschutzgesetz im Konkurs 180 A

**Arbeiterlaubnis** für Asylbewerber 86 B

**Arbeitsmarkt** für Juristen VI/6

**Arbeitsverweigerung**, Sozialhilfe bei — 304 f. E

**Architektenhaftung**, Zusammenhang zwischen Mangel und Mangelfolgeschaden 682 E

**Arglist**, Begriffsbestimmung der — bei § 463 BGB 73 B

**Argumentationsfehler** in der Assessoriklausur 168 B

**Armenrecht**, Neuordnung des — 477 ff. B

**Armenrechtsprüfungsverfahren**, Freibeweis im — 68 B

#### Ärztliche Aufklärungspflicht

- — und Einschätzungsprärogative 342 A
- — über Genschäden 343 A

**Asbesterzeugnisse**, Vertrieb von im Ausland ohne Beachtung von Sicherheitsbestimmungen hergestellten — 120 f. E

#### Assessoriklausur

- zur Methodik der strafrechtlichen — 164 B
- Auslassungen im Tatbestand der — 169 B
- Beachtung der Logik in der — 169 B
- Häufige Fehler in den schriftlichen Arbeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts in der zweiten juristischen Staatsprüfung 429 ff. B

**Asyl**, ist das Grundrecht auf — verfassungswidrig? 673 A

**Asylanten**, Sozialhilfe für — 304 E

**Asylrecht**, neuere Entwicklung des — 85 ff. B

#### Asylverfahren

- 1. Beschleunigungsnovelle zum — 85 B
- 2. Beschleunigungsnovelle zum — 85 B



— genereller Ausschluß der Berufung im — 88 B

**Atomkraftwerk**, Genehmigungsverfahren 113 ff. Ü

**Atomrechtliches Genehmigungsverfahren**, das gestufte — 113 ff. Ü

**Aufenthaltsurlaubnis** in der Bundesrepublik Deutschland 194 E

**Aufgedrängte Bereicherung** und Verwendungsersatz 23 B

**Aufrechnung**

— Probleme der — im Verwaltungsprozeß 266 ff. B

— — im Sozialhilferecht 307 f. E

— — und Vollstreckungsgegenklage 608 B, 651 B

**Aufrechnungsverbot**, Einschränkungen des — bei vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung 403 A

**Aufsichtsbehörden**, strafbares Fehlverhalten von — 292 A, 348 A

**Aufsichtsrat**

— zur Wirksamkeit einer Satzungsklausel, die für die Wahl des — durch die Hauptversammlung eine  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit vorschreibt 51 E

— Satzungsautonomie der Aktiengesellschaft und innere Ordnung des — 236 A

— innere Ordnung des — 412 ff. E

**Auktionator**, Haftung des — bei unrichtigen Katalogangaben 41 f. E

**Ausbildung**, Selbstbestimmungsrecht des Minderjährigen hinsichtlich seiner — 645 B

**Ausbildungsförderung**, Gesetz zur Änderung der — IX/10

**Ausbildungsplatzförderungsgesetz**, Verfassungswidrigkeit des — 511 ff. E

**Auseinandersetzung**, Mitwirkungspflicht eines Testamentsvollstreckers bei der — über das Vermögen einer BGB-Gesellschaft 411 f. E

**Ausgleichsabgabe**, Pflichtplatzquote und — nach dem SchwbG 632 ff. E

**Ausgleichsquittung**, Rechtsfragen der — bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses 482 A

**Auskunftsanspruch** der Beteiligten eines Verwaltungsverfahrens 509 E

**Ausland**, vom Sinn und Nutzen einer Ausbildung im — 174 ff. B

**Ausländerrecht**

— Problemfeld — 106 A

— Abwägung des öffentlichen Interesses an der Fernhaltung eines Ausländers vom Bundesgebiet 194 f. E

— — , Sozialhilferecht 304 f. E

**Auslandsabtreibung**, Strafbarkeit der — 542 B

**Auslandsstudium**, Rechtsstudium in den USA XL/10

**Auslegung**, keine — eindeutiger testamentarischer Verfügungen 622 ff. E

**Auslegungsmaxime** in AGB 667 B

**Aussage** i. S. v. § 252 StPO 131 E

**Außenbereich**

— Nutzungsänderung im — 514 ff. E

— Rechtsschutz gegen Baugenehmigungen im — 516 f. E

— Innenbereichsabrundungssatzung und Bauplanung im — 636 ff. E

**Außenhandel**, zur Bedeutung von Bankgarantien im — 499 E

**Aussetzung** im Verwaltungsprozeß (§ 94 VwGO analog) 269 B

**Aussteller**, Haftung des nicht als Vertreter erkennbaren Scheckausstellers 568 f. E

**Ausstellung** und Gewerberecht 224 B

**Austauschvertrag**

— der Bereicherungsausgleich beim fehlgeschlagenen — 169 ff. Ü

— Rückabwicklung des fehlgeschlagenen — (Schaubild) 174 Ü

**Ausweisung**, einstweiliger Rechtsschutz gegen — eines Ausländers 203 Ü

**Automatenaufsteller**, Beschränkung der — durch Ladenschlußrecht 656 B

**Automatenglück** 66, JA-Examensklausur 8/81 175 Ü / Lösung 176 Ü

## B

**BAföG**, Gesetz zur Änderung der Ausbildungsförderung X/10

**Bagatelldelinquenz**

— Regelung der — in § 153 a StPO 335 B

— zur Behandlung der — in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Stellung der Staatsanwaltschaft 349 A

**Bankgarantie**

— zur Behandlung der — im Außenhandel 499 E

— rechtsmißbräuchliche Inanspruchnahme einer — 501 E

**Bankkonto**, Pfändung von Ansprüchen aus einem — 627 ff. E

**Bargebot** (§ 49 ZVG) 16 B

**Barvorschußtheorie**, Befremdliches zur Behandlung der — beim Factoring-Geschäft 405 A

**Bau-Darlehen**, JA-Aktenfall 1/81, 33 Ü, Lösung 66 Ü

**Baugenehmigung**

— Rechtsschutz gegen — im Außenbereich 516 f. E

— Wirksamkeit eines Verzichts auf die Erteilung einer künftigen — 594 ff. B

**Bauerwartungsland**, mangelnde Bebaubarkeit eines als — verkauften Grundstücks 293 ff. E

**Bauherrenmodell**, zur Haftung bei — und Ersterwerbermodell 341 A

**Bauplanungsrecht**

— Nutzungsänderung im Außenbereich 514 f. E

— Rechtsschutz gegen Baugenehmigungen im Außenbereich 516 ff. E

— Schutz privater Belange im — 674 A

**Bauträgerkonkurs**, Bestandskraft einer Vormerkung im — 503 f. E

**Beamtenpensionen**, unterschiedliche Besteuerung der — und der Renten aus gesetzlicher Rentenversicherung 55 f. E

**Beamtenprivilegien**, das neue Staatshaftungsrecht und die alten — 532 ff. B

**Beamtenrecht**, neue Literatur zum — VIII/4

**Beamtenstreik**, Unzulässigkeit des — 424 E

**Beamter**, Dienstleistungspflicht des — 423 ff. E

**Bebaubarkeitsgarantie**, vertragliche — einer Gemeinde 595 A

**Bebauungsplan**

— zu den schadensersatzrechtlichen Folgen der Verpflichtungserklärung einer Gemeinde, einen Bebauungsplan aufzustellen 57 f. E

— die rückwirkende Inkraftsetzung eines — 484 A

— Gebot der umfassenden Abwägung bei Aufstellung eines — 595 B

**Bedürftigkeit**

— Unterhalt wegen — im Zeitpunkt der Auflösung der Ehe 527 B

— — eines Kindes 530 B

**Beförderungsvorbehalt** der Post bei Briefsendungen, § 2 Abs. 1 PostG 39 A

**Befreiungsbewegungen**, Status von — in den Vereinten Nationen 378 B

**Begehungsort** gem. § 32 ZPO 214 B

**Begleit- und Einstellungsverfügung** 172 B

**Begnadigung** als Durchbrechung des Gewaltenteilungsprinzips 590 B

**Begünstigender Verwaltungsakt**, Abgabenbescheid als — 362 ff. E

**Begünstigung** als Vortat der Hehlerei 2 B

**Beiladung** im Normenkontrollverfahren 307 E

**Bewohnungsfähigkeit**, Verlust der — durch ärztlichen Fehler 247 E

**Belange** der Bundesrepublik Deutschland 194 E

**Belastungen**, dingliche — und Vermögensveräußerung im ganzen 245 E

**Beleidigung**

— — sfähigkeit von Gruppen 517 E

**Beratungshilfe** für Bürger mit geringem Einkommen 479 B

**Berechtigter** i. S. v. § 209 Abs. 1 BGB 676 E

**Bereicherungsausgleich**

— — beim fehlgeschlagenen Austauschvertrag, dargestellt anhand von Fällen 169 ff. Ü

— Probleme des — bei öffentlich-rechtlichen Verträgen 597 B

**Bereicherungsrecht**, Rechtsfolge- und Rechtsgrundverweisungen auf das — 451 B

**Bereicherungsumfang**

— Probleme des — 27 B

— — bei einer auf einem Sachmangel beruhenden Wertminderung 240 f. E

**Berichtigung** einer Falschaussage 695 f. E

**Berufsausübungsregelung**, Differenzierung in Berufswahl- und — 319 B

**Berufsausbildung**

— Finanzierung der — durch Sonderabgabe 511 ff. E

— Angemessenheit der — und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Eltern 530 B

**Berufsbildungsförderung** durch Ausbildungsplatzabgabe 511 ff. E

**Berufsfreiheitsgarantie**, grundgesetzliche — 511 ff. E

— grundgesetzliche — und Schwerbehindertenaabgabe 632 E

**Berufshaftpflichtversicherung** für Notare 669 f. B

**Berufswaffenträger**, Diebstahl durch — 579 f. E

**Berufswahlbedingung**

— Differenzierung in Berufsausübungsregelungen und — 319 B

— Unterscheidung von objektiven und subjektiven — 320 B

**Berufungsinstanz**, Parteiwechsel auf der Beklagtenseite in der — 355 f. E

**Bescheidungsklage**, gibt es eine verwaltungsgerichtliche — 673 A

**Beschlagnahme**

— — zur Sicherstellung von Beweismitteln §§ 94 ff. StPO 10 B

— Wirkung und Umfang der — § 20 ZVG 14 B

— — im Konkurs

**Beschränkte Gattungsschuld**, die Konzernverschaffungsschuld als Beispiel einer — 599 ff. B

**Beseitigungsverfügung**, Anordnung sofortiger Vollziehung einer — 61 f. E

**Besetzungsrüge**, Präklusion der — gem. der Strafprozeßnovelle 1979 und das Recht auf den gesetzlichen Richter 616 A

**Besondere persönliche Merkmale**, Bedeutung der — für die strafrechtliche Teilnehmer- und Vertreterhaftung 39 A

**Besonderes öffentliches Interesse** an der Strafverfolgung als Verfahrensvoraussetzung 335 B

**Bestimmtheit** einer Verordnungsermächtigung gem. Art. 80 Abs. 1 GG 573 E

**Beteiligte** im Verwaltungsverfahren 34 B

**Beteiligungskauf**, Anwendbarkeit der Sachmängelhaftungsbestimmungen beim Beteiligungskauf 497 E

**Betrieb** i. S. d. § 613 a BGB 505 E

**Betriebsrat**, Nichtanhörung des — 7 Ü

**Betriebsstillegung**, Rückforderung eines Investitionszuschusses bei — 634 ff. E

**Betriebsübergang**, Pächterwechsel als — durch Rechtsgeschäft 504 ff. E

**Betrug**

— — durch Geltendmachung von Ehemaklerlohn 487 A

— — durch Handeln mit Rohstoffoptionen 487 A

**Beurkundungsrecht**, verfassungswidrige Korrektur des — 178 A

**Bewährung**, Aussetzung des Restes der Ersatzfreiheitsstrafe zur — 486 A

**Beweisarten** im Zivilprozeß 65 B

**Beweisaufnahme**, Unmittelbarkeit der — 66 B

**Beweislastumkehr** bei der Produzentenhaftung 564 E

**Beweisverwertungsverbot**

— — auch hinsichtlich Angaben bei einer informativen Vernehmung 130 ff. E

— — bei Verstoß gegen Beschränkungen, die im richterlichen Durchsuchungsbeschluß festgelegt waren 519 f. E

**Beweiswürdigung**

— strafrechtliche Assessorklausur und — 165 B

— — im Arztfehler-Prozeß 246 ff. E

**Bewußtseinsstörung**, tiefgreifende — §§ 20, 21 StGB 467 B

**Bezugsrecht**, das gesetzliche — bei der GmbH 103 A

**BGB-Gesellschaft**

— Rückgriffsanspruch des Gesellschafters einer — 300 f. E

— Mitwirkungspflicht des Testamentsvollstreckers bei der Auseinandersetzung über das Vermögen einer — 411 f. E

**Bild-Zeitung**, Aufdeckung der Mißstände in der redaktionellen Arbeit der — und Publikationsfreiheit 480 A

**Billigkeitskontrolle**, richterliche — von arbeitsrechtlichen Verträgen 418 E

**Blanketterwerber**, Zeitpunkt für die Gutgläubigkeit des — 152 Ü

**Blankowechsel**, JA-Aktenfall 2/81 135 Ü, Lösung 152 Ü

**Böll-Fall** 328 B, 352 E

**Börseninformationsdienste**, Haftung von — 98 A

**Bösgläubigkeit** eines Erwerbers vom Nichtberechtigten 233 B

**Brandstiftungsdelikte**

— Schaubild 92 Ü

— Übungsfälle zur Übersicht — 86 Ü

**Bundesgrundrechte**, Konkurrenz von Landes- und — 536 ff. B

**Bundespräsident**, der — im außenpolitischen Vakuum, JA Examensklausur 11/81 216 Ü, Lösung JA 1/82

**Bundesraumordnungsprogramm** 315 B

**Bundesrecht** bricht Landesrecht, Verhältnis von Art. 31 und 142 GG 537 B

**Bundestag**, Rückblick auf die rechtspolitische Tätigkeit des 8. Deutschen — II/5

**Bürgermeisterverfassung** 24 Ü

## C

**Chancengleichheit** der politischen Parteien 419 ff. E

**Codekarte**, zum Diebstahl mittels — 486 A

**conceptus pro iam nato habetur, quotiens de commodis eius agitur** 549 f. B

**condictio ob rem** (causa data causa non secuta) 26 B

**cost insurance freight**, die — Klausel 148 B

**culpa in contrahendo**

— Haftung des Vertreters aus — 239 E

— — neben mietvertraglicher Sachmängelhaftung 341 A

**culpa levisima** 400 B

## D

**Darlehensrückzahlung** beim Konkurs der GmbH 28 B

**Datenschutz** und Tätigkeit des Betriebsrates 290 A

**Datenschutzrecht**, Entwicklung des — in den Jahren 1979 und 1980 673 A

**Datenverarbeitung** und automatisierte Bescheide: das Problem der Rationalisierung 35 B

**Deckungsprinzip** im Versteigerungsrecht 15 B

**Demonstrationsteilnehmer**, präventivpolizeiliche Maßnahmen gegen anreisende — 425 ff. E

**Diebstahl**

— — durch bewaffnete Polizisten 579 f. E

— Pkw —, JA-Examensklausur 9/81 180 Ü, Lösung 192 Ü

**Dienstbarkeit** gem. §§ 1018 ff., 1090 ff. BGB als Mittel der Wettbewerbsbeschränkung 344 A

**Dienstleistungsüberlassung** bei einem Postbeamten 130 E

**diligentia quam in suis rebus adhibere solet** 400 ff. B

**Dinglicher Verwaltungsakt**, Straßenumbenennung als — 694 f. E

**Diplomatischer Schutz**, Ermessen der Bundesregierung bei der Gewährung — 510 f. E

**Dispens**, verwaltungsrechtlicher — 83 B

**Dispensvorbehalt**, Verbot mit — 80 ff. B

**Distanzgeschäft** 61 Ü

**Doppelverkauf**, rechtliche Behandlung des — 97 B

**Drachenfliegen**, Lohnfortzahlungsanspruch eines Arbeitnehmers, der beim — verunglückt I/11

**Drei-Elementen-Lehre** zum Staatsbegriff 167 Ü

**Dreistufenlehre** zu Art. 12 GG 321 B

**Dritte Welt**, Entwicklung der Vereinten Nationen zum Forum der — 376 B

**Drittschadensliquidation**, Anwendung und dogmatische Begründung 272 B

**Dritt widerspruchsklage**, § 771 ZPO 149 Ü

— Einwand der Vermögensübernahme bei der — 676 f. E

**Dritt zueignung** bei §§ 242, 246 StGB 182 Ü

**Drogenkonsum**, Garantenstellung aus gemeinschaftlichem — 260 E

**Drogensüchtiger**, notwendige Unterbringung eines — 201 ff. E

**Durchsuchung**, Verschaffung von Beweismitteln im Wege einer unzulässigen — 520 E

**Durchsuchungsanordnung**

— die vollstreckungsrechtliche — 105 A

— Verstoß gegen Beschränkungen, die in der richterlichen — festgelegt waren. Verwertungsverbot 519 f. E

**Düren**, Sparkassenneugliederung im Gefolge der Gebietsreform um — 123 E

**Düsseldorfer Tabelle** zur Unterhaltsbemessung 529 B

## E

**EG-Recht**, Kompetenz des BVerfG zur Prüfung von — 302 f. E

**Ehegattennotzucht**, zur Strafbarkeit der — 40 A

**Heliche Gemeinschaft**, Verlassen der — zugunsten einer nichtehelichen Gemeinschaft 116 ff. E

**Eheverfehlung**, Berücksichtigung einer — gemäß § 1579 Abs. 1 Nr. 4 BGB, § 1579 Abs. 2 BGB 116 ff. E

**Ehrenschtz**, zivilrechtlicher — für eine Gesellschaft 618 ff. E

**Eigenkapital**, Gleichsetzung von Gesellschaftsleistungen mit unter Umständen haftendem — der GmbH 31 B

**Eigentümer-Besitzer-Verhältnis**  
— — und Verwendungsersatz 23 B  
— Verweisungen auf das — 456 B  
— Ansprüche aus dem — 203 Ü

**Eigentümerrentenschuld**, Umwandlung einer Rentenschuld in eine — 114 E

**Eigentumsschaden**, zur Abgrenzung des — vom Vermögensschaden 402 A

**Eigentumsvermutung**, Schlüsselgewalt und — 672 A

**Eigentumsvorbehalt**, zulässiger formularmäßiger Ausschuß eines — 242 E

**Eigenübliche Sorgfalt** 400 B

**Einbruchsdiebstahl** i. S. d. § 243 Abs. 1 Nr. 1 StGB 195 Ü

**Eindeutigkeitsregel** bei der Auslegung von Verträgen 667 B

**Einem-Dritten-Verschaffen** i. S. v. § 259 StGB 92 B

**Eingriffsermächtigungen**, parallele — 162 B

**Eingriffskondiktion** 404 B

**Eingriffsverwaltung** und Hausrecht 256 f. E

**(EKG)** Einheitliches Gesetz über internationalen Kauf beweglicher Sachen 147 B

**Einlageforderung**, Pfändung einer — 414 f. E

**Einmann-GmbH**, gesetzliche Zulassung der — VII/1

**Einredetatsachen**  
— die Behandlung von — in der Relation 277 ff. B  
— Behandlung von — in der Klägerstation 279 B

**Einspruch**, relativer oder absoluter Vorrang des — bei Versäumnisurteil und Vollstreckungsbescheid 649 B

**Einstellung** des Ermittlungsverfahrens 333 B

**Einstellungsverfügung**, Muster einer — 335 B

**Einstweiliger Rechtsschutz**  
— — im Verwaltungsprozeß 485 A  
— Übungsfälle zum — nach der VwGO 201 Ü

**Einzelnachfolge** in verwaltungsrechtliche Rechte und Pflichten 185 Ü

**Elterliche Sorge**  
— gemeinsame — beider Elternteile nach Scheidung der Ehe 188 f. E  
— Recht und Pflicht der — 570 ff. E  
— — für nichteheliche Kinder 570 ff. E  
— das neue Recht der — (SorgRG) 641 ff. B  
— Umfang der — 643 B  
— Entziehung der — 646 B

**Eltern**  
— gemeinsame elterliche Sorge beider — nach Scheidung der Ehe 188 f. E

— Rechtsbeziehungen zwischen — und Kindern bei bestehender Ehe 642 B

**Eltern-Kind-Verhältnis**, rechtliche Neuregelung des — 644 B

**Embryonenschädigung**, Körperverletzung bei — 548 B

**Enteignender Eingriff** durch Straßenbauarbeiten 422 E

**Enteignung**  
— Entschädigung falls — 291 A  
— strafrechtliche — des Eigentümers bei §§ 242, 246 StGB 192 Ü  
— Gesetzmäßigkeit einer — im Individualinteresse 631 f. E

**Enteignungstheorien** 254 E, 177 Ü

**Enteignungsgleicher Eingriff**  
— Fluglotsenstreik als — 250 ff. E  
— — durch Anschluß- und Benutzungszwang 254 f. E  
— — durch Straßenbauarbeiten 422 f. E

**Entkolonialisierung**, Treuhandrat für Fragen der — 382 B

**Entscheidungsgründe** im verwaltungsgerichtlichen Urteilsentwurf 431 B

**Entstrickung** 4 Ü

**Entwässerungsgebühr**, kommunale — 195 f. E

**Entziehungsanstalt**, Unterbringung in einer — 201 ff. E

**Eppler-Fall** 328 B, 351 B

**Erbbauzinsen**, Anpassung von — nach den Regeln des Wegfalls der Geschäftsgrundlage 491 ff. E

**Erben** ist kein Gewinn 476 f. B

**Erbenhaftung**, Grundzüge der — 236 A

**Erbersatzanspruch** und Pflichtteilsrecht des Erbersatzberechtigten 620 ff. E

**Erblasserwille**, Unbeachtlichkeit des nicht formgerecht erklärten — 622 ff. E

**Erfolg** und seine kausale Erklärung im Strafrecht 347 A

**Erfolgsqualifizierte Delikte**, zur Struktur der — 485 A

**Erfüllungsablehnung**, Bestandskraft einer Vormerkung im Bauträgerkonkurs trotz — des Konkursverwalters 503 f. E

**Erhaltungsarbeiten**, Pflicht zur Organisation von — 74 B

**Erkennungsdienliche Maßnahmen** nach § 81 b StPO 9 B

**Erlaubnispflichten**, grundrechtliche Problematik der — 80 B

**Ermessensentscheidung**  
— — bei der Erlaubniserteilung 82 B  
— Anspruch auf fehlerfreie — 126 ff. E  
— — der Bundesregierung über Gewährung diplomatischen Schutzes 510 f. E

**Ermessensreduzierung auf Null**  
— — der Ordnungsbehörde zugunsten des von Obdachlosigkeit bedrohten Störers 578 E  
— — der Polizei bei Entscheidung über Räumung eines besetzten Hauses 692 E

**Ermessensrichtlinien**, Anspruch eines Rechtsanwalts auf allgemeine Information über — 508 f. E

**Ermessensspielraum** der Polizei bei einem Antrag auf Räumung eines widerrechtlich besetzten Hauses 691 f. E

**Ermessensüberprüfung**, Methodik der — 436 B

**Ermittlungsverfahren**  
Zwangsmittel und Rechtsbehelfe im — 7 ff. B  
— der Abschluß des strafrechtlichen — 333 ff. B  
— Verweigerung staatsanwaltlicher Auskünfte an die Presse im — 427 f. E  
— Nochmals: Der Abschluß des strafrechtlichen — 475 f. B

**Erreichbarkeit** eines getarnt eingesetzten Polizeibeamten als Zeugen 368 E

**error in obiecto**  
— aberratio ictus und — 369 ff. B, 470 ff. B  
— Zielerreichung beim —

**Ersatzbestimmungen** in AGB 152 B, 154 B

**Ersatzfreiheitsstrafe**, die Aussetzung des Restes der — zur Bewährung 486 A

**Ersatzzehlerei**, das Problem der sog. — 3 B

**Erschlichene Informationen**, Publikationsfreiheit für 480 A

**Erschließungsvertrag**, Bereicherungsausgleich beim fehlgeschlagenen — 597 B

**Ersteigerungsvorgang** 16 B

**Europäische Integration**, Aufbaustudiengang — VII/6

**Europarecht**  
— Studienliteratur zum — 311 A  
— Studienaufenthalt in London: Grundkurs im — XLII/10

**Eventualantrag** bei Begehren nach § 154 Abs. 3 S. 2 StPO 310 E

## F

**Factoring**  
— zur echten Globalzession beim unechten — 340 A  
— Befremdliches zur Behandlung der Barvorschußtheorie beim — Geschäft 405 A

**Fahrlässige Tötung** durch Abgabe von Heroin 696 E

**Fahrlässigkeit**, Begriffsbestimmung der — im Zivilrecht 207 B

**Falknerjagdschein**, Unverhältnismäßigkeit eines Waffenkundenachweises zur Erlangung eines — 506 E

**Fallbezogene Darstellungen** als juristische Hilfsmittel 399 B

**Falllösung**, methodischer Einstieg in die — eines Zivilprozeßrechtsfalls 210 B

**Falsch Aussage**, Berichtigung einer — 695 f. E

**Falschlieferung**  
— die qualitative — beim Gattungskauf 144 B  
— Erstreckung des Sachmängelrechts auf die — 144 B  
— die — beim Stückkauf 146 B  
— Gewährleistungsrecht bei — auch beim Kauf nach bürgerlichem Recht 146 B

**Fälschung** juristischer Prüfungsarbeiten 366 f. E

**Falschzitate**, Grundrechtsschutz gegen — 333 B

**Familienpflege** 645 B**Familienplanung**, Entscheidung des BGH zur fehlgeschlagenen — 338 A**Familienrecht**, Studienliteratur zum — II/4**Fehlbelegungsabgabe** bei Sozialwohnungen 262 B**Feindstaatenklauseln**, Fortgeltung der sogenannten — 448 B**Ferienhaus**, Urlaub im — 670 A**Fernheizwerk**, Anschluß- und Benutzungszwang für — 254 E**Fernseh- und Rundfunkaufnahmen** im Gerichtssaal, § 169 S. 2 GVG 584 B**Fernsehwerbung** der politischen Parteien 419 E**Festnahme**, vorläufige — gem. § 127 StPO 8 B**Feststellungsinteresse** bei Fortsetzungsfeststellungsklage 199 f. E**Feststellungsklage**

— besondere Voraussetzungen für eine — (§ 43 VwGO) 19 Ü

— Zulässigkeit einer —, wenn kein gegenwärtiges Rechtsverhältnis besteht 409 ff. E

**Finanzierter Abzahlungskauf**, zur Verpflichtung des Verkäufers „notfalls“ die Kreditierung des Kaufpreises nach Art des — zuvermitteln 624 ff. E**Finanzverfassung**, Sonderabgaben und — 262 B**Fixhandelskauf**

— Voraussetzungen des — 72 B

— Rechtsfolgen des — 72 B

— Umwandlung des — in gewöhnlichen Kaufvertrag 51 Ü

**Flucht** in die Säumnis 121 f. E, 463 B**Fluchthelfervertrag**, zur Frage der Sittenwidrigkeit eines — 237 ff. E**Fluglotsenstreik**

— Haftung des Bundes wegen des — 250 ff. E

— Verantwortlichkeit des Fluglotsenverbandes für — 423 ff. E

**Folgelastenverträge**, Rückabwicklung von — 597 B**Folgeschäden**, zur Haftung eines Zwischenhändlers für — 495 ff. E**Forderungsabtretung**, Schuldnerschutz bei der — 610 A**Forderungsübergang**, gesetzlicher — bei der Grundschuld 678 E**Fortsetzungsfeststellungsklage**, Feststellungsinteresse bei der — 199 f. E**Fortsetzungszusammenhang**, Voraussetzungen des — 161 Ü, 181 Ü**free on board**, die — Klausel 148 B**Freibeweis**, Begriff und Funktion des — 67 B**Freistellung**, unbezahlte — von Arbeit 406 A**Freiwilligkeit** des Rücktritts vom versuchten Delikt 62 ff. E**Freizügigkeit** der Arbeitnehmer, Zugang zum öffentlichen Dienst 629 f. E**Friedenserhaltende Maßnahmen** nach Art. 39 VN-Charta 443 B**Friedenspflicht** der Tarifvertragsparteien 76 B**Frist**

— Überschreiten einer vom Richter gesetzten — im Zivilprozeß 459 B

— — für die Identifizierung Nichtverdächtiger 663 B

**Fristenlösung** zum Schwangerschaftsabbruch 227 B**Fristsetzung**

— Entbehrlichkeit der — nach § 326 BGB grds. auch nicht bei pVV der Gegenseite 180 f. E

— Entbehrlichkeit von — und Ablehnungsdrohung bei § 326 BGB 495 E

**Fristversäumung**, Rechtsverlust durch Fristablauf oder — im Zivilprozeß 460 B**Fruchterwerb**, Lehre vom — 286 ff. B**Frühgeburt**, Abtreibung und anschließende Tötung der — 545 B**Frustrierte Aufwendungen** im Falle eines Klinikaufenthalts 617 f. E**Führerschein**, Gebrauch eines verfälschten — 309 f. E.**Funktionsnachfolge**, Übergang der Rechte und Pflichten aus dem Gesichtspunkt der — 185 Ü**Fürsorgepflicht** des Dienstherrn ( 79 BBG) und Rückgriffsbegrenzung 536 B**Fußballspiel**, das abgesagte —, Einführung in das internationale Vertragsrecht JA Examensklausur 3/81 57 Ü, Lösung 57 Ü**G****Garantenstellung** aus gemeinschaftlichen Drogenkonsum 259 f. E**Garantie**, rechtsmißbräuchliche Inanspruchnahme einer — 501 E**Garantierauftragsgeber**, einstweilige Verfügung eines — gegen die garantierende Bank 499 ff. E**Garantieschein**, Verpflichtungen eines Pkw-Herstellers aufgrund eines — 296 f. E**Garantieurkunde**, Anforderungen an die Klarheit einer — des Verkäufers 354 f. E**Garantievertrag**, der — im Kaufrecht 557 A**Gaststättenlärm** und Sperrzeit 484 A**Gattungskauf**, qualitative Falschlieferung beim — 144 B**Gattungsschuld**

— —, ein Beitrag zur Dogmatik des § 279 BGB 404 A

— Die Konzernverschaffungsschuld als Beispiel einer beschränkten — 599 ff. B

— — und Beschaffungspflicht 603 B

**Gebietsreform**, Sparkassenneugliederung im Gefolge der — und kommunale Selbstverwaltungsgarantie 123 ff. E

— Konkretisierung bei der — 209 Ü

**Gebrauchtwagen**

— Wandlung des Neuwagenkaufs bei Kommissionsvertrag über — 42 f. E

— Kündigung eines Vermittlungsvertrages über einen — 297 f. E

**Gebrauchtwagenhändler**

— Haftung des als Vermittler auftretenden — 239 f. E

— Haftung des — für „ins Blaue hinein“ abgegebene Erklärung bei vereinbartem Gewährleistungsanschluß 680 f. E

**Gefährdungshaftung**, Grundlagen des Haftungsrechts 205 ff. B**Gefahrenabwehr**, Gemengelage von Strafverfolgung und — 661 B**Gefahrenverdacht**, Maßnahmen aufgrund eines — 426 E**Gegenüberstellung**, Probleme der — zum Zwecke der Wiedererkennung 617 A**Geisteskrankheiten**, schuldeinschränkende — 465 B**Geistigkeitstheorie** zu § 267 StGB 367 E**Gemeindeverfassungstypen**, Überblick über die — 24 Ü**Gemeindliche Einrichtungen** 195 f. E**Gemeindliches Einvernehmen** nach § 36 Abs.1; BBauG 693 E**Gemeingebruch**, Anliegergebrauch, Sondernutzung 128 f. E**Gemeinschaftliche elterliche Sorge** 647 B**Gemischtypischer Vertrag**, Theorien zum — 498 f. E**Genehmigungsverfahren**, verwaltungsrechtliches — 84 B**Generalklausel** des § 9 AGBG 139 B**Generalversammlung**

— — der Vereinten Nationen 380 B

— Resolutionen und Deklaration der — 439 B

**Genschäden**, zivilrechtliche Haftung des Arztes aus der Aufklärung über — 343 A, 671 A**Gerichtsstand**

— — der unerlaubten Handlung, § 32 ZPO 275 B

— — für Klage auf Schadensersatz aus Prospekthaltung bei einer Publikums-KG 301 f. E

— — des Sachzusammenhangs, § 33 ZPO 388 B

**Geringstes Gebot** (§ 44 ZVG) 16 B**Gesamtgeldstrafe**, die nachträgliche Bildung einer — bei differierenden Tagessatzhöhen 486**Gesamthypothek**, JA-Examensklausur 7/81 119 Ü, Lösung 140 Ü**Gesamtschuld**, Sicherung einer — durch eine Grundschuld auf dem Grundstück eines Dritten 672 A, 677 ff. E**Gesamtunterhaltsbedarf**, Berechnung des — des Kindes 532 B**Geschäftsgrundlage**

— neuere Tendenzen zum Anwendungsreich der Lehre von der — 288 A

— Wegfall der — bei Nichtbebaubarkeit des Grundstücks 293 E

— Anpassung von Erbbauzinsen nach den Regeln des Wegfalls der — 491 ff. E

**Geschäftsordnung** der Gemeindevertretung 360 ff. E**Gesellschaft**, zivilrechtlicher Ehrenschatz für eine — 618 ff. E**Gesellschafterausschluß**, Abfindung bei — ohne wichtigen Grund 482 A**Gesellschafterdarlehen**

— neuere Entscheidungen des BGH zur Anwendung der §§ 30 I, 31 GmbHG auf — und die Neuregelung in § 32 a I GmbHG 28 ff. B

— Anwendung der §§ 30, 31 GmbHG auf

kapitalersetzende — 29 B

**Gesellschafterhaftung**, Theorien zur — 300 f. E

**Gesellschafternachfolge**, Aufeinandertreffen von Erbrecht und Gesellschaftsrecht bei der — 236 A

**Gesellschaftsanteile**  
— Kauf von — und Sachmängelhaftung 151 B  
— Haftung bei Verkauf von — 496 ff. E

**Gesetzeskonkurrenz**, Erscheinungsformen der — 163 Ü

**Gesetzesvorbehalt**  
— Einführung eines — bei Art. 16 GG 86 B  
— — im Verfahren der Kapazitätsermittlung von Studienplätzen 253 E  
— — und Hausverbot 256 f. E

**Gesetzgebungskompetenz** des Bundes für das Staatshaftungsgesetz 673 A

**Gestaltungsrechte** des Schuldners im Hinblick auf § 767 Abs. 2 ZPO 651 B

**Gewährleistung**, Aliud und — 100 A

**Gewährleistungsausschluß**, Haftung des Gebrauchswagenhändlers für „ins Blaue hinein“ abgegebene Erklärung trotz vereinbartem Gewährleistungsausschluß 680 f. E

**Gewährleistungshaftung** siehe Haftung

**Gewährleistungsvergütungen**, Garantie- und — im Verhältnis zwischen Hersteller — Handel — Endkunde 99 A

**Gewerbe**  
— Begriff des — 217 B  
— Stehendes — (§§ 14 ff. GewO) 219 B  
— Anzeigepflicht eines — 219 B  
— genehmigungspflichtiges — 221 B

**Gewerbeerlaubnis**, Rücknahme und Widerruf der — 222 B

**Gewerbefreiheit**, Grundsatz der — 218 B

**Gewerbeordnung**, Anwendungsbereich der — 217 B

**Gewerberecht**, Grundsätze des — 216 ff. B

**Gewerbeuntersagung** 220 B

**Gewerbsmäßigkeit**, Merkmale der — 218 B

**Gewerbsunfähigkeit**, Merkmale der — 218 B

**Gewerkschaft**  
— — und Streik 75 B  
— Schadensersatzanspruch gegen die — 76 B  
— Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch gegen die — 79 B

**Gewillkürte Prozeßstandschaft** des Testamentsvollstreckers 675 E

**Glaubensfreiheit**, Berufung von Sektenmitgliedern auf — 104 Ü

**Glaubhaftmachung**, Besonderheiten der — 66 B

**Gläubigerschutz** durch Patronatserklärung 602 B

**Gläubigerverzug** des Käufers beim Handelskauf 71 B

**Gleichbehandlung**  
— Gesetz über die — von Männern und Frauen am Arbeitsplatz 104 A  
— — von Arbeitern und Angestellten bei Weihnachtsgratifikationen 248 ff. E  
— arbeitsrechtlicher Grundsatz der — und Juristenausbildung 415 f. E

**Gleichheitsgrundsatz** und Neuregelung verfassungswidriger Gesetze lediglich für die Zukunft 358 ff. E

**Globalzession**, zur (echten) — im unechten Factoring 340 A

**GmbH-Geschäftsführer**, gesetzliche Kündigungsfrist eines —, der nicht Gesellschafter ist 686 f. E

**GmbH-Novelle II/1**

— Regelungen über Gesellschafterdarlehen in der — 28 B  
— Die — 102 A

**GmbH & Co. KG**

— Haftung für fehlerhafte Geschäftsführung in der — 406 A  
— keine Sonderverjährung gem. § 159 HGB, wenn der Komplementär der in eine — umgewandelten Gesellschaft als Kommanditist weiterhin angehört 626 f. E

**Gnade** als rechtsfreier Akt 591 B

**Gnadenakte**, Rechtsschutz gegen — 588 ff. B

**Gnadenpraxis**, Abweichen von einer — als Rechtsverletzung 591 B

**Gnadenordnungen**, Einfluß von — auf die Überprüfung von Gnadenakten 591 B

**Grenzrichter** für Asylsuchende 87 B

**Gründer-Gesellschafter**, Haftung der — einer Vor-GmbH 192 ff. E

**Grundbuch**, Publizitätsprinzip des — und öffentlich-rechtliche Liegenschaftsrechte 323 B

**Grundbuchsperr** nach Konkurseröffnung 134 Ü

**Grundgesetz**, Grundrechte des — 483 A

**Grundrechte**

— die — des Grundgesetzes 483 A  
— Konkurrenz von Landes- und Bundesgrundrechten 536 B

**Grundrechtskollision** im Privatrecht 328 ff. B, 350 ff. E

**Grundrechtsmündigkeit** jugendlicher Gur-Anhänger, JA Examensklausur 5/81 83 Ü, Lösung 103 Ü

**Grundrechtsschranken**, immanente — 107 Ü, 513 E

**Grundrechtsverzicht** eines Asylbewerbers 89 B

**Grundschuld**, Sicherung einer Gesamtschuld durch eine — auf dem Grundstück eines Dritten 672 A, 677 ff. E

**Grundschuldbrief** als Hohlereiobjekt 2 B

**Grundstückszufahrt**, Beseitigung einer — 525 f. E

**Gruppennützigkeit** von Sonderabgaben 265 B

**Gutachten**

— das — in der Assessorklausur 164 B  
— richterliche Würdigung eines Sachverständigen — 247 E  
— Aufbaugrundsätze für — in der Relation bei Einredetatsachen 278 B  
— — bei häuslichen Arbeiten im Assessorexamen 433 B

**Gutgläubiger Erwerb**

— zur Frage des — des Eigentums an den Verkäufer unter verlängertem Eigentumsvorbehalt gelieferten Ware durch einen Käufer dessen AGB die Abtretung des

Kaufpreisanspruchs ausschließen 43 f. E  
— — eines Vertragspfandrechts 558 A  
— — der Vormerkung und Konfusion 559 A  
— — einer Vormerkung 682 f. E  
— — durch den zugleich für die Erben und im eigenen Namen handelnden Testamentsvollstrecker 684 ff. E

## H

**Haftbefehl**, Voraussetzungen des — 7 B

**Haftprüfung** 8 B

**Haftprüfungsverfahren** nach § 121 StPO 8 B

**Haftung**

— — des Auktionators bei unrichtigen Katalogangaben 41 f. E  
— — der Gesellschafter einer BGB-Gesellschaft, die als Kommanditgesellschaft aufgetreten ist 49 f. E  
— — der Gemeinde für Aufstellung eines bestimmten Bebauungsplans 57 f. E  
— — für Streikposten 78 B  
— — der Gewerkschaft für ihre Organe 78 B  
— — von Börseninformationsdiensten 98 A  
— — bei fehlgeschlagener Sterilisation 111 ff. E  
— — der Ausstellerbank bei abhanden gekommenen und gefälschten Reiseschecks 181  
— — der Gründer-Gesellschafter einer Vor-GmbH 192 ff. E  
— — des Vermieters für unbehebbarer Mängel 235 A  
— — des als Vermittler auftretenden Gebrauchtwagenhändlers 239 ff. E  
— — des Bundes wegen des Fluglotsenstreiks 250 ff. E  
— — des Vermieters für unbehebbarer Mängel der Mietsache 288 A  
— — bei Bauherren- und Ersterwerbermodellen 341 A  
— — des Arztes aus der Aufklärung über Genschäden 343 A, 671 A  
— — für fehlerhafte Geschäftsführung in der GmbH & Co KG 406 A  
— — eines Zwischenhändlers für Folgeschäden 495 ff. E  
— — bei Verkauf von Gesellschaftsanteilen 496 ff. E  
— — des Veranstalters von Rock-Konzerten 498 f. E  
— — bei mangelnder Produktbeobachtung 563 ff. E  
— — der Kindesmutter gegenüber dem Scheinvater 566 f. E  
— — des nicht als Vertreter erkennbaren Akzeptanten 567 f. E  
— — des nicht als Vertreter erkennbaren Ausstellers 568 f. E  
— — der Obergesellschaft im GmbH-Konzern im allgemeinen 600 B  
— — des Gebrauchtwagenhändlers für „ins Blaue hinein“ abgegebene Erklärung bei vereinbartem Gewährleistungsausschluß 680 f. E

**Haftungsrecht**, Grundlagen des — 205 ff. B

**Halterhaftung**, Forderung nach — für den ruhenden Verkehr I/11

**Handeln** in fremdem Namen, Erkennbarkeit des — 567 E

**Handelskauf**

- Rechtsfragen des — 70 ff. B, 143 ff. B
- und AGB-Gesetz 71 B
- Übergangsfälle zum — 32 Ü, Lösung

**Handlungsabschnitte**, Gliederung nach — in der strafrechtlichen Assessorklausur 166 B

**Handlungseinheit**, Begriff der — 163 Ü

**Handlungsmehrheit**, Begriff der — 163 Ü

**Härteklause**, Eingreifen der — bei Versorgung eines gemeinschaftlichen Kindes (§ 1579 II BGB) 119 E

**Hauptverhandlung**

- die öffentliche — überflüssig, zweckmäßig oder geboten 581 ff. B
- Störungen der — und Öffentlichkeitsprinzip 583 B

**Hauptversammlungsergebnis**, Zulässigkeit der Verbindung einer Anfechtungsklage mit einer Klage auf (positive) Feststellung des richtigen — 51 f. E

**Hausarbeit**, öffentlich-rechtliche — im Assessorexamen 433 B

**Hausarbeitstag** und Gleichheitsgrundsatz 358 ff. E

**Hausbesetzer**, einstweilige Verfügung gegen Unbekannt — ein Mittel gegen — 345 A

**Hausdurchsuchung** beim Verdächtigen nach § 102 StPO 9 B

**Hausrecht**, öffentlich-rechtliches — 126 ff. E

**Hausverbot** und Vorbehalt des Gesetzes 256 f. E

**Hehlerei**

- Grundprobleme der — 1 ff. B, 90 ff. B
- Wesen der — 1 B
- als Perpetuierungsdelikt 3 B
- des Mittäters 5 B
- als Anschlußtat 6 B
- , wenn die Deliktsbeute von dem Vortäter durch einen Betrug oder eine Erpressung erlangt wird 6 B
- Tathandlungen der — 90 B
- der subjektive Tatbestand der — 93 B
- Bereicherungsabsicht bei der — 94 B

**Heimtücke**

- auf höchststrichterlichem Prüfstand: Chance einer Wende in der Mordrechtsprechung 614 A
- Strafmilderung trotz Vorliegen des Mordmerkmals — 639 E

**Heroin**, fahrlässige Tötung durch Abgabe von — 696 E

**Heroinkonsum**, Garantenstellung aus gemeinschaftlichem — 259 f. E

**Höhere Gewalt**, Ausnahme von der Gefährdungshaftung 209 B

**Homogenitätsanforderung** für Landesverfassungen 538 B

**Humanitäre Intervention**, Unzulässigkeit der — 443 B

**Hypothekenbestellung**, Einwendungen gegen die anlässlich einer — wegen der persönlichen Forderung erklärte Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung 53 f. E

**I****Identifizierung**

- — verdächtiger Personen 660 ff. B
- Zwölf-Stunden-Frist für die Identifizierung Nichtverdächtiger 663 B

**Immaterieller Schadensersatz** für Personengesellschaft wegen Rufschädigung 620 E

**Immobilienvollstreckung**, zum Gegenstand der — 13 B

**Incoterms** 148 B

**Indeterminismus**, Lehre von — 465 B

**Indikationenbescheinigung**, Ausstellung einer unrichtigen —, § 219 a StGB 543 B

**Indikationenlösung** zum Schwangerschaftsabbruch 227 B

**Individualabrede**, Vorrang der — vor AGB 136 B

**Inflationsrate** und Anpassung von Verträgen wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage 493 E

**Informationsanspruch** der Öffentlichkeit 428 E

**Infrastrukturkataster** 316 B

**Inhaltskontrolle**

- Schranken der — von AGB 137 B
- zur richterlichen — notarieller Verträge 235 A

**Innenbereichsabrundungssatzung**, Gültigkeit einer — 636 ff. E

**Insichgeschäft**

- — und Interessenkollision 142 B
- Mißbrauch der Befugnis zu einem — 525 B

**Instandbesetzung**

- zivilrechtliche Aspekte der — 670 A
- Ermessensspielraum der Polizei beim Vorgehen gegen — 691 f. E

**Instruktionspflichten**

- keine Beweislastumkehr bezüglich — bei der Produzentenhaftung 564 E
- — des Herstellers eines Pflanzenschutzmittels 566 E

**Internationaler Gerichtshof**, Zuständigkeit und Funktion 383 B

**Internationaler Währungsfonds**

- Arbeitsweise des — 107 A
- — und Vereinte Nationen 446 B

**Internationales Vertragsrecht**, Einführung in das — JA-Examensklausur 3/81 57 Ü, Lösung 57 Ü

**International Law Commission** 444 B

**Inverkehrbringen** als echt gem. § 146 Abs. 1 Nr. 2 StGB 143 Ü

**Investitionszulagen**, strafbare Erschleichung von — durch Aufhebung und Neuabschluß von Lieferverträgen 40 A

**Investitionszuschuß**, Rückforderung eines — bei Betriebsstillegung 634 ff. E

**Irrtum**

- Grenzfälle des — über normative Tatbestandsmerkmale im Strafrecht 281 ff. B
- innerstrafrechtlicher und außerstrafrechtlicher — 284 B
- gegenstandsbezogener und begriffsbezogener — 284 B
- zur Anfechtung wegen — über die Einbeziehungsvoraussetzungen und über den In-

halt einzelner Klauseln in AGB 481 A

**Irrtümliche Auslieferung**, JA-Examensklausur 10/81 197 Ü, Lösung

**J**

**Juden**, Bestreiten der Morde an — während der national-sozialistischen Gewaltherrschaft 517 ff. E

**Juristenausbildung**

- — und Arbeitsrecht 415 f. E
- einstufige — in Baden-Württemberg 415 E
- Zwischenprüfung der einstufigen — als berufsqualifizierender Hochschulabschluß 416 E
- — im Umbruch 550 ff. B
- zur Diskussion über die Neuordnung der — 550 ff. B
- — Modelle 551 B

**Juristische Hilfsmittel**, Typen der — 397 ff. B

**Juristischer Vorbereitungsdienst**, Verlängerung des — I/2

**Juristische Staatsprüfung**, Änderung der Bestimmungen über die zweite — I/2

**Justiz** als Schicksal 107 A

**Justizfreie Hoheitsakte**, Rechtsschutz gegen sog. — 588 B

**K**

**Kapital-Vorgesellschaft**, Grundstruktur der — 391 ff. B

**Kasse gegen Dokumente** 149 B

**Katalogangaben**, Haftung des Auktionators bei unrichtigen — 41 f. E

**Kausalverlauf**

- Vorsatz und — 374 B
- wesentliche und unwesentliche Abweichung vom — 471 B

**Kinder**, Rechtsbeziehungen zwischen Eltern und — bei bestehender Ehe 642 B

**Kindeswohl**, Grundsatz der Priorität des —, § 1671 BGB 646 B

**Kirchenautonomie**

- — und staatliches Arbeitsrecht 47 E
- Verhältnis von — und staatlichem — 689 E

**Klagebefugnis**

- — bei der Konkurrentenklage 258 E
- — und Popularklage 291 A

**Klageerzwingungsverfahren** 336 B

**Klauselerteilung**, Zuständigkeit zur — 198 Ü

**Klinikaufenthalt**, Schadensersatz bei vertanem Urlaub im Falle eines — 617 f. E

**Koalitionsfreiheit**, Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und Koalitionsfreiheit 420 ff. E

**Kohlepfennig** als Sonderabgabe 261 B

**Kollidierende Forderungsrechte** 96 B

**Kollisionsrecht** (internationales Privatrecht) 59 Ü

**Kollusion**, zum Nachteil des Vertretenen 523 B

**Kollusives Zusammenwirken**, das Erfordernis des — bei der Hehlerei 5 B

**Kommanditanteil**, Sicherungsabtretung eines — 357 f. E

**Kommanditgesellschaft**

— Rechtsscheinhaltung der Gesellschafter einer BGB-Gesellschaft, die als — aufgetreten ist 49 f. E

**Kommanditist**, keine Sonderverjährung gem. § 159 HGB, wenn der Komplementär der in eine GmbH & Co. KG umgewandelten Gesellschaft als — weiterhin angehört 626 f. E

**Kommentare**

— — als juristische Hilfsmittel 397 B  
— — zum Bürgerlichen Gesetzbuch XXX/10

**Kommissionsagent**, Definition des — 599 B

**Kommunales Antragsrecht** 360 ff. E

**Kommunalrechtliches Vertretungsverbot**

— — für Rechtsanwälte 59 f. E  
— Auswirkungen des — auf Anwaltssozietät 61 E  
— — und Normenkonkurrenz 162 B

**Kommunalverfassungsstreitverfahren** wegen Streit über Antragsrecht berufsmäßiger Gemeinderatsmitglieder 360 ff. E

**Konfusion**, gutgläubiger Vormerkungserwerb und — 559 A

**Konkrete Normenkontrolle**, Prüfungsgegenstand der — nach Art. 100 Abs. 1 GG, §§ 80 ff. BVerf GG 303 E

**Konkretisierung** bei Gattungsschulden 209 Ü

**Konkretisierungstheorie** (aberratio ictus) 371 B

**Konkurrentenklage**

— über die — im Beamtenrecht 106 A  
— die — gegen einen öffentlich-rechtlichen Subventionsvertrag 107 A  
— zur Verhinderung weiterer Taxikonzessionen 257 f. E

**Konkurrenzlehre**

— Übungsfall zur strafrechtlichen — 160 Ü  
— —, Schaubild 163 Ü

**Konkurs**

— Arbeitnehmerabfindung nach dem Kündigungsschutzgesetz im — 180 A  
— Rechtsstellung des Gemeinschuldners im — 129 Ü  
— Unwirksamkeit von Rechtshandlungen im — 129 Ü  
— Bestandskraft einer Vormerkung im Bauträger — 503 f. Ü

**Konnexität** und Widerklage 389 B

**Kontokorrent**, Pfändung von Ansprüchen aus einem — 627 ff. E

**Kontrollstelle**

— Vorläufige Festnahme, Identifizierung und — im Strafprozeß 660 ff. B  
— Voraussetzungen der Anordnung der — 664 B  
— Anknüpfungstatbestände für die Errichtung von — 665 B

**Konzernverschaffungsschuld**

— — als Beispiel einer beschränkten Gattungsschuld 599 ff. B  
— Leistungsstörungen bei der — 604 B  
— — als typische Vorratsschuld 605 B

**Korfu-Kanal-Streit** 377 B

**Körperverletzung** bei Embryonenschädigung 548 B

**Krankheitsbegriff**, juristischer — i.S.v. §§ 20, 21 StGB 466 B

**Kreuzfahrt**, Vergütungsgefahr des Reiseveranstalters bei teilweisem Unmöglichwerden der vertraglich geschuldeten — 353 f. E

**Kündigung**

— zur Unwirksamkeit von —en des Arbeitgebers 6 ff. Ü  
— Ausschuß der — 8 Ü  
— Zustimmungsbedürftigkeit der — 9 Ü  
— Unwirksamkeit der — (Schaubild) 12 Ü  
— Sittenwidrigkeit der — 15 Ü  
— — der Leiterin eines katholischen Kindergartens wegen Heirat mit noch nicht laisiertem Ordenspriester 47 f. E  
— Unwirksamkeit der unzeitigen — in den gesetzlich geregelten Fällen 289 A  
— — eines Vermittlungsvertrages über einen Gebrauchtwagen 297 f. E  
— Ersatzansprüche des Unternehmers bei — des Werklieferungsvertrags durch den Besteller 408 f. E  
— Zugang einer — während der Urlaubsreise des Arbeitnehmers 569 f. E  
— Vorläufiger Rechtsschutz bei der Kündigung von Arbeitsverhältnissen 612 A

**Kündigungserklärung**, die nicht ordnungsgemäße — 6 Ü

**Kündigungsfrist**, gesetzliche — eines GmbH-Geschäftsführers, der nicht Gesellschafter ist 686 f. E

**Kündigungsgrund**, Fehlen der sozialen Rechtfertigung bzw. des — 10 Ü

**Künftige Forderung**, Pfändung einer — 629 E

**Kunstfreiheit** und Sondernutzung der Straße 513 f. E

**Kunstkritikfall** 328 B, 350 E

**Kurse** als juristische Hilfsmittel 398 B

**L**

**Ladendiebstahl**, die Entscheidung des BGH zum — 338 A

**Ladenschlußgesetz**

— zur Diskussion des — 653 ff. B  
— — als Schutzgesetz 659 B

**Ladenschlußrecht**

— Einführung in das — 653 ff. B  
— — und Rechtspolitik 654 B  
— — und Verfassung 654 B

**Ladenschlußzeit**

— allgemeine und besondere — 658 B  
— behördliche Ausnahmen von — 659 B

**Landesplanung**, Grundzüge des Rechts der Raumordnung und — 313 ff. B

**Landesgrundrechte**, Konkurrenz von Bundes- und — 536 ff. B

**Landesrecht**, Bundesrecht bricht —, Verhältnis von Art. 31 und 142 GG 537 B

**Landesverfassungen**, Homogenitätsanforderungen für — 538 B

**Lastengleichheit** aller Staatsbürger nach Maßgabe ihrer steuerlichen Leistungsfähigkeit 264 B

**Lärmschutzmaßnahmen**, Ergänzung eines Planfeststellungsbeschlusses durch — 364 f. E

**Lärmverursachung** gem. § 325 Abs. 1 Nr. 2 StGB 38 Ü

**Lehrbücher** als juristische Hilfsmittel 398 B

**Leibesfrucht**

— Anwendbarkeit der §§ 223 ff. StGB auf Schädigungen der — 549 B  
— Rechtsfähigkeit der — 549 B

**Leistung**, Begriff der — i. S. v. § 812 Abs. 1 S. 1 Halbs. 1; BGB 111 Ü

**Leistungskondition**, Aufbauschema 109 Ü

**Lernbücher** 398 B

**Lieferklauseln**

— standardisierte — und Handelskauf 71 B  
— Versendungskauf und — 147 B

**Liegenlassungsvereinbarung** im Zwangsversteigerungsverfahren 17 B

**Liegenschaftsrechte**

— — außerhalb des Grundbuchs 322 ff. B  
— Sinn und Zweck der gesetzlichen — 323 B

**Literaturmeinungen**, Auseinandersetzung mit Rechtsprechungs- und — in der Hausarbeit 435 B

**Loccumer Arbeitskreis** für Juristenausbildung 552 B

**Lokusprinzip** bei Grundbucheintragungen 96 B

**Löschungsanspruch** nach § 1179 a BGB 323 B

**M**

**Magistratsverfassung** 24 Ü

**Mahnverfahren**, Automation des — 483 A

**mala fides superveniens non nocet** 233 f. B

**Mangel**, Zusammenhang zwischen — und Mangelfolgeschaden 681 f. E

**Mängelbeseitigung**, Anspruch auf — aufgrund Garantieversprechens 296 f. E

**Mangelfolgeschaden**, Zusammenhang zwischen Mangel und — 681 f. E

**Mängelrüge** beim Handelskauf 73 B

**Markt** und Gewerberecht 224 B

**Marktvergleich** bei Teilzahlungskrediten 562 E

**Maßregelverhängung**, vorläufige — 11 B

**Massenveranstaltungen**, Verkehrssicherungspflicht bei — 184 f. E

**Mehrfachverteidigung**, Verbot der — nach § 146 StPO 488 A

**Mehrstufiger Verwaltungsakt**, Rechtsschutz beim — 178 Ü

**Materielle Rechtskraft**

— — eines früheren Urteils 213 B  
— Theorien zur — 215 B

**Meinungsfreiheit**

— allgemeines Persönlichkeitsrecht und — 328 ff. B, 350 ff. E  
— — von Soldaten 687 ff. E

**Mengenabweichung** und Rügepflicht beim Handelskauf 145 B

**Menschenrechte** und UN-Charta 446 B

**Menschenqualität** im Strafrecht 547 B

**Messe** und Gewerberecht 224 B

**Methodik**, zur — der strafrechtlichen Assessor-klausur 164 ff. B

**Mikrostaaten**, Aufnahme von — in die Vereinten Nationen 377 B

### **Mißbrauch**

— Problem des — der Vertretungsmacht 521 ff. B

— Voraussetzungen des — der Vertretungsmacht 523 B

— Rechtsfolgen des — der Vertretungsmacht 526 B

— Mitverschulden des Vertretenen beim — der Vertretungsmacht 526 B

**Mißverhältnisklausel**, zur Problematik der — beim Sachwucher 487 A

**Mitbestimmungsurteil**, das — des BVerfG und seine Auswirkungen auf die Praxis des Mitbestimmungsgesetzes 290 A

**Mittelbare Stellvertretung**, Rechtsprobleme bei der — 177 A

**Mitverschulden** des Vertretenen beim Mißbrauch der Vertretungsmacht 526 B

**Mitverzehren** als Sich-Verschaffen i. S. v. § 259 StGB 91 B

**Mitwirken zum Absatz** in § 259 StGB a. F. 92 B

**Mitwirkungsverbot**, gemeinderechtliches 20 Ü  
— Rechtsfolgen des — 23 Ü

**Mord**, Strafmilderung bei — 638 ff. E

## **N**

**Nachbarklage**, zur Problematik der — 198 f. E

**Nachbarrecht**, der Notweg im System des — lichen Zivilrechts 481 A

**Nachbarschützende Wirkung**

— — von Normen 198 f. E

— — des § 35 BBauG 517 E

**Nachbesserungskosten**, Zulässigkeit der Freizeichnung von — 557 A

**Nacherbenvermerk**, Klage auf Zustimmung zur Löschung eines — 683 E

**Nachtragsanklage** § 266 StPO 337 B

**Nachverfahren** im Wechselprozeß 152 Ü

**Namenstauschung** bei der Urkunde, § 267 StGB 120 Ü

**nasciturus**, Schädigungen des — und zivilrechtliche Folgen 550 B

**Nebentätigkeit**, Beschränkung der — von Beamten und Richtern durch Rechtsverordnung 573 ff. E

**nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet** 95 B

**Neo-Nazismus** und Bestreiten der Judenmorde 518 E

### **Neue Weltwirtschaftsordnung**

— Forderung der Entwicklungsländer nach — 377 B

— Entwicklungen im Völkerrecht und — 445 B

**Neuwagenkauf**, Wandlung des — bei Kommissionsvertrag über Gebrauchtwagen 42 f. E

**Nichteheliche Lebensgemeinschaft**, Verlassen der ehelichen zugunsten der — 116 ff. E

### **Nichteheliches Kind**

— Schadensersatz für Unterhaltszahlung an — 567 E

— rechtliche Stellung des — 570 ff. E

— elterliche Sorge für — 570 ff. E

**Nichtstörer**, Einstweilige Anordnung auf Beschlagnahme der Wohnung eines — zur Abwehr von Obdachlosigkeit 577 ff. E, 673 A

**Nidation**, Strafflosigkeit von die — hemmenden Maßnahmen 228 B

**Nießbrauchsvermächtnis** 100 Ü

**Normenflut**, Eindämmung der — durch Privatisierung der Gesetzgebung XXVII/4

**Normenkonkurrenzen** im Öffentlichen Recht 161 B

**Normenkontrollverfahren** Beiladung im — 307 E

**Normsetzungsbefugnis** der Tarifvertragsparteien 422 E

**Notare**, Berufshaftpflichtversicherung für — 669 f. B

**Notweg**, der — im System des nachbarrechtlichen Zivilrechts 481 A

**Notwehrprovokation**, zum Leitgedanken der — 614 A

**Notwendige Geschäfte** und Vorbelastungsverbot der Gesellschaft 394 B

**nulla poena sine culpa** 464 B

**Nutzungsänderung** im Außenbereich 514 ff. E

## **O**

**Obdachlosigkeit**, Einstweilige Anordnung auf Beschlagnahme der Wohnung eines Nichtstörers zur Abwehr von — 577 ff. E

**Objektirrtum** (error in persona) 369 ff. B, 470 ff. B

**Objektwechsel** beim Diebstahl 196 Ü

**Öffentliche Ordnung**, Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der — 585 B

### **Öffentlicher Dienst**

Begriff des — i. S. d. landesgesetzlichen Nebentätigkeitsregelungen 573 E

— Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Zugang zum — 629 f. E

**Öffentliche Urkunde**, Begriffsbestimmung der — 199 Ü

### **Öffentlichkeit der Hauptverhandlung**

— Beschränkung der — durch polizeiliche Überwachungsmaßnahmen 64 E

— Grundsatz der — 582 B

— die sogenannte unmittelbare — 582 B

— unverschuldete Mißachtung des Grundsatzes der — 582 B

— Ausschluß der — 584 B

— bezüglich der — zu beachtende Vorschriften 585 B

**Öffentlich-rechtliche Beschränkungen** als Rechtsmangel i. S. d. § 434 BGB

**Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch** 597 B

### **Öffentlich-rechtlicher Vertrag**

— Folgen der Verpflichtung zur Erstellung eines Bebauungsplans 57 E

— — in der Anwendung 594 ff. B

## **P**

**Pächterwechsel** als Betriebsübergang durch Rechtsgeschäft 504 ff. E

**Parteien**, Chancengleichheit der politischen — 419 ff. E

**Parteidentität** bei der Widerklage 389 B

**Parteioffentlichkeit** der Beweisaufnahme 66 A

**Parteiwechsel** auf der Beklagtenseite in der Berufungsinstanz 355 f. E

**Partnertausch**, die Wirkungen des Zeitpunktes des — für die Anwendung des § 1579 Abs. 1, Nr. 4 BGB 118 E

**Patenterteilungsverfahren**, System der Prozeßkostenhilfe für das — 478 B

**Patronatserklärung** der Obergesellschaft 602 B

**Perpetuierung**, Hehlerei als — einer rechtswidrigen Besitzlage 3 B

### **Pfändung**

Rechtsfolgen der — 1 Ü

— — einer Einlageforderung 414 f. E

— — von Ansprüchen aus einem Bankkonto 627 f. E

### **Pfändungspfandrecht**

— öffentlich-rechtliche Theorie zum — 3 Ü

— gemischt privatrechtlich-öffentliche Theorie 3 Ü

— Erlöschen von Verstrickung und — 3 Ü

**Pflanzenschutzmittel**, Produzentenhaftung für — 563 E

**Pflichtplatzquote** und Ausgleichsabgabe nach dem SchwbG 632 ff. E

**Pflegeeltern**, Herausgabeansprüche der leiblichen Eltern gegen die — 645 B

### **Pflichtteilsanspruch**

— Berechnung nach §§ 2315 und 2316 BGB 100 Ü

— — und Konkursmasse 131 Ü

— Erbsatzanspruch und — des Erbsatzberechtigten

**Pflichtteilsentziehungsrecht** des Vaters eines nichtehelichen Kindes 178 A

**Philosophie** und Verfassungsgerichtsbarkeit 291 A

**Plakatieren**, wildes — und Sachbeschädigung im Sinne des § 303 StGB 40 A

### **Planfeststellungsbeschluß**

— Schutz gegen erhebliche Beeinträchtigungen durch Anordnung im — 365 E

— straßenrechtlicher — 578 f. E

— Klagebefugnis und Kontrollumfang der richterlichen Planprüfung bei straßenrechtlichem — 674 A

— Beteiligung einer Gemeinde am — 692 ff. E

### **Planfeststellungsverfahren**

— Probleme des — 37 B

— Entscheidung über Entschädigung Betroffener im — 576 E

**Plangestaltung**, mittelbarer Zwang zur — durch Schadensersatzpflicht 596 B

**Planungsmessen**, zu den rechtsstaatlichen Bindungen des — 364 f. E

### **Planungshoheit**

— Beeinflussung der — einer Gemeinde durch öffentlich-rechtlichen Vertrag 58 E

— von Gemeinden 692 ff. E

**Politische Veranstaltung**, unbestimmter Rechtsgriff der — 688 E

**Polizeilicher Zwang**, Probleme des — 292 A



**Polizeipflichten**, Rechtsnachfolge in — 196 ff. E

**Positive Vertragsverletzung**, Entbehrlichkeit der Fristsetzung nach § 326 BGB grds. auch nicht bei — der Gegenseite 180 f. E

**Posterioritätsprinzip** im Binnentransportrecht 97 B

**Präklusion**  
— beim Verwaltungsverfahren 36 B  
— Flucht in die Säumnis zur Vermeidung der — 121 f. E  
— im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren 116 Ü  
— verspäteten Vorbringens im Zivilprozeß 458 B  
— Regelung der — bei § 767 Abs. 3 ZPO 608 B  
— subjektives —prinzip bei § 767 Abs. 3 ZPO 609 B  
— der Besetzungsrüge gem. der Strafprozeßnovelle 1979 616 A  
— Regelung der — bei § 767 Abs. 2 ZPO 649 B

**Präsentes Beweismittel**, Verwertung eines — nach neuem Recht 615 A

**Präsidialausschuß**, Kompetenz des — 414 E

**Präventive Verbote** 81 B

**Präventivpolizeiliche Maßnahmen** gegen anreisende Demonstrationsteilnehmer 425 ff. E

**prior tempore potior iure** (wer zuerst kommt, mahlt zuerst) 94 B

**Privatisierung**, Probleme der — öffentlicher Dienstleistungen 129 E

**Privatklagedelikt**, Einstellungsverfügung bei — 334 B

**Problemfindung**, methodische — im Zivilprozeßrechtsfall 211 B

**Produktbeobachtung**, Haftung bei mangelnder — 563 B

**Produktionsprinzip** 286 B

**Produzentenhaftung** bei Pflanzenschutzmitteln 563 ff. E

**Programmierte Darstellungen** als juristische Hilfsmittel 399 B

**Prospekthaftung**, Gerichtsstand für Klage auf Schadensersatz aus — bei einer Publikums-KG 301 f. E

**Protokollierungspflicht**, Verletzung der — im Strafprozeß und ihre revisionsrechtliche Bedeutung 41 A

**Prozeßfähigkeit** bei der Verfassungsbeschwerde 103 Ü

**Prozeßförderungspflicht**, allgemeine — der Parteien 459 B

**Prozeßführungsbefugnis**  
— Begriff der — 298 E  
— des Testamentsvollstreckers 675 E

**Prozeßhandlung**, unter einer Bedingung vorgenommene — 310 E

**Prozeßkostenhilfe**  
— das Gesetz über die — 179 A  
— auf Kosten des Persönlichkeitsschutzes? 290 A  
— Neuordnung des Armenrechts, — 477 ff. B  
— Einführung der — für sozialgerichtliche Verfahren 478 B

**Prozeßstation** in der Assessor Klausur 167 B

**Prozeßvoraussetzungen** und Freibeweis 68 B

**Prüfungen**, Ausgestaltung der — nach der Reform der Juristenausbildung 554 A

**Prüfungsarbeit**, Fälschung der juristischen — 366 f. E

**Prüfungszuständigkeit**, eingeschränkte — des Gerichts bei einer Klage im Gerichtsstand der unerlaubten Handlung 275 B

**Prügelstrafe** als Erziehungsmittel 642 B

**Psychiatrisches Krankenhaus**, Beobachtung im — nach § 81 StPO 9 B

**Psychosen**, exogene und endogene — 465 B

**Publikums-KG**, Gerichtsstand für Klage auf Schadensersatz aus Prospekthaftung bei einer — 301 f. E

## R

**Rangverhältnis** Grundschuldgläubiger-Sicherungseigentümer im Falle des freihändigen Verkaufs des Zubehörs durch Konkursverwalter 242 ff. E

**Ratsmitglieder**, kommunalrechtliches Vertretungsverbot für — 59 ff. E

**Ratsverfassung** 24 Ü  
— Norddeutsche — 24 Ü  
— modifizierte — 24 Ü  
— Süddeutsche — 24 Ü

**Rauchverbot**, Verfassungsmäßigkeit des — auf U-Bahnsteigen 409 ff. E

**Raumordnung**  
— Grundzüge des Rechts der — und Landesplanung 313 ff. B  
— Entwicklung der — 313 B  
— Aufgaben und Grundsätze der — 315 B  
— Instrumente der — 316 B  
— Ziele der — 316 B

**Räumung**, Ermessensspielraum der Polizei bei einem Antrag auf — eines widerrechtlich besetzten Hauses 691 f. E

**Rechtliches Gehör**, Bedeutung des Grundsatzes des — 461 B

**Rechtsanwälte**, Berufsrecht der — 508 f. E

**Restschuldversicherung** als Belastung des Kreditnehmers 561 E

**Rechtsförmlichkeit**, Rücktritt trotz — 63 E

**Rechtsfolgeverweisung**, Rechtsgrund- und — im BGB 450 ff. B

**Rechtsgefälle**, unlautere Ausnutzung des internationalen — 120 E

**Rechtsgestaltung**, Aufgabe aus dem Bereich — 97 ff. Ü

**Rechtsgrundverweisung**  
— bei § 547 BGB 22 B  
— Rechtsfolge- und — im BGB 450 B

**Rechtshängigkeit** als Voraussetzung der Widerklage 386 B

**Rechtsirrtum**  
— bei § 823 BGB 77 B  
— Tatsachenirrtum und — im Strafrecht 282 B

**Rechtsmittel**  
— gegen auf der Grundlage von § 296 Abs. 1 und 2 ergangene Entscheidungen 461 B  
— Überblick über — und Rechtsbehelfe im Zwangsvollstreckungsverfahren 145 Ü

**Rechtsnachfolge**  
— und Polizeipflichten 196 ff. E, 185 ff. Ü  
— im Verwaltungsrecht (Übungsfälle) 189 Ü

**Rechtspflegereinerinnerung**, § 11 RpflegerG 146 Ü

**Rechtsprechungsmeinungen**, Auseinandersetzung mit Literatur- und — in der Hausarbeit 435 B

**Rechtsscheinhafung** der Gesellschafter einer BGB-Gesellschaft, die als Kommanditgesellschaft aufgebunden ist 40 f. E

**Rechtsschutzgarantie** des Art. 19 IV GG und Gnadenakte

**Rechtsverhältnis**, Zulässigkeit einer Feststellungsklage, wenn kein gegenwärtiges — besteht

**Rechtsverlust**  
— Entschädigung bei — i. S. d. § 946 BGB 25 B  
— schuldrechtlicher Ausgleich eines sachenrechtlichen — 453

**Rechtsverordnung**, Beschränkung der Nebentätigkeit von Beamten und Richtern durch — 573 ff. E

**Rechtswahl** bei internationalen Verträgen 59 Ü

**Rechtsweg** gegen den Widerruf von begünstigenden Gnadenentscheidungen 588 B

**Rechtswegabgrenzung**, die BGH-Rechtsprechung zur — 156 B

**Rechtswegedurchbrechung** bei Aufrechnung mit öffentlich-rechtlicher Forderung im Verwaltungsprozeß 268 B

**Rechtswidrigkeit**, Grundlage des Haftungsrechts 205 ff. B

**Reduktionsklauseln** in AGB 155 B

**Regierungsakt**, Begnadigung als gerichtsfreier — 552 B

**Regionalplanung** 316 B

**Reiseschecks**, zur Haftung der Ausstellerbank bei abhanden gekommenen und gefälschten — 181 f. E

**Reiseveranstalter**, Vergütungsgefahr des — bei teilweisem Unmöglichwerden der vertraglich geschuldeten Kreuzfahrt 353 f. E

**Reisevertragsrecht**, Grundfälle zum neuen — 405 A

**Relation**, die Behandlung von Einredetatsachen in der — 277 ff. B

**Renten**, unterschiedliche Besteuerung von Beamtenpensionen und — 55 f. E

**Reichshelmstätte**, Eigenschaft eines Grundstücks als — 323 B

**Reisegewerbe**, Voraussetzungen der Ausübung eines — 223 B

**Rechtensicherungsschuld**, Anwendbarkeit der Grundsätze über Sicherungsgrundschulden auf — 114 ff. E

**Rentenverhältnis**, erbrechtliches — 101 Ü

**Repressive Verbote** 81 B

**Republik**, Sinnpotential eines Begriffs 291 B

**Revisionsgrund**, Verletzung des Grundsatzes der Öffentlichkeit als absoluter — 586 B

**Richterliche Rechtsfortbildung**  
— und allgemeines Persönlichkeitsrechts 329 B

- des § 211 StGB 640 E
- Risikogeschäft** und Untreue 614 A
- Rock-Konzert**, Gewährleistungshaftung des Veranstalter von — 498 f. E
- Rohstoffoptionen**, Betrügerischer Handel mit — 487 A
- Rückgriff** gegen einen Beamten 535 B
- Rückgriffsanspruch** des Gesellschafters einer BGB-Gesellschaft 300 f. E
- Rücktritt**, freiwilliger und endgültiger — vom versuchten Betrug 62 ff. E
- Rücktrittsrecht**, Verweisungen auf das — 455 B
- Rügepflicht**
  - oder Rügeobliegenheit beim Handelskauf 73 B
  - Falschlieferung und — 145 B

## S

- Sachbeschädigung**
  - wildes Plakatieren und — im Sinne des § 303 StGB 40 A
- Sachbezogene Verpflichtungen** im Verwaltungsrecht 187 Ü
- Sachenrechtlicher Rechtserwerb**, Überblick 125 Ü
- Sachgründungsrecht** bei der GmbH VI/1
- Sachverhalt**, Erfassung des — in einem Zivilprozeßrechtsfall 210 B
- Sachwucher**, zur Problematik der Mißverhältnisklausel beim — 487 A
- Saldotheorie**
  - , Erweiterung oder Restriktion des § 818 Abs. 3 BGB 235 A
  - und Wertminderung durch Sachmangel 241 E
  - Wirkungsweise der — 171 Ü
- Salvatorische Klausel**, zur Zulässigkeit — bei der Vereinbarung Allgemeiner Geschäftsbedingungen 151 ff. B
- Sanktionen**, Verlängerung von — durch die Vereinten Nationen 442 B
- Satzungsautonomie** der Aktiengesellschaft und die innere Ordnung des Aufsichtsrats nach dem Mitbestimmungsgesetz 236 A
- Satzungsrecht**, öffentlich-rechtlicher Vertrag und kollidierendes — 596 B
- Säumnis**, Flucht in die — zur Vermeidung der Präklusion 121 f. E
- Schaden**
  - Unterhaltspflicht für ungewolltes Kind als — 111 ff. E.
  - durch Spielen mit dem der Spielbank zuvor entwendeten Geld 294 f. E
  - Bemessung des — nach Billigkeit 338 A
  - zur Abgrenzung des Eigentums — vom Vermögen — 402 A
- Schadensersatzansprüche**
  - Übersicht über die wichtigsten — 73 ff. Ü
  - Übersicht über die wichtigsten — (Schaubild) 85 Ü
- Schadensgeneigte Arbeit**, Haftungsminderung bei — im hoheitlichen Bereich 536 B
- Scheck**, Haftung des nicht als Vertreter erkennbaren Ausstellers 568 f. E
- Scheidung**
  - gemeinsame elterliche Sorge beider Elternteile nach — 188 f. E
  - Verteilung der elterlichen Sorge nach der — 646 B
- Scheinasyllanten**, Abwehr von — 87 B
- Scheinhandelsgesellschaft**, Behandlung der — 50 E
- Scheinvater**, Schadensersatzanspruch des — gegen die Kindesmutter 566 f. E
- Schenkungs**, Vollzug von — 177 A
- Schlüsselgewalt** und Eigentumsvermutung 672 A
- Schlußerbe**, Herausgabeansprüche des — bei bindend gewordenen Verfügungen in gemeinschaftlichen Testamenten 674 ff. E
- Schmähekritik**, Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts durch — 332 B
- Schmalspur-Sportwagen**, JA-Examensklausur 4/81, 93 Ü, Lösung 93 Ü
- Schmerzensgeld** bei Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts 320 B
- Schuldfähigkeit**
  - die Regelung der — im StGB 464 ff. B
  - die psychologisch-normativen Voraussetzungen der — 468 B
- Schuldfrage** im System des Strafrechts 464 B
- Schuldrechtliche Verpflichtung**, Überblick über Entstehen, Übertragung, Änderung, Erlöschen 124 Ü
- Schuldnerschutz** bei der Forderungsabtretung 610 A
- Schußwaffen**, Gebrauch von — gegen Personen 661 B
- Schutzgesetz**
  - Schadensersatzpflicht nach § 823 Abs. 2 BGB wegen der Verletzung eines — beim Streik 77 B
  - Ladenschlußgesetz als — i.S.v. § 823 Abs. 2 BGB 659 B
- Schwachsinn** (§§ 20, 21 StGB) 467 B
- Schwangerschaft** als besonderes persönliches Merkmal 542 B
- Schwangerschaftsabbruch**
  - Möglichkeit wirksamen Widerspruchs der Eltern gegen einen — bei der minderjährigen Tochter 186 f. E
  - Entwicklung und gesetzliche Regelung des — 226 ff. B
  - der durch eine Indikation gerechtfertigte — 229 B
  - Werbung für den — 230 B
  - Kosten des — 231 B
  - Probleme beim strafrechtlichen Schutz des werdenden Lebens 542 ff. B
  - Irrtumsfälle 543 B
  - Entscheidung der Minderjährigen über — 644 B
- Schweigen**, Bedeutung des — im kaufmännischen Rechtsverkehr 110 E
- Schweigepflicht** eines Wirtschaftsprüfers, der für eine in Konkurs geratene GmbH tätig war 580 E
- Schwerbehinderte**, Pflichtplatzquote und Ausgleichsabgabe nach dem SchwBG 632 ff. E
- Schweretheorie** zu Art. 14 GG 177 Ü
- scientia superveniens nocet** 233 f. B

- Seerecht**, Entwicklung des internationalen — 445 B
- Selbstbestimmungsrecht**, Abgrenzung des — Minderjähriger bezüglich eines Schwangerschaftsabbruchs 186 E
- Selbsthilfeverkauf**
  - nach § 373 HGB 49 Ü
  - Provisionsanspruch beim — 50 Ü
- Selbstkontraktion**
  - Grundsatz des Verbotes der — 142 B
  - Hinwegsetzen über das Verbot der — 525 B
- Selbstmordversuch** und gleichzeitige Abtreibung 543 B
- Sicherheitsbestimmungen**, Vertrieb von im Ausland ohne Beachtung von — hergestellten Asbestzeugnissen 120 f. E
- Sicherheitsrat**
  - der Vereinten Nationen 380 B
  - Resolutionen des — 438 B
- Sicherungsabtretung** eines Kommanditanteils 357 f. E
- Sicherungsgrundschuld**
  - und Einreden gegen den Dritterwerber 101 A
  - Anwendbarkeit der Grundsätze über — auf Rentensicherungsschulden 114 ff. E
- Sicherungsübertragung** als Vermögensübernahme 677 E
- Sich-Verschaffen** i.S.v. § 259 StGB 90 B
- Sittenwidrigkeit**
  - zur Frage der — eines Fluchthelfervertrages 237 ff. E
  - von Darlehenszinsen 289 A
  - eines Vertrages über Rechtsmittelverzicht 489 ff. E
  - zur — von Teilzahlungskreditverträgen 556 A
  - zur — von Konsumentenkreditverträgen 556 A
  - und Wucher beim Teilzahlungskredit 560 ff. E
- Sitzungsprotokoll**, Bedeutung des — gem. § 274 StPO 586 B
- Skripten** als juristische Hilfsmittel 399 B
- Sofortige Beschwerde**, § 793 ZPO 146 Ü
- Soldaten**, außerdienstliche politische Betätigung von — 687 ff. E
- Sonderabgabe**
  - zur Zulässigkeit von — 261 ff. B
  - Problematik von Lenkungs— 265 B
  - im Spannungsverhältnis zur Steuer 512 E
- Sondernutzung**
  - Gemeingebrauch, Anliegergebrauch 128 f. E
  - Zustimmung des Privateigentümers zur — an gewidmetem Straßengrundstück 306 E
  - Kunstfreiheit und — der Straße 513 f. E
- Sonderopfertheorie** zu Art. 14 GG 177 Ü
- Sorgerecht**
  - Beteiligung des nichtehelichen Vaters am — 572 E
  - kein Heimfall des —, § 1681 BGB 648 B
- Sorgerechtsverfahren**, §§ 50 a ff. FGG 648 B
- Sozialhilfe**
  - trotz Arbeitsverweigerung 304 E
  - Aufrechnung gegen — 307 f. E

**Sozialkassen**, Allgemeinverbindlichkeitserklärung von — betreffenden Tarifverträgen 420 E

**Sozialstaatsprinzip** und Neuregelung verfassungswidriger Gesetze lediglich für die Zukunft 358 ff. E

**Sozialtarif**, Allgemeinverbindlichkeits-erklärung eines — 422 E

**Sparkassenneugliederung** im Gefolge der Gebietsreform 123 ff. E

**Spenden** an politische Parteien und strafbare Vorteilsnahme 487 A

**Sperrzeit**, Gaststättenlärm und — 484 A

**Spezifikationskauf** nach Handelsrecht 72 B

**Spielbank**, Vermögensschaden durch Spielen mit dem der — zuvor entwendetem Geld 294 f. E

**Staat** im Rechtssinne 167 Ü

**Staatshaftungsgesetz**

— das neue — 533 B

— die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für das — 673 A

**Staatshaftungsrecht**, das neue — und die alten Beamtenprivilegien 532 ff. B

**Stammkapital**

— — der GmbH und Gesellschafterdarlehen 29 B

— — der GmbH und Pfändung der Einlageforderung 414 f. E

**Steckbrief** 11 B

**Sterilisation**

— Haftung bei fehlgeschlagener — 111 ff. E

— die mißglückte — 403 A

**Steuer**, die Sonderabgabe im Spannungsverhältnis zur — 512 E

**Steuerbegriff** 261 B

**Steuergeheimnis** und Auskunftsrecht der Presse 428 E

**Steuervorteilerschleichung**, Abgrenzung der — vom Betrug und Subventionsbetrug 39 A

**Störer**, Ermessensschrumpfung auf Null zugunsten des von Obdachlosigkeit bedrohten — 578 E

**Strafbefehl**

— materielle Rechtskraft des 47 Ü

— Voraussetzungen und Rechtskraft des — 184 Ü

**Strafmilderung** bei Mord 638 ff. E

**Strafprozessuale Zwangsmaßnahmen**, Neuordnung des Rechtsschutzes gegen — 615 A

**Strafverfolgung**, Gemengelage von — und Gefahrabwehr 661 B

**Straßenbauarbeiten**, Entschädigung wegen Eingriffs in den Gewerbebetrieb aufgrund von — 422 f. E

**Straßenbeitragsrecht**, kommunales — 362 ff. E

**Straßenname**, Rechtsschutz gegen Änderung von — 694 E

**Streik**

— die Folgen des — für die kämpfenden Verbände 74 ff. B

— Folgen des rechtmäßigen — 74 B

— Folgen des rechtswidrigen — 76 B

— Beseitigungsanspruch gegen —maßnahmen 79 B

— Aktuelle Rechtsfragen des Warn — 560 A

**Streikähnliche Maßnahmen**, Verbot auch — für Beamte 423. ff. E

**Streikunterstützung**, Voraussetzungen des Anspruchs auf — 75 B

**Streitgegenstand**

— — im Falle einer Widerklage 388 B, 389 B

— — und Rechtskraftwirkung der Vollstreckungsgegenklage 607 B

**Strengbeweis** 65 B

**Stückkauf**, die Falschlieferung beim — 146 B

**Studenten-Krankenversicherung** und öffentlich-rechtliches Wettbewerbshandeln 159 B

**Stufentheorie**, die — des Bundesverfassungsgerichts zu Art. 12 GG 318 ff. B

**Subjektives Rechtfertigungselement** bei der Abtreibung 545 B

**Substantialprinzip** 286 B

**Subsumtionsfehler** in der Assessor Klausur 170 B

**Subvention**

— Widerruf und Rückforderung von Zuwendungen des Bundes und der Länder 484 A

— Rückforderungen einer — bei Betriebsstilllegung 636 E

**Subunternehmer**, zur Frage des Vergütungsanspruchs des — gegen den Hauptunternehmer bei Untergang eines unfertigen Werkes 407 ff. E

**Subventionsbetrug**, Abgrenzung der Steuervorteilerschleichung von Betrug und — 39 A

**Südafrikafall** 442 B

**Sukzessivlieferungsvertrag**, Beendigung des — für die Zukunft 493 ff. E

**Surrogation** bei der Zwangsversteigerung 17 B

## T

**Tarifierhöhung**, Ausrechnung der — 290 A

**Tarifvertrag**, Allgemeinverbindlicherklärung von — und Koalitionsfreiheit 420 ff. E

**Tarifwahl**, Zulässigkeit der — gem. § 9 AGBG

**Tat**

— prozessualer Begriff der — i. S. d. § 264 StPO 46 Ü

— strafprozessualer Begriff der — und Alternativität von Vorwürfen 349 A

— — im prozessualen Sinne in Fällen des Abtreibungsversuches mit anschließender Tötung 546 B

**Tatbestand** im verwaltungsgerichtlichen Urteil 430 B

**Tatsachenbegriff** des § 263 StGB 181 Ü

**Tatsachenfragen** in der Assessorhausarbeit 434 B

**Tatsachenirrtum** in Abgrenzung zum Rechtsirrtum 282 B

**Tatteile**, Antrag auf Einbeziehung ausgeschiedener — gemäß § 154 a Abs. 3 S. 2 StPO 310 E

**Tatverlaufsirrtum**, vollendungsausschließender — (aberratio ictus) 374 B

**Taxikonzessionen**, Unterlassungsklage zur Verhinderung weiterer — 257 f. E

**Teilunwirksamkeit** von teilweise unangemessenen AGB-Klauseln 671 A

**Teilzahlungskredit**

— Sittenwidrigkeit und Wucher beim — 560 ff. E

— Bereicherungsausgleich bei sittenwidrigen — 671 A

**Teilzeitbeschäftigung**, Zumutbarkeit einer — für Unterhaltsberechtigten 528 B

**Tempusprinzip** bei Grundbucheintragungen 96 B

**Testamentarische Verfügung**, keine Auslegung von eindeutigen — 622 ff. E

**Testamentsanfechtung** nach §§ 2078 ff. BGB 623 E

**Testamentsauslegung**

— ergänzende — und erbrechtliche Ergänzungsnormen 45 f. E

**Testamentsentwurf**, Aufgabe aus dem Bereich Rechtsgestaltung 98 Ü

**Testamentsvollstrecker**, gutgläubiger Erwerb durch den zugleich für die Erben und im eigenen Namen handelnden — 684 ff. E

**Theorienschwulst**, in juristischen Fallösungen XIV/10

**Therapieeinrichtung** für Drogensüchtige 202 E

**Titulierter Anspruch**, materiellrechtliche Einwendungen gegen den — 607 B

**Treuhandrat** für Fragen der Entkolonialisierung 382 B

**Treu und Glauben** beim Schwarzkauf 404 A

## U

**Überbaufall** (BGHZ 41, 157 ff.) 24 B

**Überspätung** von Angriffs- und Verteidigungsmitteln 462 B

**Überwachungsmaßnahmen**, Beschränkung der Öffentlichkeit durch polizeiliche — 64 E

**Umbenennung** einer Straße als dinglicher Verwaltungsakt 694 f. E

**Umgangsbefugnis** des nicht sorgeberechtigten Elternteils 647 B

**Umgestaltungsaufwendungen**, Ansprüche des Mieters oder Pächters für — bei Fehlschlagen des Leistungszwecks 20 ff. B

**Umwelt**

— Straftaten gegen die — 36 Ü

— Straftaten gegen die — JA Studienbogen Nr. 13

**Umweltgefährdung**, schwere — nach § 330 StGB 37 Ü

**Unangemessene Klausel** nach § 9 AGBG 671 A

**UN-Charta** 376 B, 437 B

**UNCITRAL** (United Nations Commission on International Trade Law) 444 B

**Uniformverbot** bei außerdienstlicher politischer Betätigung 688 E

**Unklarheitenregel**

— — des § 5 AGBG 137 B

— — und enge Auslegung von AGB 339 A

— — (ambiguitas contra stipulatorem) 667 B

**Unmöglichkeit**, Abgrenzung zwischen objektiver — und gewährleistungspflichtiger Mangelfähigkeit der Mietsache 288 A

**UNO**, das Recht der Vereinten Nationen 375 ff. B, 437 ff. B

**UNO-Beamter**, Stellung des — 440 B

**Unschuldsumsetzung**, Medienfreiheit und — 348 A

**Unterbringungsanordnung**, Beschwer durch Unterlassung der — 201 ff. E

**Untergang**, zur Frage des Vergütungsanspruchs des Subunternehmers gegen den Hauptunternehmer bei — eines unfertigen Werkes 407 ff. E

**Unterhaltsanspruch**

— Ausschuß des — bei Verlassen der ehelichen Gemeinschaft zugunsten einer nicht-ehelichen Lebensgemeinschaft 116 ff. E

— — geschiedener Ehegatten 527 B

— — von Kindern 529 B

**Unterhaltsbemessung**

— — für ungewolltes Kind 113 E

— Kriterien der — 119 E

**Unterhaltshöhe**, Festsetzung der — 529 B

**Unterhaltslast**, Aufteilung der — auf die Eltern 531 B

**Unterhaltspflicht** für ungewolltes Kind als Schaden 111 ff. E

**Unterhaltsrecht**, die Rechtsprechung der deutschen Gerichte zum — 527 ff. B

**Unterlassen**, enteignungsgleicher Eingriff durch — 252 E

**Unterlassungsdelikte**, Grundprobleme der — 613 A

**Unternehmenskauf**

— — und Sachmängelhaftung 150 B

— Anteilserwerb und — 497 E

**Unterschlagung** bei vorausgegangenem Zueignungsdelikte 123 Ü

**Untersuchungshaft**, Probleme des Vollzugs der — 7 B

**Unterwerfungserklärung**, notarielle — unter die sofortige Zwangsvollstreckung 55 E

**Untreue**

— — im Bankbereich durch Vergabe von Großkrediten 40 A

— Risikogeschäft und — 614 A

**Unverletzlichkeit der Wohnung**, Vollstreckungsmaßnahme als Verstoß gegen Grundrecht der — 5 Ü

**Unzulässige Rechtsausübung**, Einwand der — im Wechselrecht 568 E

**Unzuverlässigkeit**, gewerberechtliche 220 B

**Urkundenprozeß**, Einheit von Nachverfahren und — 152 Ü

**Urlaub**, Schadensersatz bei Vertanem — im Falle eines Klinikaufenthalts 617 f. E

**Urteilsentwurf** bei der Aufsichtsarbeit 430 B

**Urteilsstil** in Prüfungsarbeiten 431 B

**Urteilstatbestand**, Aufbau des — 281 B

## V

**Veranstaltungsordnungen** nach § 71 GewO

**Verbände**, die Folgen des Streiks für die kämpfenden — 74 ff. B

**Verbot**

— — mit Erlaubnisvorbehalt 80 ff. B

— — mit Dispensvorbehalt 80 ff. B

**Verbotsirrtum**, Verhältnis von verminderter Schuldfähigkeit zum — 469 B

**Verbraucherschutz**, Schattenseiten des — 289 A

**Verbundenes Unternehmen**, Geltung der Begriffsbestimmungen der — aus §§ 15 ff. AktG für die GmbH 601 B

**Vereinte Nationen**, das Recht der —, (Mitgliedschaft und Organisation) 375 ff. B (Rechtsquellen, Zuständigkeiten, Arbeitsweise) 437 ff. B

— Gründung der — 376 B

— Ziele und Grundsätze der — 376 B

— Repräsentation von Staaten in den — 378 B

— — Schaubild IV/7

— Rechtsquellen der — 437 B

— Dokumentationssystem der — 449 B

— Literatur über das Recht der — 449 B

**Verfahrensrichtigkeit**, Problem der — 38 B

**Verfälschte Urkunde**, Gebrauch einer — 309 f. E

**Verfassungsbeschwerde**, Überprüfungskompetenz des Verfassungsgerichts bei der — 331 B

**Verfassungsfeindliche Befürwortung** von Straftaten, Aufhebung der §§ 88 a und 130 a StGB 670 B

**Verfassungsgerichtsbarkeit**, demokratischer Rechtsstaat und — 105 A

**Verfassungsrecht**, Begriff des — 164 Ü

**Verfassungswidrige Norm**, Neuregelung für die Zukunft wegen — 358 E

**Verfügungsbeschränkung**, absolute, relative — 132 Ü

**Vergütungsgefahr**

— — des Reiseveranstalters 353 f. E

— — bei Untergang eines unfertigen Werkes 407 E

**Verkehrsschutz**, Durchbrechung des — durch Lehre vom Mißbrauch der Vertretungsmacht 523 B

**Verkehrssicherungspflicht**

— — bei Massenveranstaltungen 184 f. E

— Verletzung einer — wegen unzureichender Beobachtung des Produktes 564 E

**Verhältnismäßigkeit**, Allgemeine Handlungsfreiheit und Grundsatz der — 506 ff. E

**Verjährung**

— keine besondere — gem. § 159 HGB, wenn der Komplementär der in eine GmbH & Co KG umgewandelten Gesellschaft als Kommanditist weiterhin angehört 626 f. E

— zur Unterbrechung der — durch Erhebung der Klage bei einem Anspruch aus § 2287 BGB 674 ff. E

**Verkehrsgeschäft** und gutgläubiger Erwerb 685 E

**Verkaufsstelle**, Feilhalten in — (§ 1 LSchlG) 657 B

**Verkehrsunfallflucht**, JA-Examensklausur 1/81 Strafrecht 15 Ü; Lösung 43 Ü

**Verkehrszeichen**, Rechtsnatur von —

**Verlängerter Eigentumsvorbehalt** und gutgläubiger Erwerb 43 f. E

**Vermittlungsvertrag**, Kündigung eines — über einen Gebrauchtwagen 297 f. E

**Vermögen** i. S. d. § 1365 BGB 245 E

**Vermögenssorge** für minderjähriges Kind 646 B

**Vermögensübernahme**, Einwand der — gegen Drittwiderspruchsklage 676 f. E

**Vermögensveräußerung** im ganzen (§ 1365 BGB) 245 f. E

**Vermnehmung**

— Beweisverwertungsverbot auch hinsichtlich Angaben bei einer informatorischen — 130 ff. E

— informatorische — von Beschuldigten und Zeugen 488 A

**Verordnungsgewalt**, Verhältnis von — und Rechtsstaatsprinzip 573 E

**Versamlungsbegriff**, zum — des Art. 8 GG

**Verschleuderungsschutz** nach § 85 a ZVG 18 B

**Versendungskauf** und Lieferklauseln 147 B

**Verspätetes Vorbringen**

— Zurückweisung — nach § 296 Abs. 1 und 2 ZPO in der Fassung der Vereinfachungs-novelle 457 ff. B

— Berücksichtigung — in der Berufungsin-stanz 612 A

**Versteigerungstermine** und Versteigerungsbe-dingungen (§§ 36 ff. ZVG) 15 B

**Verstrickung** 1 Ü

**Vertragsinhalt** bei sich widersprechenden AGB 109 ff. E

**Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte**, das mitwirkende Verschulden beim — 403 A

**Vertragsfreiheit** und arbeitsrechtlicher Gleich-behandlungsgrundsatz 417 E

**Vertragshändler**, Definition des — 599 B

**Vertragspfandrecht**, gutgläubiger Erwerb des — 558 A

**Vertragsregistrierung** bei den Vereinten Natio-nen 447 B

**Vertretbare Handlung**, Definition der — gem. § 887 ZPO 200 Ü

**Vertreter**, Pflichtenbindung des — als Einwand des Vertretenen 522 B

**Vertreterhandeln**, unzulässiges — 142 B

**Vertretener**, Pflichtenbindung des Vertreters als Einwand des — 522 B

**Vertretungsverbot**, kommunalrechtliches — für Rechtsanwälte 59 ff. E

**Vertretungsmacht**, Problem des Mißbrauchs der — 521 ff. B

**Verunreinigung** eines Gewässers gem. § 324 Abs. 1 StGB 36 Ü

**Verwaltung**, Aufgaben aus dem Bereich der — 432 B

**Verwaltungsakt**, Funktion und Begriff des — 106 A

**Verwaltungsprivatrecht**, Verfassungsmäßigkeit des Rauchverbotes auf U-Bahnsteigen 409 E

**Verwaltungsprozeß**, Probleme der Aufrech-nung im — 266 ff. B

**Verwaltungsrechtsfall**, Methodik der Lösung eines — 108 A

**Verwaltungsverfahren** und Verfahrensrecht 33 B

**Verwaltungsverfahrensgesetz**

— Übungsfälle zum — 16 Ü, Lösung 25 ff. Ü  
— Gegenwärtige Diskussion über das Verwaltungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland 33 ff. B

**Verwaltungsvorschriften**, Verpflichtung der Exekutive zur Veröffentlichung von — 508 E

**Verwaltungswissenschaften**, nachuniversitäres Ergänzungsstudium für Rechtsreferendare an der Hochschule für — in Speyer XVIII/12

**Verweisungen**

— — im öffentlichen Recht 164 B  
— — als gesetzestechnisches Mittel 451 B

**Verweisungsprivileg**, das Schicksal des — (§ 839 I S. 2 BGB) 534 B

**Verwendungsanspruch** gem. § 547 BGB 20 B

**Verwendungsbegriff**

— historische Auslegung des — 21 B  
— normative Auslegung des — 22 B

**Verzögerung**, Begriff der — des Prozesses 460 B

**V-Mann**, Errichtbarkeit eines — als Zeuge 368 E

**Völkerbund**, Organisation und Geschichte des — 375 B

**Völkerrecht**, Willensakte der UN-Generalversammlung als Quelle des — 439 B

**Völkerrechtsfähigkeit** und Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen 377 B

**Volksverhetzung** durch Bestreiten der Judenmorde 518 E

**Vollstreckungserinnerung**, § 766 ZPO 146 Ü  
— Abgrenzung der — von der Rechtspflegerinnerung, § 11 RpflegerG 147 Ü

**Vollstreckungsgegenklage**, § 767 ZPO 148 Ü  
— Grundprobleme der — 606 ff. B, 649 ff. B  
— spezifischer Zweck der — 606 B  
— Wahlrecht zwischen Berufung und — 649 B

**Vollzug** von Schenkungen 177 A

**Vollzugsinteresse**

— besonderes — bei sofortiger Vollziehung eines Verwaltungsakts 61 f. E  
— besonderes — an der Abschiebung eines Ausländers 88 B

**Vorausverzicht**, Wirksamkeit des formularmäßigen — des Bürgen auf seine Rechte aus § 776 BGB 182 f. E

**Vorbehaltssurteil** im Verwaltungsprozeß (§§ 173 VwGO, 302 ZPO) 269 B

**Vorbelastungsverbot**, Grundsatz des — 393 B

**Vorführung** als sonstiges Zwangsmittel 11 B

**Vorgesellschaft**

— Grundstruktur der — 391 ff. B  
— Grundprobleme der — 393 B  
— Rechtsnatur der — 394 B  
— Rechtsfähigkeit der — 395 B  
— Geschäftsführung bei der — 396 B  
— zur Enträtselung der — 611 A

**Vor-GmbH**, Haftung der Gründer-Gesellschafter einer — 192 ff. E

**Vorgründungsgesellschaft** in Abgrenzung zur Vorgesellschaft 392 B

**Vorhaltekosten**, die Entwicklung der Rechtsprechung des BGH zu den — bei Verwendung von Reservefahrzeugen 99 A

**Vorkaufrecht**, gesetzliches — 322 B

**Vorläufige Festnahme**, Identifizierung und Kontrollstelle im Strafprozeß 660 ff. B

**Vorläufiger Rechtsschutz**, Entscheidungen im Bereich des — 432 B

**Vormerkung**, §§ 883 ff. BGB 343 A

— Bestandskraft einer — im Bauträgerkonkurs 503 f. E  
— gutgläubiger Erwerb einer — und Konfusion 559 A  
— gutgläubiger Erwerb einer — 682 ff. E

**Vormerkungsschutz** für künftige Ansprüche 684 E

**Vorratsschuld**, Konzernverschaffungsschuld als typische — 605 B

**Vorsatz**, strafrechtlicher — und aberratio ictus 371 B

**Vorsätzliche Straftat**, das Unrecht der — 613 A

**Vorstandsbestellung**

— Verhältnis der Dauer von Anstellungsvertrag und — 190 f. E  
— Anstellungsverhältnis und — 412 ff. E

**Vorstandsmitglied**, Bestellung und Abberufung eines — 413 E

**Vortat**, abgeschlossene — und Hehlerei 7 B

**Vorteilsnahme**, Spenden an politische Parteien und strafbare — 487 A

**Vorzugsweise Befriedigung**, Klage auf —, § 805 ZPO 150 Ü

## W

**Waffenkundenachweis**, Unverhältnismäßigkeit eines — zur Erlangung eines Falknerjagdscheins 506 E

**Wahlstation** bei den Vereinten Nationen 450 B

**Wahndelikt**, das — in der Rechtsprechung des BGH 39 A

**Wallraf-Urteil**, Publikationsfreiheit für erschlissene Informationen 480 A

**Warnstreik**, Aktuelle Rechtsfragen des — 560 A

**Wechsel**, Haftung des nicht als Vertreter erkennbaren Akzeptanten 567 f. E

**Weihnachtsgratifikationen**, Gleichbehandlung von Angestellten und Arbeitern bei — 248 ff. E

**Weiterbeschäftigungsanspruch** während der Dauer des Kündigungsschutzprozesses 612 A

**Weitergabe** von Falschgeld an Eingeweihte als Inverkehrbringen als echt gemäß § 147 StGB 143 Ü

**Weltfrieden**, Wahrung des — durch die Vereinten Nationen 441 B

**Weltraumrecht** 445 B

**Werbeangaben**, die bürgerlich-rechtliche Haftung für — 556 A

**Werbeanlagen**, Nutzungsverbot von — 62 E

**Werklieferungsvertrag**, Ersatzansprüche des Unternehmers bei Aufkündigung des — durch den Besteller 408 f. E

**Werkunternehmer**, der Schutz des — bei Insolvenz des Bestellers 558 A

**Wertbestimmung**, objektive oder subjektive — bei der Bereicherungsschuld 27 B

**Wertminderung**, Umfang des Bereicherungsanspruchs bei einer auf einem Sachmangel beruhenden — 240 f. E

**Wesentlichkeitstheorie** 253 E

— — und „Ausleihe“ eines Beamten 130 E

**Wettbewerbshandeln**, zivilgerichtliche Kontrolle des — der öffentlichen Hand 156 ff. B

**Widerklage** 385 ff. B

— Zweck der —, Definition 386 B

— Voraussetzungen einer — 386 B

— — als Klage 387 B

— Konnexität der — 389 B

— Schadensersatz — 390 B

— Zwischenfeststellungen — 390 B

**Widerruf**, Rechtsschutz gegen den — von begünstigenden Gnadenentscheidungen 588 ff. B

**Widerspruch**, Entscheidung über — und Zweckmäßigkeitkontrolle, § 68 Abs. 1 VwGO 433 B

**Widerspruchsbefugnis**, Voraussetzungen der — 27 Ü

**Widerspruchsbescheid**, Gerichtskontrolle von Verwaltungsakten mit Doppelwirkung bei — zur Sache trotz Verfristung 673 A

**Widerspruchsrücknahmevereinbarung**, Wirksamkeit einer — gegen Entgelt 489 ff. E

**Widmung**, Wirkung der — einer Straße 306 E

**Wiedererkennung**, Probleme der Gegenüberstellung zum Zwecke der — 617 A

**Wiederkaufsrecht**, gesetzliches — 322 B

**Wilder Streik**, Einwirkungspflicht und Unterstützungsverbot beim — 76 B

**Wirtschaftsprüfer**, Schweigepflicht eines — 580 E

**Wirtschaftsrecht**, internationales — 445 B

**Wirtschafts- und Sozialrat** der Vereinten Nationen 381 B

**Wirtschaftsverwaltungsrecht**, Rückforderung von Subventionen 634 ff. E

**Wissenschaftliche Hilfskräfte**, Gleichbehandlung der — 418 E

**Wohngemeinschaft**, Partnerschaft, Lebensgemeinschaft — Alternative Formen des Zusammenlebens 610 A

**Wohnraummodernisierung** und Mieterhöhung 289 A

**Wucher**, Sittenwidrigkeit und — beim Teilzahlungskredit 560 ff. E

## Z

**Zahlungspflicht**, die — des Käufers, insbesondere: Zahlungsklauseln 149 B

**Zeitschriften**, juristische — 399 B

**Zerrüttungsprinzip** im neuen Scheidungsrecht 118 E

**Zeuge**

— Erreichbarkeit eines V.-Mannes als — 368 E

— informatorische Befragung von Beschuldigten und — 488 A

**Zeugnis**, Angabe der Betriebsrätstätigkeit im — 406 A

**Zeugnisnote** ein Verwaltungsakt 106 A

**Zeugnisverweigerungsrecht** und Schweigepflicht eines Wirtschaftsprüfers, der für eine in Konkurs geratene GmbH tätig war 580 E

### Zielverfehlung

— bei der aberratio ictus 472 B  
— Volldelikt trotz — 473 B

**Zitieren**, richtiges — von Rechtsprechung und Literatur 435 B

**Zivilprozeß**, Beweisarten im — 65 B

**Zivilprozeßrechtsfall**, Klage nach vorangegangenen rechtskräftigen Urteil 209 ff. B, 270 ff. B

### Zubehör

— Behandlung von — in der Zwangsversteigerung 18 B

— Rangverhältnis Grundsuldgläubiger-Sicherungseigentümer im Falle des freihändigen Verkaufs des — durch Konkursverwalter 243 ff. E

**Zubehörverkauf** außerhalb von Ladenschlußzeiten 658 B

### Zueignungsbegriff

— bei Diebstahl und Unterschlagung 40 A

**Zugang** einer Kündigung während der Urlaubsreise des Arbeitnehmers 569 f. E

**Zugesicherte Eigenschaft** i. S. der §§ 459

Abs. 2, 463 BGB 93 Ü

**Zugewinnsgemeinschaft**, gesetzlicher Güterstand der — 476 B

**Zuhörerraum**, Größe des — und Öffentlichkeit im Strafprozeß 582 B

**Zurechenbarkeit**, Grundlagen des Haftungsrechts 205 ff. B

**Zuschlag** bei der Versteigerung 16 B

**Zuschlagsversagung**, Antrag auf — 18 B

### Zusicherung

— Rücknahme einer — 27 Ü

— über Mangelfreiheit „ins Blaue hinein“ 681 E

**Zustandshaftung**, Rechtsnachfolge in die — 190 Ü

**Zustellung**, Probleme der — nach der Vereinfachungsnovelle 104 A

**Zustimmungspflichtiges Bundesgesetz**, Ausbildungsplatzförderungsgesetz als — 513 E

**Zutrittsrecht**, gewerkschaftliches — zu kirchlichen Einrichtungen 689 f. E

**Zwangslage** i. S. v. § 138 BGB 490 B

**Zwangsmaßnahme**, Feststellung der Rechtswidrigkeit einer — 10 B

**Zwangsmittel** und Rechtsbehelfe im Ermittlungsverfahren 7 ff. B

### Zwangsversteigerung

— Grundzüge und Probleme der — 12 ff. B

— Baumaterialien in der — JA-Examensklausur 2/81 42 Ü, Lösung 54 Ü

### Zwangsversteigerungsverfahren

— Einleitung des — 14 B

— Häufigkeit und praktische Bedeutung des — 19 B

### Zwangsverwaltung

— bei einem Mietshaus 13 B

**Zwangsverwertung**, keine Reihenfolge der — 13 B

### Zwangsvollstreckung

— die Zwangsversteigerung als — wegen Geldforderungen 12 B

— Einwendungen gegen die anlässlich einer Hypothekenbestellung wegen der persönlichen Forderung erklärte Unterwerfung unter die sofortige — 53 f. E

**Zwangsvollstreckungsverfahren**, Überblick über Rechtsmittel und Rechtsbehelfe im — 146 ff. Ü

**Zweikonditionen-Theorie** 170 Ü

**Zweite juristische Staatsprüfung**, häufige Fehler in den schriftlichen Arbeiten auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts in der — 429 ff. B

**Zweitstudium**, Verpflichtung zur Finanzierung eines — durch die Eltern 530 B

**Zwischenhändler**, zur Haftung eines — für Folgeschäden 495 ff. E

## 8. Abkürzungsverzeichnis

a.A. . . . . andere Ansicht  
a.a.O. . . . . am angegebenen Ort  
AbfG . . . . . Abfallbeseitigungsgesetz  
abgedr. . . . . abgedruckt  
abl. . . . . ablehnend  
Abs. . . . . Absatz  
abw. . . . . abweichend  
AbzG . . . . . Abzahlungsgesetz  
AcP . . . . . Archiv für die civilistische Praxis  
a. F. . . . . alte Fassung  
AFG . . . . . Arbeitsförderungsgesetz  
AG . . . . . Amtsgericht, Aktiengesellschaft  
AG- . . . . . Ausführungsgesetz  
Ag. . . . . Antragsgegner  
AGB . . . . . Allgemeine Geschäftsbedingungen  
AktG . . . . . Aktiengesetz  
Allg. Teil . . . . . Allgemeiner Teil des BGB  
ALR . . . . . Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten  
Alt. . . . . Alternative  
a. M. . . . . andere Meinung  
Am.J.Int.L. . . . . American Journal of International Law  
amtl. . . . . amtlich  
ÄndG . . . . . Änderungsgesetz  
AnfG . . . . . Anfechtungsgesetz  
Angekl. . . . . Angeklagte(r)  
Anh. . . . . Anhang  
Anm. . . . . Anmerkung  
Ann. fr. . . . . Annuaire Français de droit international  
AO . . . . . Abgabenordnung  
AöR . . . . . Archiv des öffentlichen Rechts

AP . . . . . Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts (seit 1954, vorher: Arbeitsrechtliche Praxis)  
ArbG . . . . . Arbeitsgericht  
ArbGG . . . . . Arbeitsgerichtsgesetz  
ArbR . . . . . Arbeitsrecht  
ArbZO . . . . . Arbeitszeitordnung  
Art. . . . . Artikel  
Ast.(in) . . . . . Antragsteller(in)  
Auff. . . . . Auffassung  
Aufl. . . . . Auflage  
ausf. . . . . ausführlich  
AusfVO . . . . . Ausführungsverordnung  
ausl. . . . . ausländisch  
AuslG . . . . . Ausländergesetz  
AWD . . . . . Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters  
AWG . . . . . Außenwirtschaftsgesetz  
Az. . . . . Aktenzeichen  
AZO . . . . . Arbeitszeitordnung  
B- . . . . . Bundes-  
BA . . . . . Bundesanstalt für Arbeit  
BAföG . . . . . Bundesausbildungsförderungsgesetz  
BAG . . . . . Bundesarbeitsgericht  
BAGE . . . . . Amtl. Sammlung der Entscheidungen des BAG  
BAK . . . . . Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen  
BAT . . . . . Bundesangestelltentarifordnung  
BauNutzVO . . . . . Baunutzungsverordnung  
BauO . . . . . Bauordnung (der Länder)  
BauR . . . . . Baurecht

Bay., bay. . . . . Bayern, bayerisch  
BayObLG . . . . . Bayerisches Oberstes Landesgericht  
BayObLGSt(Z) . . . . . Amtl. Slg. der Entscheidungen des BayObLG in Strafsachen (Zivilsachen)  
BB . . . . . Der Betriebs-Berater  
BBauG . . . . . Bundesbaugesetz  
BBG . . . . . Bundesbeamten-gesetz  
BBiG . . . . . Berufsbildungsgesetz  
Bd. . . . . Band  
BDSG . . . . . Bundesdatenschutzgesetz  
bearb. . . . . bearbeitet  
Bearb. . . . . Bearbeitung  
Beigl. . . . . Beigladene(r)  
Bekl., bekl. . . . . Beklagte(r), beklagt  
ber. . . . . berichtigt  
BerGer. . . . . Berufungsgericht  
bes. . . . . besonders  
Beschl . . . . . Beschluß  
BeschwGer. . . . . Beschwerdegericht  
bestr. . . . . bestritten  
Bet. . . . . Beteiligte(r)  
BetäubMG. . . . . Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Opiumgesetz)  
betr. . . . . betreffend  
Betr. . . . . Der Betrieb  
BetrVG . . . . . Betriebsverfassungsgesetz  
BeurkG . . . . . Beurkundungsgesetz  
Bf. . . . . Beschwerdeführer(in)  
BGB . . . . . Bürgerliches Gesetzbuch  
BGBl. . . . . Bundesgesetzblatt  
BGH . . . . . Bundesgerichtshof

- BGHSt(Z) . . . Amtl. Slg. der Entscheidungen des BGH in Strafsachen (Zivilsachen)
- BImSchG . . . Bundesimmissionsschutzgesetz
- bish. . . . . bisher(ig)
- BJagdG . . . Bundesjagdgesetz
- BK . . . . . Bonner Kommentar
- BIGBW . . . Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungswesen
- BMJ . . . . . Bundesminister der Justiz
- BNotO . . . Bundesnotarordnung
- BR . . . . . Bundesrat
- BRAGO . . . Bundesrechtsanwaltsgebührenordnung
- BRaumOG . Bundesraumordnungsgesetz
- BR-Dr . . . Bundesratsdrucksache
- BReg. . . . . Bundesregierung
- BRRG . . . . Beamtenrechtsrahmengesetz
- BRS . . . . . Baurechtssammlung
- BSG . . . . . Bundessozialgericht
- BSGE . . . . Amtl. Slg. der Entscheidungen des BSG
- BSHG . . . . Bundessozialhilfegesetz
- BStBl . . . . Bundessteuerblatt
- BVerfG . . . Bundesverfassungsgericht
- BVerfGE . . Amtl. Slg. der Entscheidungen des BVerfG
- BVerfGG . . Bundesverfassungsgerichtsgesetz
- BVerwG . . . Bundesverwaltungsgericht
- BVerwGE . . Amtl. Sammlung der Entscheidungen des BVerwG
- C. C. . . . . Code Civil
- CCC . . . . . Constitutio Criminalis Carolina
- c. i. c. . . . culpa in contrahendo
- cif . . . . . cost, insurance, freight
- C.I.J. . . . . Internationaler Gerichtshof in Den Haag
- CMR . . . . . Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr
- D, Dig. . . . Digesten
- DAR . . . . . Deutsches Autorecht
- ders. . . . . derselbe
- dgl. . . . . dergleichen
- DGVZ . . . . Deutsche Gerichtsvollzieherzeitschrift
- d. h. . . . . das heißt
- Diss. . . . . Dissertation
- DJT . . . . . Deutscher Juristentag
- DJZ . . . . . Deutsche Juristenzeitung
- DNotZ . . . . Deutsche Notar-Zeitschrift
- DÖV . . . . . Die öffentliche Verwaltung
- DRiG . . . . . Deutsches Richterrecht
- DRiZ . . . . . Deutsche Richter-Zeitung
- DStR . . . . . Deutsches Steuerrecht
- DVBl . . . . . Deutsches Verwaltungsblatt
- DVO . . . . . Durchführungsverordnung
- E . . . . . Amtl. Sammlung der Entscheidungen des jeweils angesprochenen Gerichts
- E . . . . . Entwurf
- E 1962 . . . . Regierungsentwurf eines Strafgesetzbuches, Bonn 1962
- ebda. . . . . ebenda
- EG . . . . . Einführungsgesetz
- EGHE . . . . Amtl. Sammlung der Entscheidungen des EGH
- EGKS . . . . Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- EGKSV . . . . Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl
- eGmbH . . . . eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung
- EGMR . . . . Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
- EheRG . . . . Eherechtsreformgesetz
- Einf. . . . . Einführung
- EKMR . . . . Europäische Kommission für Menschenrechte
- Entsch. . . . Entscheidung
- entspr. . . . . entsprechend
- ErbbauVO . . Erbbaurechtsverordnung
- ErbL . . . . . Erblasser
- Erg. . . . . Ergebnis
- Erl. . . . . Erläuterung
- ESt . . . . . Einkommensteuer
- EStG . . . . . Einkommensteuergesetz
- EuGH . . . . . Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
- EuGHE . . . . Amtl. Sammlung der Rechtsprechung des EuGH
- EuGRZ . . . . Europäische Grundrechte – Zeitschrift
- EuR . . . . . Europarecht
- EWG . . . . . Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
- EWGV . . . . Vertrag zur Gründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
- f. . . . . folgende Seite, für
- FamG . . . . . Familiengericht
- FamR . . . . . Familienrecht
- FamRÄndG . . Familienrechtsänderungsgesetz 1961
- FamRZ . . . . Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
- fas . . . . . free alongside ship
- FAO . . . . . Food and Agriculture Organisation
- FAZ . . . . . Frankfurter Allgemeine Zeitung
- Festg. . . . . Festgabe
- Festschr. . . . Festschrift
- ff. . . . . folgende Seiten
- FG . . . . . Finanzgericht
- fG . . . . . freiwillige Gerichtsbarkeit
- FGG . . . . . Gesetz über Angelegenheiten der fG
- FGO . . . . . Finanzgerichtsordnung
- fob . . . . . free on board
- franz. . . . . französisch
- FStrG . . . . Bundesfernstraßengesetz
- Fußn. . . . . Fußnote
- G . . . . . Gesetz
- GA . . . . . Goldammers Archiv für Strafrecht
- GaststG . . . Gaststättengesetz
- GATT . . . . General Agreement on Tariffs and Trade
- GBA . . . . . Grundbuchamt
- GBI . . . . . Gesetzblatt
- GBO . . . . . Grundbuchordnung
- GebrMG . . . . Gebrauchsmustergesetz
- gem. . . . . gemäß
- GenG . . . . . Genossenschaftsgesetz
- ges. . . . . gesamt
- GeschO . . . . Geschäftsordnung
- GewArch . . . Gewerbearchiv
- GewO . . . . . Gewerbeordnung
- GG . . . . . Grundgesetz
- ggf. . . . . gegebenenfalls
- GjS . . . . . Gesetz über jugendgefährdende Schriften
- GKG . . . . . Gerichtskostengesetz
- GleichberG . . Gleichberechtigungsgesetz
- GmbH . . . . Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- GmbHG . . . . GmbH-Gesetz
- GmbHRdsch . GmbH-Rundschau
- GO . . . . . Gemeindeordnung (der Länder)
- grdl. . . . . grundlegend
- grds. . . . . grundsätzlich
- GS . . . . . Großer Senat
- GSSt(Z) . . . Großer Senat in Strafsachen (Zivilsachen)
- GüKG . . . . Güterkraftverkehrsgesetz
- GVBl . . . . . Gesetz- und Verordnungsblatt
- GVG . . . . . Gerichtsverfassungsgesetz
- GWB . . . . . Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz)
- h. A. . . . . herrschende Ansicht
- Halbs. . . . . Halbsatz
- HandwO . . . Handwerksordnung
- HATG . . . . Gesetz über den Hausarbeitstag
- HGB . . . . . Handelsgesetzbuch
- histor. . . . . historisch
- h.L. . . . . herrschende Lehre
- h. M. . . . . herrschende Meinung
- HochSchRG . Hochschulrahmengesetz
- HRR . . . . . Höchststrichterliche Rechtsprechung
- Hrsg., hrsg. . Herausgeber, herausgegeben
- HwStR . . . . Handwörterbuch des Steuerrechts und der Steuerlehre
- i. d. F. . . . . in der Fassung
- i. d. R. . . . . in der Regel
- i. e. S. . . . . im engeren Sinne
- IGH . . . . . Internationaler Gerichtshof
- i. L. . . . . in Liquidation
- ILO . . . . . International Labor Organization
- insb. . . . . insbesondere
- int. . . . . international
- IPR . . . . . Internationales Privatrecht
- IPRspr . . . . Die dt. Rspr. auf dem Gebiete des IPR
- i. S. . . . . im Sinne
- i. V. mit. . . . in Verbindung mit
- JA . . . . . Juristische Arbeitsblätter
- JAO . . . . . Juristenausbildungsordnung (der Länder)
- Jb. . . . . Jahrbuch
- JGG . . . . . Jugendgerichtsgesetz
- Jhdt. . . . . Jahrhundert
- JR . . . . . Juristische Rundschau
- Jura . . . . . Juristische Ausbildung
- JZ . . . . . Juristenzeitung
- KAG . . . . . Kommunalabgabengesetz
- Kfz . . . . . Kraftfahrzeug
- KG . . . . . Kammergericht
- KG . . . . . Kommanditgesellschaft
- KGaA . . . . Kommanditgesellschaft auf Aktien
- KJB . . . . . Karlsruher Juristische Bibliographie
- Kl. . . . . Kläger(in)
- KO . . . . . Konkursordnung
- Komm. . . . . Kommentar
- krit. . . . . kritisch
- KritJ . . . . . Kritische Justiz
- KSchG . . . . Kündigungsschutzgesetz
- KStG . . . . . Körperschaftsteuergesetz
- KunstUrhG . . Kunsturhebergesetz
- KWG . . . . . Gesetz über das Kreditwesen
- l. . . . . linke (Spalte)
- LadSchlG . . . s. LSchlG

- LAG . . . . . Landesarbeitsgericht, Lastenausgleichsgesetz  
 LBG . . . . . Landesbeamtengesetz  
 LBauO . . . . . Landesbauordnung  
 Lfg. . . . . Lieferung  
 LG . . . . . Landgericht  
 lit. . . . . Buchstabe  
 Lit. . . . . Literatur  
 LK . . . . . Leipziger Kommentar zum StGB  
 LM . . . . . Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des BGH  
 LohnFG . . . . . Lohnfortzahlungsgesetz  
 LSchlG . . . . . Ladenschlußgesetz  
 LSG . . . . . Landessozialgericht  
 LVerf. . . . . Landesverfassung  
 LVO . . . . . Landesverordnung
- Mat. . . . . Materialien  
 MDR . . . . . Monatschrift für Deutsches Recht  
 m.E. . . . . meines Erachtens  
 MitbestG . . . . . Mitbestimmungsgesetz  
 Mot. . . . . Motive zum Entwurf eines BGB  
 MRK . . . . . Menschenrechtskonvention
- Nachw. . . . . Nachweis(e, en)  
 n.F. . . . . neue Fassung, neue Folge  
 NJW . . . . . Neue Juristische Wochenschrift  
 NRW . . . . . Nordrhein-Westfalen, nordrhein-westfälische
- o. . . . . oben  
 -O . . . . . Ordnung  
 OBG . . . . . Ordnungsbehördengesetz (NRW)  
 OECD . . . . . Organization for Economic Cooperation and Development  
 OGHSt(Z) . . . . . Amtl. Sammlung der Entscheidungen des OGHBrZ in Strafsachen (Zivilsachen)  
 OHG . . . . . offene Handelsgesellschaft  
 OLG . . . . . Oberlandesgericht  
 OLGE . . . . . Rechtsprechung der Oberlandesgerichte  
 ÖLGZ . . . . . Entscheidungen der OLGE in Zivilsachen  
 OVG . . . . . Oberverwaltungsgericht  
 OVGE . . . . . Amtl. Sammlung der Entscheidungen der OVG Lüneburg und Münster  
 OWiG . . . . . Ordnungswidrigkeitengesetz
- PatG . . . . . Patentgesetz  
 Pkw . . . . . Personenkraftwagen  
 ProVGE . . . . . Amtl. Sammlung der Entscheidungen des ProVG  
 Prot. . . . . Protokolle der Reichstagsberatungen zum BGB
- r. . . . . rechte (Spalte)  
 RA . . . . . Rechtsanwalt  
 RAG . . . . . Reichsarbeitsgericht  
 RdA . . . . . Recht der Arbeit  
 RdErl. . . . . Runderlaß  
 Rdnr(n) . . . . . Randnummer(n)  
 rechtskr. . . . . rechtskräftig  
 Reg. . . . . Regierung  
 RegE . . . . . Regierungsentwurf  
 RGRK . . . . . Kommentar zum BGB, herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern  
 RGRK z. HGB . . . . . Kommentar z. HGB, herausgegeben von Reichsgerichtsräten  
 RGSt(Z) . . . . . Amtl. Slg. der Entscheidungen des RG in Strafsachen (Zivilsachen)
- RiW. . . . . Recht der internationalen Wirtschaft  
 RPflG, RPflegG . . . . . Rechtspflegersetz  
 Rspr. . . . . Rechtsprechung  
 RuStG . . . . . Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz  
 RVO . . . . . Reichsversicherungsordnung
- s. . . . . siehe  
 S. . . . . Seite, Satz (bei Rechtsnormen)  
 sc., scil. . . . . scilicet (ergänze)  
 SAE . . . . . Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen  
 ScheckG . . . . . Scheckgesetz  
 SchlH. . . . . Schleswig-Holstein  
 SchlHA . . . . . Schleswig-Holsteinische Anzeigen  
 SchwbG . . . . . Schwerbehindertengesetz  
 SG . . . . . Sozialgericht  
 SGB-AT . . . . . Kommentar zum Sozialgesetzbuch Allgemeiner Teil  
 SGG . . . . . Sozialgerichtsgesetz  
 SKV . . . . . Staats- und Kommunal-Verwaltung
- Slg. . . . . Sammlung von Entscheidungen, Gesetzen etc.  
 sog. . . . . sogenannte(r)  
 SoldG . . . . . Soldatengesetz  
 SozR . . . . . Sozialrecht  
 SozVers. . . . . Sozialversicherung  
 Sp. . . . . Spalte  
 Ssp. . . . . Sachsenspiegel  
 st. . . . . ständig  
 StA . . . . . Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft  
 StaatsGH . . . . . Staatsgerichtshof  
 StBauFG . . . . . Städtebauförderungsgesetz  
 StGB . . . . . Strafgesetzbuch  
 Stplf. . . . . Steuerpflichtiger  
 StPO . . . . . Strafprozeßordnung  
 str. . . . . streitig  
 StrK. . . . . Strafkammer  
 StS . . . . . Strafsenat  
 StuP . . . . . Studium und Praxis  
 StVG . . . . . Straßenverkehrsgesetz  
 StVO . . . . . Straßenverkehrsordnung  
 StVollzG. . . . . Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung  
 StVZO . . . . . Straßenverkehrszulassungsordnung
- teilw. . . . . teilweise  
 TVG . . . . . Tarifvertragsgesetz  
 Tz. . . . . Textziffer
- u. . . . . unten  
 u.a. . . . . unter anderen(m), und andere  
 u. ä. . . . . und ähnliche(s)  
 UmwG . . . . . Ges. über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften  
 UmwStG . . . . . Umwandlungsteuergesetz  
 umstr. . . . . umstritten  
 UNCTAD . . . . . Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung  
 UNO . . . . . United Nations Organisation  
 unstr. . . . . unstrittig  
 UNTS . . . . . United Nations Treaty Series  
 unveröff. . . . . unveröffentlicht  
 Urt. . . . . Urteil  
 u. U. . . . . unter Umständen  
 UWG . . . . . Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
- UZwG . . . . . Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges
- v. . . . . vom, von  
 VA(e) . . . . . Verwaltungsakt(e)  
 Var. . . . . Variante  
 Verf. . . . . Verfasser, Verfassung  
 VerfGH . . . . . Verfassungsgerichtshof  
 VerfGHG . . . . . Gesetz über den Verfassungsgerichtshof (der Länder)  
 VerfR . . . . . Verfassungsrecht  
 VersammlG. . . . . Versammlungsgesetz  
 VersR . . . . . Zeitschrift für Versicherungsrecht  
 VerwProzR . . . . . Verwaltungsprozeßrecht  
 VerwR . . . . . Verwaltungsrecht  
 VerwRspr. . . . . Verwaltungsrechtsprechung  
 VG . . . . . Verwaltungsgericht  
 VGH . . . . . Verwaltungsgerichtshof  
 VGHE . . . . . Entscheidungen des VGH München und des BayVerfGH
- vgl. . . . . vergleiche  
 VglO . . . . . Vergleichsordnung  
 VO . . . . . Verordnung  
 VOB . . . . . Verdingungsordnung für Bauleistungen  
 Vorb. . . . . Vorbemerkung  
 vorl. . . . . vorliegend  
 VormG. . . . . Vormundschaftsgericht  
 VVDStRL . . . . . Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer  
 VVG . . . . . Versicherungsvertragsgesetz  
 VwGO . . . . . Verwaltungsgerichtsordnung  
 VwVfG . . . . . Verwaltungsverfahrensgesetz (des Bundes bzw. der Länder)  
 VwVG . . . . . Verwaltungsvollstreckungsgesetz  
 VwZG . . . . . Verwaltungszustellungsgesetz
- w. . . . . weitere  
 WassHG . . . . . Wasserhaushaltsgesetz  
 WEG . . . . . Wohnungseigentumsgesetz  
 WG . . . . . Wechselgesetz  
 WiKG . . . . . Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschafts-Kriminalität  
 WK . . . . . Wiener Konvention  
 WKSchG . . . . . Wohnraumkündigungsschutzgesetz  
 WM, WPM . . . . . Wertpapier-Mitteilungen  
 WRV . . . . . Verfassung des Deutschen Reiches v. 11. 8. 1919  
 WZG . . . . . Warenzeichengesetz
- z. Änd. . . . . zur Änderung  
 z. B. . . . . zum Beispiel  
 ZfA . . . . . Zeitschrift für Arbeitsrecht  
 ZGR . . . . . Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht  
 ZIP . . . . . Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis  
 zit. . . . . zitiert  
 ZK . . . . . Zivilkammer  
 ZPO . . . . . Zivilprozeßordnung  
 ZPR . . . . . Zivilprozeßrecht  
 ZRP . . . . . Zeitschrift für Rechtspolitik  
 ZS . . . . . Zivilsenat  
 ZStW . . . . . Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
- z. T. . . . . zum Teil  
 zust. . . . . zustimmend  
 zutr. . . . . zutreffend  
 ZVG . . . . . Gesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung  
 z. Z. . . . . zur Zeit  
 ZZP . . . . . Zeitschrift für Zivilprozeß



# Die gegenwärtige Diskussion über das Verwaltungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland

Von Professor Dr. Peter Badura, München

*Das Recht des Verwaltungsverfahrens, darüber hinaus aber das gesamte Allgemeine Verwaltungsrecht sind durch das Inkrafttreten der Verwaltungsverfahrensgesetze des Bundes (VwVfG vom 25. Mai 1976) und der Länder auf eine neue Grundlage gestellt worden. Die rechtsstaatliche Funktion des Allgemeinen Verwaltungsrechts ist dadurch bekräftigt worden, auch wenn das Ausmaß der sachlichen Änderungen gegenüber dem vorherigen Rechtszustand begrenzt geblieben ist und auch wenn Wert und Qualität der Kodifikation nicht einheitlich beurteilt werden. Die folgende Abhandlung erörtert das Problem der Kodifikation des Verwaltungsverfahrensrechts und gibt eine Übersicht über einige Schwerpunkte der Praxis und der literarischen Auseinandersetzung, nämlich zu Massenverfahren und „Partizipation“, Untersuchungsgrundsatz und Sachverhaltsermittlung, Datenverarbeitung und automatisierten Bescheiden, Verfahrensgang in Abschnitten, Planfeststellungsverfahren und schließlich zu dem Problem der Verfahrensrichtigkeit. Der Beitrag hat einen Vortrag zur Grundlage, den der Verfasser auf Einladung von FORMEZ, Centro di Formazione e Studi per il Mezzogiorno, am 29. März 1980 in Rom gehalten hat.*

## Inhaltsübersicht

1. Verwaltungsverfahren und Verwaltungsverfahrensrecht
2. Das Problem der Kodifikation
3. Massenverfahren und „Partizipation“:  
Das Problem der Beteiligung
4. Untersuchungsgrundsatz, Ermittlungen:  
Das Problem des Sachverständigen
5. Datenverarbeitung und automatisierte Bescheide:  
Das Problem der Rationalisierung
6. Verfahrensgang in Abschnitten:  
Das Problem der Präklusion
7. Planfeststellungsverfahren:  
Das Problem der Komplexität
8. Verfahrensmängel und Verfahrensfehler:  
Das Problem der Verfahrensrichtigkeit
9. Auswahl allgemeiner Darstellungen zum Verwaltungsverfahrensrecht

## 1. Verwaltungsverfahren und Verwaltungsverfahrensrecht

(1) Unter „Verwaltungsverfahren“ könnte man jede rechtlich geordnete Abfolge von Handlungen verstehen, durch die eine Behörde eine sachlich und zeitlich bestimmte Verwaltungsaufgabe erledigt. Seit dem Inkrafttreten des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes (Verwaltungsverfahrensgesetz – VwVfG – vom 25. Mai 1976, BGBl. I S. 1253) und der Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder liegt dem deutschen Verwaltungsrecht ein engerer, gesetzlich definierter Begriff des Verwaltungsverfahrens zugrunde: Das Verwaltungsverfahren im Sinne der genannten Gesetze ist „die nach außen wirkende Tätigkeit der Behörden, die auf die Prüfung der Voraussetzungen, die Vorbereitung und den Erlass eines Verwaltungsaktes oder auf den Abschluß eines öffentlich-rechtlichen Vertrages gerichtet ist; es schließt den Erlass des Verwaltungsaktes oder den Abschluß des öffentlich-rechtlichen Vertrages ein“ (§ 9 VwVfG). Diese Vorschrift legt zugleich den sachlichen Anwendungsbereich des gesetzlich kodifizierten Verwaltungsverfahrensrechts allgemein fest.

(2) Der Inhalt des Verwaltungsverfahrensrechts wird durch die Ziele bestimmt, die mit dem als Rechtsinstitut ausgeformten Verwaltungsverfahren verfolgt werden. Das Verwaltungsverfahren dient

- der Wahrung rechtsstaatlicher Anforderungen beim Vollzug der Gesetze,
- der rationellen und effektiven Herbeiführung materiell richtiger Entscheidungen der öffentlichen Verwaltung,
- der geordneten Beteiligung der durch das Verwaltungshandeln Betroffenen an der Vorbereitung der Entscheidung auf der Grundlage eines verfahrensrechtlichen Rechtsverhältnisses.

Die sachgerechte Ausgestaltung des Verwaltungsverfahrensrechts und die korrekte Durchführung der einzelnen Verfahren kann die Qualität der zu treffenden Entscheidungen fördern und ihre Anerkennung durch die Betroffenen erleichtern. Die rechtliche Durchformung des Verwaltungsverfahrens kann dennoch den verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutz nicht ersetzen.

## 2. Das Problem der Kodifikation

(3) Ein großer Teil der Regelungen, die jetzt in die Verwaltungsverfahrensgesetze Eingang gefunden haben, gehörte bisher zu den Grundsätzen des Allgemeinen Verwaltungsrechts oder konnte aus diesen Grundsätzen entwickelt werden. Das Ausmaß der durch die Verwaltungsverfahrensgesetze in der Sache bewirkten Rechtsänderungen ist verhältnismäßig gering und nicht wenige dieser Neuerungen sind in ihrem Wert umstritten. Als Beispiele mögen genannt werden die Bestimmungen über die Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes (§ 48 VwVfG), die Folgen von Verfahrens- und Formfehlern (§ 46 VwVfG) und die Schriftform des öffentlich-rechtlichen Vertrages (§ 57 VwVfG). Solange das Verwaltungsverfahrensrecht den schwankenden Geltungsmodus von Gewohnheitsrecht, Juristenrecht oder Richterrecht aufwies, mochten manche Zweifel über seinen Inhalt der Rechtssicherheit Abbruch tun. Andererseits ließ dieser Zustand in beträchtlichem Grade die von der Verwaltung so sehr geschätzte Nichtförmlichkeit und Flexibilität des Verwaltungshandelns zu. Die mit einer Kodifikation verknüpften Hoffnungen eines Gewinns an Rechtssicherheit und Befürchtungen eines Verlusts an Flexibilität sind nach Erlass der Verwaltungsverfahrensgesetze, zumindest in der theoretischen Kritik, nicht ganz verstummt.

Eine nüchterne Betrachtung wird in diesem Punkt nicht allzu viel Änderung konstatieren können. Dem Verfahrensermessen der Verwaltung ist weithin genügend Spielraum gelassen worden. Leider ist auch der Gewinn an Rechtssicherheit wegen mancher unklarer oder juristisch unvollkommen gefaßter Formulierungen, z. B. in den §§ 46, 54, 59 VwVfG, nicht so groß, wie erwartet werden durfte. Es kommt hinzu, daß die gelegentlich den Wortlaut der Gesetze gering achtende Auslegungstechnik der Gerichte die Berechenbarkeit geschriebenen Rechts spürbar abschwächt.

(4) Die lange andauernde Debatte darüber, ob eine Kodifikation des Verwaltungsverfahrensrechts zu empfehlen sei, hatte einen Brennpunkt in der Frage, in welchem Ausmaß die materiellrechtlichen Grundsätze des Verwaltungshandelns in eine gesetzliche Regelung des Verwaltungsverfahrens einbezogen werden müßten, um zu einer sinnvollen und abgerundeten Gesetzgebung zu gelangen. Das Verfahren der Verwaltung, die ja – anders als das Gericht – kraft eigener Entscheidungsbefugnis und mit eigener Entscheidungsbetroffenheit das Verfahren führt, ist nur zum Teil von den materiellrechtlichen Anforderungen und Maßstäben des Verwaltungshandelns trennbar.

Wesentliche Vorgänge des Verfahrens haben zugleich eine materiellrechtliche Funktion, so bes. der Verwaltungsakt als Bescheid und Regelung eines Einzelfalles, seine Nebenbestimmungen, seine Aufhebbarkeit.

Diese Komplexität kann durch künstliche Zerteilungen nicht aufgehoben werden. Die Beschlüsse des 43. Deutschen Juristentages von 1960 zeichnen dem Gesetzgeber den Weg vor, „konnexe Materien des Allgemeinen Verwaltungsrechts“ in die Kodifikation einzubeziehen. Dem wurde schließlich in recht breiter Ausdehnung Raum gegeben, beispielsweise in den sehr umstrittenen Regelungen über den öffentlich-rechtlichen Vertrag.

(5) Das allgemeine Recht der Verwaltungsverfahrensgesetze kommt nur zur Anwendung, wenn nicht andere Regelungen inhaltsgleiche oder entgegenstehende Rechtsvorschriften enthalten. Es gilt außerdem von vornherein nur für die gesetzlich als „Verwaltungsverfahren“ definierten Verwaltungstätigkeiten (§ 9 VwVfG). Diese erhebliche Begrenzung der Tragweite des kodifizierten allgemeinen Verwaltungsverfahrensrechts ist der Preis dafür, daß überhaupt eine überschaubare und nicht unausgesetzt abzuändernde Kodifikation zustande kommen konnte. Soweit die Kritik dieses Prinzip angegriffen hat und außerdem vom Gesetzgeber auch noch die Berücksichtigung mancher leicht zu überschätzender Innovationen des Allgemeinen Verwaltungsrechts verlangt hat, die dem dogmatischen Erfindungsgeist entstammen, muß eher die Partei des Gesetzgebers ergriffen werden (vgl. die recht heftigen Beanstandungen bei W. Schmitt-Glaeser, Anspruch, Hoffnung und Erfüllung, in: *ders.*, Hrsg., Verwaltungsverfahren, 1977, S. 1).

Die praktischen Bedürfnisse der Verwaltungstätigkeit, von Verwaltungszweig zu Verwaltungszweig verschieden, ermöglichen nur eine begrenzte Vereinheitlichung des Verwaltungsverfahrensrechts und widerstreben in vielen Bereichen einer „Prozessualisierung“ des Verwaltungshandelns überhaupt. Die Vielgestaltigkeit der Verwaltungszwecke und der administrativ zu bewältigenden Entscheidungskonstellationen lassen die Einführung eines einheitlich für die gesamte Verwaltungstätigkeit geltenden Verwaltungsverfahrensrechts nicht zu.

Besonderheiten sind jedenfalls zu beachten

- beim privatrechtlichen Handeln der öffentlichen Verwaltung,
  - bei der abgeleiteten Rechtsetzung durch Verordnungen und Satzungen,
  - bei den internen Verwaltungsvorgängen, so den innerdienstlichen Anordnungen, den verwaltungsinternen Abstimmungs- und Beratungsprozeduren, den Verwaltungsvorschriften,
  - bei den Verfahren der Verwaltungsvollstreckung,
  - bei den außergerichtlichen Rechtsbehelfen (Widerspruch, §§ 68 ff. Verwaltungsgerichtsordnung),
  - bei der staatlichen Steuerverwaltung,
  - bei dem Leistungsrecht der sozialen Sicherheit,
  - bei den Planungsverfahren (u. a. Planfeststellung, §§ 72 ff. VwVfG).
- Diese lange und keineswegs vollständige „Verlustliste der Rechtseinheit“ hätte vielleicht in einzelnen Punkten kürzer ausfallen können. Dennoch ist das Prinzip nicht umgehbar, daß ein allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz nur mit einer subsidiären Geltung ausgestattet werden kann.

### 3. Massenverfahren und „Partizipation“:

#### Das Problem der Beteiligung

(6) Die durch das Verwaltungsverfahrensgesetz zugemessenen Rechte und Pflichten stehen in einem konkreten verfahrensrechtlichen Rechtsverhältnis grundsätzlich nur den Beteiligten zu. Überhaupt fähig, am Verfahren beteiligt zu sein, sind natürliche und juristische Personen, Vereinigungen, soweit ihnen ein Recht zustehen kann, und Behörden (§ 11 VwVfG). Die verfahrensrechtliche Rechtsstellung als Beteiligter besteht im Einzelfall entweder kraft Gesetzes oder sie entsteht durch eine Verfahrenshandlung der Behörde, die „Hinzuziehung“ (§ 13 VwVfG). In den Verfahren, die auf Antrag eingeleitet werden können (vgl. § 22 VwVfG), z. B. bei Erlaubnissen, ist der Antragsteller kraft Gesetzes Beteiligter. Im übrigen sind von Gesetzes wegen dieje-

nigen Beteiligte, an die die Behörde den Verwaltungsakt richten will oder gerichtet hat oder mit denen sie einen öffentlich-rechtlichen Vertrag schließen will oder geschlossen hat. Über diesen engen Kreis der gesetzlich Beteiligten hinaus wird die Stellung des Beteiligten nicht schon dadurch begründet, daß jemand durch den Verwaltungsakt in seinen Rechten oder rechtlich geschützten Interessen berührt wird, wie bes. bei Verwaltungsakten mit Drittwirkung, etwa der Baugenehmigung. Derart Betroffene werden Beteiligte nur, wenn die Behörde sie zu dem Verfahren von Amts wegen oder auf Antrag hinzuzieht. Das ist eine Ermessensentscheidung. Nur wenn der Ausgang des Verfahrens „rechtsgestaltende Wirkung“ für einen Dritten hat, muß dieser auf Antrag hinzugezogen werden. Wer in einem Verfahren anzuhören ist, ohne kraft Gesetzes oder durch Hinzuziehung beteiligt worden zu sein, ist nicht allein durch die Anhörung beteiligt. Im einzelnen siehe F. O. Kopp, Der Beteiligtenbegriff des Verwaltungsverfahrensrechts, in: W. Schmitt-Glaeser, Hrsg., Verwaltungsverfahren, 1977, S. 159.

(7) Von „Massenverfahren“ wird gesprochen, wenn an einem Verwaltungsverfahren eine größere Zahl von Personen beteiligt ist oder wenn eine größere Zahl von Personen in einem Verfahren Einwendungen erhoben haben (vgl. W. Blümel, Masseneinwendungen im Verwaltungsverfahren, in: Festschrift für Werner Weber, 1974, S. 539). Dieser Fall kann vor allem bei der Genehmigung oder der Planfeststellung für größere Vorhaben eintreten.

Hier ist ein wichtiger Unterschied zu beachten. In den Genehmigungsverfahren des Immissionsschutzrechts (§§ 4 ff. Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 15. März 1974) und des Atomrechts (§§ 7 ff. Atomgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1976; Atomrechtliche Verfahrensordnung vom 18. Februar 1977) ist jedermann zu der Erhebung von Einwendungen berechtigt. Die Verwaltung soll sich so möglichst umfassend über den Sachverhalt informieren können (BVerwGE 28, 131 zu § 17 Abs. 2 a. F. GewO). In anderen Verfahren ist das Recht, Einwendungen zu erheben, auf Dritte beschränkt, deren „Belange durch das Vorhaben berührt werden“ (vgl. § 73 Abs. 4 VwVfG, § 18 Abs. 4 Bundesfernstraßengesetz in der Fassung vom 1. Oktober 1974, § 10 Abs. 3 Luftverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. November 1968).

(8) Die Probleme des Verfahrensganges bei Massenverfahren werden durch das Verwaltungsverfahrensgesetz nur in einigen Hinsichten gelöst (vgl. Ule/Laubinger, S. 210 ff.). Im förmlichen Verfahren, also bes. bei der Planfeststellung, können Ladungen, Benachrichtigungen und Zustellungen durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 solcher Handlungen vorzunehmen sind. Ein zweiter Komplex von Sonderregelungen versucht eine gewisse Bündelung des Vorbringens. Werden in einem Verfahren Anträge oder Eingaben von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht („gleichförmige Eingaben“) oder sind an einem Verfahren mehr als 50 Personen mit gleichem Interesse beteiligt, ohne vertreten zu sein, kommt die Bestellung eines gemeinsamen Vertreters in Betracht, sei es seitens der Antragsteller oder Beteiligten, sei es kraft einer Vertretungsfiktion, sei es durch Bestellung von Amts wegen (§§ 17 ff. VwVfG). Dieser „Vertreter“ ist an Weisungen der Vertretenen nicht gebunden. Andererseits kann seine Vertretungsmacht durch Erklärung einzelner Vertretener für diese zum Erlöschen gebracht werden. Eine Hilfe gegen Verfahrensobstruktion ist dieses neuartige Instrument nicht.

Nur in Parenthese sei bemerkt, daß das Verwaltungsprozeßrecht keinerlei Vorschriften für den Fall von Massenklagen gegen die Zulassung von Vorhaben aufweist. Das Verwaltungsgericht ist aus verfassungsrechtlichen Gründen – Art. 19 Abs. 4, 3 Abs. 1

GG – nicht daran gehindert, einige Verfahren als „Musterprozesse“ auszuwählen und die Verhandlung der anderen Verfahren einstweilen zurückzustellen (BVerfG, JZ 1980, 351).

(9) Die Vorstellung der „Partizipation“ versucht fundamental-demokratische Verfahrensgestaltungen gegen den als bürokratisch empfundenen Planungsstatismus zu mobilisieren. Der hierfür angeführte „participatory gap“ beruft sich auf bestehende oder vermeintliche Legitimationsmängel, nicht auf eine rechtsstaatlich unzureichende Berücksichtigung individueller Rechte. Die verfahrensrechtliche Geltendmachung von Rechten oder rechtlich geschützten Interessen ist eine Frage des rechtlichen Gehörs, nicht einer irgendwie gearteten „Teilnahme“ an der Durchführung des Verfahrens und der zu treffenden Entscheidung. Ebenso wie das rechtliche Genör ist der Zugang zum Verfahren als Beteiligter abhängig von einer individuellen Rechtsstellung. Soweit die Möglichkeit von Einwendungen ohne Rücksicht auf eine individuelle Betroffenheit eröffnet ist, liegt dem ein verfahrensförderndes öffentliches Interesse zugrunde.

Näheres siehe bei R. Walter/W. Schmitt Glaeser, Partizipation an Verwaltungsentscheidungen, VVDStRL 31, 1973, S. 147, 179; W. Mantl, Repräsentation und Identität, 1975, S. 247 ff.; U. Battis, Partizipation im Städtebaurecht, 1976.

#### 4. Untersuchungsgrundsatz, Ermittlungen: Das Problem des Sachverständigen

(10) Das Verwaltungsverfahren wird durch den Untersuchungsgrundsatz beherrscht: Die Behörde ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen; sie bestimmt Art und Umfang der Ermittlungen; an das Vorbringen und an die Beweisanträge der Beteiligten ist sie nicht gebunden; sie hat alle für den Einzelfall bedeutsamen, auch die für die Beteiligten günstigen Umstände zu berücksichtigen (§ 24 Abs. 1 und 2 VwVfG). Die Behörde bedient sich der Beweismittel, die sie nach pflichtmäßigem Ermessen zur Ermittlung des Sachverhalts für erforderlich hält (§ 26 VwVfG). Im förmlichen Verwaltungsverfahren, sonst nur bei besonderer gesetzlicher Anordnung, sind Zeugen zur Aussage und Sachverständige zur Erstattung von Gutachten verpflichtet (§§ 65, 26 Abs. 3 VwVfG).

(11) Bei sehr vielen Verwaltungsverfahren ist zur Entscheidung ein fachlicher Sachverstand von Bedeutung, über den die entscheidende Behörde selbst nicht verfügt. Die Aufklärung des Sachverhalts kann hier durch die Heranziehung von Sachverständigen und die Mitwirkung anderer, fachlich spezialisierter Behörden erreicht werden. Die Beschaffung des für die Entscheidung erheblichen Sachverständigen ist in neuerer Zeit bei der Zulassung technischer Großvorhaben verschärft zu einem Problem geworden, z. B. bei Kernkraftwerken und bei Flughäfen.

Die notwendige Beurteilung sehr komplexer Umstände und Verläufe, etwa im Bereich der Physik, der Wasserwirtschaft, der Energiewirtschaft, der Ökologie, bei denen auch die Sachverständigen nicht selten zu unterschiedlichen Gutachten gelangen und die Behörde aus eigenem oder verlässlich erreichbarem Urteil keine sichere Entscheidungsgrundlage finden kann, sprengt die durch das Verwaltungsverfahrensmöglichkeiten Steuerungen des Verwaltungshandelns. Vgl. L. Fröhler, Rechtsprobleme technischer Begutachtungen (insbes. im Rahmen von Verwaltungsverfahren), 1971. Für manche Bereiche ist die Zahl der Fachleute sehr klein. Die Behörde muß damit rechnen, daß der von ihr im Verwaltungsverfahren herangezogene Gutachter später vor Gericht als einseitig festgelegt angegriffen wird. Bei politisch umstrittenen Vorhaben wird die Behörde ohnehin vor Voreingenommenheiten der Experten auf der Hut sein müssen.

(12) Die Notwendigkeit und das Ausmaß der anzustellenden Ermittlungen und des in Anspruch zu nehmenden fachlichen Sachverständigen wird für die das Verwaltungsverfahren führende

Behörde durch die gesetzlichen Anforderungen der zu treffenden Entscheidung, z. B. der Genehmigung einer technischen Anlage, bestimmt. Diese Verteilung der Verantwortlichkeit zwischen Parlament und Exekutive entspricht dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung (vgl. BVerfGE 49, 89 – Kernkraftwerk Kalkar). Der Gesetzgeber muß durch die materiellrechtliche Gestaltung der Entscheidungsmaßstäbe das der Behörde abzuverlangende Maß fachlicher Erkenntnisse festlegen. An diesen Prämissen hat sich dann die Ermittlung im Rahmen des Verwaltungsverfahrens zu orientieren.

Eine der Klauseln, mit denen das Gesetz derartige fachliche Anforderungen umschreibt, ist die Richtlinie, wegen der Auswirkungen einer zu genehmigenden Anlage die „nach dem Stand der Technik“ oder „nach dem Stand von Wissenschaft und Technik“ erforderlichen Vorkehrungen zu treffen (§ 5 Nr. 2 Bundes-Immissionsschutzgesetz, § 7 Abs. 2 Nr. 3 Atomgesetz).

Für den Bereich des Immissionsschutzrechts wird diese Entscheidungsprämisse dahin erläutert (§ 3 Abs. 6 Bundes-Immissionsschutzgesetz), „Stand der Technik“ sei „der Entwicklungsstand fortschrittlicher Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen, der die praktische Eignung einer Maßnahme zur Begrenzung von Emissionen gesichert erscheinen läßt. Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere vergleichbare Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen heranzuziehen, die mit Erfolg im Betrieb erprobt worden sind“. Hierzu R. Breuer, Direkte und indirekte Rezeption technischer Regeln durch die Rechtsordnung, AöR 101, 1976, S. 46. Die Entscheidungsgewißheit im Einzelfall kann dadurch verbessert werden, daß im Gesetz oder durch Rechtsverordnungen oder Verwaltungsvorschriften diese allgemeine Richtschnur für einzelne Anwendungsbereiche und für bestimmte Zeiträume näher spezifiziert wird. Die Gerichtspraxis hat derartige Verwaltungsvorschriften für Immissionsgrenzwerte als „antizipierte Sachverständigenurteile“ anerkannt (BVerwG DVBl. 1978, 591 mit Anmerkung von R. Breuer).

(13) Bei der Beurteilung der Auswirkungen einer technischen Anlage, aber auch in anderen Verwaltungsverfahren, muß die Behörde zukünftige Verläufe vorausschauend einschätzen. Welche Umstände bei einer Prognose zu berücksichtigen sind, ist wiederum zuerst von den gesetzlichen Entscheidungsprämissen abhängig. Prognose ist vor allem ein unvermeidbares Element der Planung. Eine Verwaltungsentscheidung, die auf einer Einschätzung zukünftiger Umstände und Verläufe beruht, ist insoweit nur rechtmäßig, wenn die Entscheidungsregeln über die Gültigkeit von Prognosen beachtet sind. Als allgemeine Richtlinie gilt, daß eine Prognose sachgerecht und vertretbar angestellt werden, auf Tatsachen aufbauen und Plausibilitätskriterien genügen muß. Derartige Entscheidungen müssen unter Berücksichtigung aller verfügbaren Daten in einer der Materie angemessenen und methodisch einwandfreien Weise erarbeitet worden sein. Sind diese Gültigkeitsbedingungen eingehalten, stellt ex post nur eine „extreme“ Abweichung des tatsächlichen Verlaufs die Rechtmäßigkeit der Entscheidung in Frage. Die insofern nur beschränkte gerichtliche Nachprüfbarkeit einer administrativen Prognose folgt aus den begrenzten Einschätzungsmöglichkeiten für zukünftige Entwicklungen, nicht aus einer Wahlmöglichkeit der Verwaltung innerhalb eines Einschätzungsspielraums. Die Beachtung der Gültigkeitsbedingungen einer Prognose ist verwaltungsgerichtlich voll überprüfbar.

BVerwG DVBl. 1978, 591 – Kraftwerk; BVerwGE 56, 110/121 – Flughafen; W. Hoppe, Festgabe für das BVerwG, 1978, S. 295; P. Badura, Jura 1980, 615.

#### 5. Datenverarbeitung und automatisierte Bescheide: Das Problem der Rationalisierung

(14) Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung finden in der öffentlichen Verwaltung eine in rascher Verbreitung begriff-

fene Anwendung. „Die öffentliche Verwaltung bedient sich der elektronischen Datenverarbeitung zur rationellen Erledigung automationsgeeigneter Aufgaben und zur Gewinnung von Planungsinformationen und Entscheidungshilfen“ (Art. 1 Abs. 1 Satz 1 Bayerisches Datenschutzgesetz vom 28. 4. 1978). Verwaltungsakte, die mit Hilfe von Datenverarbeitungsanlagen durch automatisiert ausgefüllte Formulare erlassen werden, sind in einigen Verwaltungszweigen zur Regelform des Bescheides geworden, z.B. Rentenbescheide, Steuerbescheide, Gebührenrechnungen.

Es ist eine Aufgabe des Verwaltungsverfahrensrechts, sicherzustellen, daß die Bedürfnisse effektiven Verwaltungshandelns, der Rationalisierung und der Verwaltungsvereinfachung mit den rechtsstaatlichen Erfordernissen in Einklang bleiben.

Dazu gehört der jetzt anerkannte Grundsatz, daß die Anwendung von Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung im Verwaltungsverfahren den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungshandelns unterliegt. Zu Recht verworfen wurde die anfangs vertretene These, der Einsatz von EDV-Anlagen führe zu einer „Zweiteilung des Gesetzesvollzugs“ in einen durch Menschen beeinflussten und deshalb rechtlich erheblichen Vorgang und in einen vom menschlichen Willen unabhängigen und demnach nur technischen Vorgang, so daß der „Verwaltungsakt aus der Maschine“, soweit er auf technischen Abläufen beruhe, ein bloßes „Verwaltungsfabrikat“ sei, das für Fehler und für die Haftung nach Sonderrecht zu behandeln wäre.

(15) Die Besonderheiten des Entstehungsvorganges und der Form des automatisierten Bescheides haben zu einigen ausdrücklichen Regelungen des Verwaltungsverfahrensrechts Anlaß gegeben. Automationsbezogene Erleichterungen für die Verwaltung sind die Bestimmungen, daß bei Verwaltungsakten, die mit Hilfe automatischer Einrichtungen erlassen werden, Unterschrift und Namenswiedergabe des verantwortlichen Beamten fehlen dürfen (§ 37 Abs. 4 Satz 1 VwVfG) und es einer Begründung nicht bedarf, wenn diese „nach den Umständen des Einzelfalles nicht geboten“ ist (§ 39 Abs. 2 Nr. 3 VwVfG). Bescheide jeder Erscheinungsform müssen hinreichend bestimmt, klar und eindeutig sein. Es ist ein elementares Gebot rechtsstaatlichen Verwaltens, daß die Behörde das Risiko des richtigen Auffassens der durch einen Verwaltungsakt ausgesprochenen Rechtslage nicht auf den – in der Regel nicht rechtskundigen – Empfänger überwälzen darf.

Von dem Erfordernis, daß ein Bescheid eine klare, eindeutige und für den Empfänger verständliche Äußerung der Verwaltung sein muß und daß der Betroffene aus dem Bescheid den Inhalt und die Gründe der Entscheidung so hinreichend entnehmen können muß, wie es für die Wahrung seiner Rechte nötig ist, wird die Verwaltung durch die Verwendung von EDV-Anlagen nicht entbunden. Auch ein automatisierter Bescheid muß in diesem Sinne „lesbar“ sein. Die Behörde darf von dem Adressaten eines Bescheides kein Fachwissen der Datenverarbeitung voraussetzen. Es ist dem Empfänger jedoch grundsätzlich zuzumuten, schematisierte Kennzeichen oder Kennziffern anhand beigegebener Erläuterungen zu entschlüsseln.

Die Verwaltungsverfahrensgesetze lassen es zu, zur Inhaltsangabe in einem automatisierten Bescheid Schlüsselzeichen zu verwenden, wenn derjenige, für den der Verwaltungsakt bestimmt ist oder der von ihm betroffen wird, aufgrund der dazu gegebenen Erläuterungen den Inhalt des Verwaltungsaktes eindeutig erkennen kann (§ 37 Abs. 4 Satz 2 VwVfG).

(16) Der Datenschutz, das heißt der Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung, ist Gegenstand besonderer Gesetze des Bundes und der Länder.

Siehe besonders das Bundesdatenschutzgesetz vom 27. Januar 1977, BGBl. 1978 I S. 201 (dazu *Sp. Simitis/U. Dammann/O. Mallmann/H.-J. Reh*, Kommentar zum Bundesdatenschutzgesetz, 1978). Der auf Vor-

schlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten ernannte „Bundesbeauftragte für den Datenschutz“ kontrolliert die Einhaltung des Datenschutzes bei der öffentlichen Verwaltung des Bundes, kann Beanstandungen aussprechen und erstattet jährlich dem Bundestag einen Bericht (§§ 17 ff. Bundesdatenschutzgesetz); Erster Tätigkeitsbericht 1979 (Bundestag Drucksache 8/2460), Zweiter Tätigkeitsbericht 1980 (Bundestag Drucksache 8/3570).

## 6. Verfahrensgang in Abschnitten: Das Problem der Präklusion

(17) Die Verwaltungsverfahrensgesetze legen für die Ordnung des Verfahrensganges die Konstellation zugrunde, daß der Entscheidungsgegenstand in einem einheitlichen Verfahren behandelt wird, das sein Ende in einem Verwaltungsakt oder dem Abschluß eines öffentlich-rechtlichen Vertrag findet. Die einzelnen Verfahrenshandlungen der Behörde zur Förderung des Verfahrens stellen grundsätzlich keine selbständigen Regelungen dar und sind deshalb als solche nicht gerichtlich angreifbar. Behördliche Verfahrenshandlungen können nur dadurch einer gerichtlichen Überprüfung unterworfen werden, daß die Sachentscheidung verwaltungsgerichtlich angegriffen wird (§ 44a VwGO). Das gilt nur dann nicht, wenn behördliche Verfahrenshandlungen vollstreckt werden können oder gegen einen Nichtbeteiligten ergehen.

(18) Abweichend von diesem Grundmuster des Verwaltungsverfahrens ist für verschiedene Gruppen von Verwaltungsentscheidungen vorgeschrieben oder zugelassen, daß der Verfahrensgang in sachlich miteinander verbundene, aber verselbständigte Verfahren aufgeteilt ist, die mit eigenen Entscheidungen abschließen. Derartige Stufungen des Verfahrens sind nicht in den Verwaltungsverfahrensgesetzen, sondern in den einzelnen Fachgesetzen geregelt. Es lassen sich hauptsächlich vier Grundfiguren dieser Verfahrensgestaltung unterscheiden:

- Dem zu der verbindlichen Entscheidung führenden Verwaltungsverfahren ist ein vor einer anderen, fachlich spezialisierter Behörde ablaufendes Verfahren der verwaltungsinternen Vorentscheidung vorgeschaltet.

So geht der Planfeststellung bei dem Bau oder der Änderung von Bundesfernstraßen, die in der Hand der Landesverwaltungen liegt, eine Entscheidung des Bundesministers für Verkehr über die Planung und Linienführung der Straße voraus (§§ 16 ff. Bundesfernstraßengesetz in der Fassung vom 1. 10. 1974). Ein anderes Beispiel ist das im Landesplanungsrecht geregelte Raumordnungsverfahren zur Abstimmung eines raumbedeutsamen Vorhabens mit den Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung; die hieraus hervorgehende landesplanerische Beurteilung geht in die Entscheidung über die Genehmigung des Vorhabens ein. Da derartige Verfahren der Vorabentscheidung über einzelne Entscheidungsgrundlagen eines Verwaltungsverfahrens nicht in einen Verwaltungsakt münden, sind sie keine Verwaltungsverfahren im technischen Sinn.

- Ein der administrativen Zulassung unterliegendes Vorhaben ist von mehreren aufeinander aufbauenden Entscheidungen abhängig, die je unterschiedliche, sich aber möglicherweise überschneidende Anforderungen zur Geltung bringen.

So bedürfen Anlage und Betrieb eines Flughafens sowohl einer Unternehmerrgenehmigung mit planungsrechtlichem Einschlag als auch einer die Anlage und ihre Auswirkungen detailgenau festlegenden Planfeststellung (§§ 6 ff. Luftverkehrsgesetz).

- Vor allem in den Verfahren der immissionsschutzrechtlichen und der atomrechtlichen Anlagengenehmigung sind Vorbescheide und Teilgenehmigungen zulässig (§§ 8, 9 Bundes-Immissionsschutzgesetz; §§ 7a, 7b Atomgesetz, §§ 18, 19 Atomrechtliche Verfahrensordnung). Dafür ist eine überschlägige Beurteilung der gesamten Anlage gefordert und verfahrensrechtlich ein berechtigtes Interesse des Antragstellers an dieser

Teilentscheidung vorausgesetzt. Die Entscheidung beschränkt sich bei der Teilgenehmigung auf die Errichtung oder den Betrieb der Anlage oder eines Teiles der Anlage, beim Vorbescheid auf einzelne Genehmigungsvoraussetzungen oder auf den Standort der Anlage. Im atomrechtlichen Verfahren ist es außerdem üblich geworden, einzelne Ausbauschritte durch Freigabebescheide aufgrund von Nebenbestimmungen der (Teil-)Errichtungsgenehmigung zuzulassen.

Dazu BVerwGE 24, 23 (Vorbescheid); BVerwG DVBl. 1972, 678 mit Anmerkung von J. Schwarze (Kernkraftwerk Würgassen); VG Koblenz, NJW 1980, 1410 (Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich); P. Selmer, Vorbescheid und Teilgenehmigung im Immissionsschutzrecht, 1979; F. Ossenhühl, NJW 1980, 1353 und DVBl. 1980, 803.

– Ohne ausdrückliche gesetzliche Regelung ist im Straßenrecht die abschnittsweise Planfeststellung gebräuchlich.

Sie ist zulässig, wenn eine umfassende Planungsmaßnahme streckenweise verwirklicht werden soll, sofern ihrer Natur nach abtrennbare Planungsentscheidungen möglich sind und einer ergänzenden Planfeststellung vorbehalten werden können. Der Abschnitt darf nicht willkürlich ausgewählt und zugeschnitten werden und muß so bemessen sein, daß sich aus ihm heraus die maßgeblichen Beziehungen beurteilen lassen. Dazu BVerwG, DÖV 1973, 785; H. C. Fickert, Planfeststellung für den Straßenbau, 1978, Erläuterungen zu Nr. 7 Abs. 4 der Planfeststellungsrichtlinien (Verkehrsblatt 1976, 564).

(19) Für die Verknüpfung der abschnittswisen Verwaltungsverfahren, die einen verfahrensmäßig aufgeteilten, aber sachlich gemeinsamen Entscheidungsgegenstand haben, lassen sich keine allgemeinen Regeln finden. Es müssen dafür jeweils die einschlägigen fachgesetzlichen Vorschriften herangezogen werden. Lediglich in der verwaltungsverfahrenrechtlichen Bestandskraft von Verwaltungsakten (§§ 43 ff. VwVfG) ist ein allgemeiner Maßstab für das Maß der Erledigung in den Einzelverfahren vorhanden.

Eine hier auftretende charakteristische Frage ist, ob die geschilderten Verfahrensstufungen die Folge haben, daß bestimmte Einwendungen dadurch abgeschnitten sind, daß sie nicht rechtzeitig vorgebracht werden. Unter formeller Präklusion versteht man die Rechtsfolge, daß eine nicht oder nicht rechtzeitig erhobene Einwendung von der Behörde nicht förmlich behandelt und verbeschieden zu werden braucht. Unter materieller Präklusion versteht man die Rechtsfolge, daß eine nicht oder nicht rechtzeitig erhobene Einwendung sachlich abgeschnitten ist und auch nicht mehr im Klagewege geltend gemacht werden kann.

Eine materielle Präklusion muß gesetzlich angeordnet sein. Die verschiedentlich gegen eine derartige Einwendungslast aus der Verfassung (bes. Art. 19 Abs. 4 GG) abgeleiteten Bedenken erscheinen unbegründet, wenn eine hinlängliche Möglichkeit des Anbringens von Einwendungen im Verwaltungsverfahren eröffnet ist. Für Teilgenehmigung und Vorbescheid im Immissionsschutzrecht und im Atomrecht gilt, daß nach Eintritt ihrer Unanfechtbarkeit im weiteren Verfahren Einwendungen nicht mehr aufgrund von Tatsachen erhoben werden können, die im vorhergehenden Verfahren fristgerecht vorgebracht worden sind oder nach den ausgelegten Unterlagen hätten vorgebracht werden können (§ 11 Bundes-Immissionsschutzgesetz, § 7b Atomgesetz).

Das Problem der Präklusion spielt im übrigen überall dort eine Rolle, wo verfahrensrechtlich befristet die Geltendmachung von Einwendungen gegen eine Verwaltungsentscheidung zugelassen wird (vgl. § 10 Abs. 3 Satz 3 Bundes-Immissionsschutzgesetz, § 73 Abs. 4 und 6 VwVfG).

Siehe J. Ipsen, Einwendungsbefugnis und Einwendungsausschluß im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren, DVBl. 1980, 146; H.-J. Papier, Einwendungen Dritter im Verwaltungsverfahren, NJW 1980, 313.

## 7. Planfeststellungsverfahren:

### Das Problem der Komplexität

(20) Planung ist in den letzten Jahrzehnten eine Aufgabe von Regierung und Verwaltung geworden. Der Gesetzgeber oder

auch nur die Gegebenheiten moderner Staatsaufgaben haben die Exekutive zu immer anspruchsvolleren Planungen gezwungen. Neben den auf die Nutzung von Grundstücken und Flächen bezogenen Planungsaufgaben des Städtebaurechts und des Rechts der Raumordnung und Landesplanung, in neuerer Zeit auch des Wasserrechts, der Forst- und Landwirtschaft, des Naturschutzes und des Umweltschutzes, ist an die Planung im Bereich der Wirtschaftspolitik, der Finanzpolitik und der Sozialpolitik zu denken.

Die Rechtsformen der Planung sind vielfältig. Für das Verwaltungsverfahren nach dem Zuschnitt der Verwaltungsverfahrensgesetze interessieren nur die Planungen, die zu verbindlichen Entscheidungen in Gestalt von Verwaltungsakten führen. Das charakteristische Rechtsinstitut ist hier die als förmliches Verwaltungsverfahren ausgestaltete Planfeststellung (§§ 72 ff. VwVfG). Das Gesetz ordnet an, in welchen Fällen ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen ist (Planfeststellungsverfahren). Es kommen hierfür raumbeanspruchende und raumbeeinflussende Vorhaben in Betracht, die durch das Ausmaß und die Komplexität ihrer Auswirkungen verschiedenartige öffentliche Belange und eine größere Zahl rechtlich geschützter Interessen Dritter, insbes. private Rechte, berühren.

(21) Das Planfeststellungsverfahren hat die verwaltungsrechtliche, fachplanerische Prüfung eines raumbezogenen Vorhabens zum Gegenstand. Sein Ziel ist es, den „Plan“, das heißt die Art, Beschaffenheit, Lage und Ausführung des Vorhabens, unter Abwägung und Ausgleichung des Anspruchs des Unternehmers des Vorhabens, des öffentlichen Interesses und der rechtlich geschützten Interessen der durch das Vorhaben betroffenen Dritten „festzustellen“. Die Entscheidung, der Planfeststellungsbeschluß, begründet die Berechtigung des Unternehmers, das Vorhaben zu verwirklichen, verbunden mit Nebenbestimmungen zur Sicherung der öffentlichen Belange und zum Schutz der betroffenen Dritten.

„Die Planfeststellung bezweckt, ein bestimmtes, sich aus einer Fachplanung herleitendes Vorhaben mit unmittelbarer Rechtswirkung gegenüber den Beteiligten in die – von ihm beeinflusste – Umwelt rechtlich einzuordnen“ (Entwurf des Verwaltungsverfahrensgesetzes, Begründung, Bundestag Drucksache 7/910, S. 87). Die Befugnis, private Rechte, insbesondere das von dem Vorhaben erfaßte Grundeigentum in Anspruch zu nehmen, gibt der Planfeststellungsbeschluß selbst nicht. Er ist jedoch etwa notwendig werdenden Enteignungen als bindend zugrunde zu legen.

(22) Die materiellrechtlichen Fragen der Planfeststellung, vor allem die gesetzliche Festlegung der Planungsaufgabe und der Planungsleitsätze und das den Kern der planerischen Gestaltungsfreiheit bildende rechtsstaatliche Abwägungsgebot, müssen hier beiseite bleiben. Die wesentlichen verfahrensrechtlichen Charakteristika der Planfeststellung sind die folgenden:

- Der erschöpfenden Ermittlung des Kreises der Betroffenen, der umfassenden Gewährung rechtlichen Gehörs, der Mitwirkung der in ihrem Aufgabenkreis berührten Behörden und Verwaltungsträger und der Ermittlung aller entscheidungserheblichen Umstände dient das der Entscheidung vorangehende „Anhörungsverfahren“, das vor einer von der Planfeststellungsbehörde verschiedenen Behörde stattfinden kann.
- Durch die befristete Auslegung des Planes und die mündliche Verhandlung in einem förmlich anzuberaumenden Erörterungstermin wird Gelegenheit zur Stellungnahme und zur Erhebung von Einwendungen gegeben.

In Massenverfahren kann eine Serie von Erörterungsterminen stattfinden. Akteneinsicht ist im Planfeststellungsverfahren nur nach pflichtgemäßem Ermessen zu gewähren (§§ 72 Abs. 1, 29 VwVfG).

- Die Planfeststellung ersetzt, vorbehaltlich anderweitiger Regelung, alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen und Planfeststellungen: „Konzentrations-“ oder „Ersetzungswirkung“.

Für das einer Planfeststellung unterliegende Vorhaben soll nur *ein* Verfahren vor *einer* Behörde mit *einer* umfassenden rechtsgestaltenden Entscheidung stattfinden – „Einheitswirkung“ der Entscheidung (BVerwGE 31, 263) –, die allen Auswirkungen des Vorhabens und allen planerischen Gesichtspunkten umfassend Rechnung trägt – „Grundsatz der Problembewältigung“ (BVerwGE 56, 110).

- Durch die Planfeststellung werden alle öffentlich-rechtlichen Beziehungen zwischen dem Unternehmer des Vorhabens, z. B. der einen Flughafen errichtenden Gesellschaft, und den durch das Vorhaben Betroffenen rechtsgestaltend geregelt: „Gestaltungswirkung“.

Die Sicherung der rechtlich geschützten Interessen der Betroffenen erfolgt vor allem durch Bedingungen und Auflagen (vgl. § 36 VwVfG), die den Unternehmer im öffentlichen Interesse oder zur Vermeidung nachteiliger Wirkungen auf Rechte Dritter mit Pflichten, Vorkehrungen oder Maßnahmen, notfalls mit einer Entschädigungspflicht, belasten. Negatorische Ansprüche auf Unterlassung, Beseitigung oder Änderung des planfestgestellten Vorhabens oder auf Einstellung des Betriebes sind ausgeschlossen.

Das Verwaltungsverfahrensgesetz gibt dem Planfeststellungsbeschuß wegen der Förmlichkeit seines Zustandekommens eine erhöhte Bestandskraft – kein Wiederaufgreifen des Verfahrens nach § 51 VwVfG – und schließt für ihn die Notwendigkeit eines Vorverfahrens vor einer verwaltungsgerichtlichen Anfechtung aus.

## 8. Verfahrensmängel und Verfahrensfehler: Das Problem der Verfahrensrichtigkeit

(23) Die Regeln des Verwaltungsverfahrensgesetzes sind kein Selbstzweck. Sie sollen für den Verfahrensgang der Verwaltung die rechtsstaatlichen Erfordernisse zur Geltung bringen, einen geordneten und effektiven Vollzug der Gesetze sicherstellen und die Rechte der Betroffenen wahren. Ihr Gewicht ist je nach ihrer Zielsetzung verschieden. Die Bedeutung der Einhaltung der Verfahrensregeln für den Inhalt der Entscheidung ist ebenfalls unterschiedlich. Seit jeher ist deshalb davon ausgegangen worden, daß nicht jeder Mangel des Verfahrens auch ohne weiteres als Verfahrensfehler die Rechtsbeständigkeit des Verwaltungsaktes in Frage stellt.

Einige Verfahrensmängel sind derart evident und gewichtig, daß bei einer so mangelhaften Verfahrensgrundlage ein wirksamer Verwaltungsakt nicht zustande kommen kann. Diese Verfahrensfehler haben die Nichtigkeit des Verwaltungsaktes zur Folge, so ein absoluter Zuständigkeitsmangel oder ein Verstoß gegen zwingende Formvorschriften (vgl. § 44 VwVfG). Diese Fälle sind selten.

(24) Nach den vor Inkrafttreten der Verwaltungsverfahrensgesetze maßgeblichen Grundsätzen des Allgemeinen Verwaltungsrechts galten Verfahrensmängel, die nicht Nichtigkeitsgründe waren, dann als zur Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes führende Verfahrensfehler, wenn sie für die Entscheidung „erheblich“ waren. Dies wurde dann angenommen, wenn die verletzte Verfahrensregel nach Inhalt und Zweck ein zwingendes Gebot aufstellte oder wenn der Verfahrensverstoß auf den Inhalt der Entscheidung einen Einfluß haben konnte, wenn also nicht von vornherein feststand, daß auch bei ordnungsmäßigem Verfahren keine andere Entscheidung hätte ergehen können und die Rechte der Betroffenen nicht hätten wirksamer zur Geltung gebracht werden können.

Hatte z. B. ein Betroffener gegen einen ihn belastenden Verwaltungsakt seine Rechte im Verwaltungsverfahren unverkürzt gewahrt, konnte er nicht rügen, die Frist zur Erhebung von Einwendungen sei zu kurz bemessen gewesen.

(25) Es ist nicht leicht zu klären, ob und inwieweit diese Grundsätze über die Erheblichkeit von Verfahrensmängeln auch nach dem neuen Recht herangezogen werden können. Nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen kann die Aufhebung eines Verwaltungsaktes – abgesehen vom Fall der Nichtigkeit – nicht allein deshalb beansprucht werden, weil er unter Verletzung von Vorschriften über das Verfahren, die Form oder die örtliche Zuständigkeit zustande gekommen ist, wenn keine andere Entscheidung in der Sache hätte getroffen werden können (§ 46 VwVfG). Dieser Satz ist schon wegen der mehrfach aufgetürmten Negationen sprachlich schwer zu verstehen. Anders formuliert ist hier gesagt, daß die genannten Verfahrensmängel, wenn sie nicht schon Nichtigkeitsgründe sind, eine Fehlerhaftigkeit des Verwaltungsaktes auslösen, wenn bei ihrer Vermeidung eine andere Entscheidung in der Sache hätte getroffen werden können.

In früheren Fassungen des Entwurfs für ein Verwaltungsverfahrensgesetz hatte der letzte Halbsatz gelautet: „... , wenn keine andere Entscheidung in der Sache hätte getroffen werden können oder wenn anzunehmen ist, daß die Verletzung die Entscheidung in der Sache nicht beeinflußt hat.“ Der erste Teil des Halbsatzes bezog sich auf gebundene Verwaltungsakte, der zweite Teil auf Ermessensentscheidungen. Der Wegfall des zweiten Teiles des Halbsatzes in der Gesetz gewordenen Fassung soll bedeuten, daß Verfahrensmängel bei Ermessensentscheidungen stets erheblich sind. Das ist eine zu schematische Lösung.

Bei der Prüfung der Folgen eines Verfahrensmangels ist weiter zu beachten, daß bestimmte Verfahrensverstöße bis zu der Erhebung einer verwaltungsgerichtlichen Klage durch ihre nachträgliche Behebung „geheilt“ werden können und dadurch unbeachtlich werden (§ 45 VwVfG). Das gilt unter anderem für eine zunächst fehlende Begründung und für die Nachholung der Anhörung eines Beteiligten.

Für die Regelung des Problems der Verfahrensrichtigkeit ist davon auszugehen, daß eine sachlich richtige Entscheidung nicht allein wegen eines Verfahrensmangels stets der gerichtlichen Aufhebung verfallen darf. Der Verwaltungsprozeß hat gegenüber der kontrollierten Verwaltung keine edukatorische Funktion. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß bei komplexen Entscheidungen auf der Grundlage weit gefaßter Ermächtigungen und bei Ermessensentscheidungen die Verfahrensrichtigkeit zugleich eine wesentliche Garantie der sachlichen „Richtigkeit“ der Entscheidung ist. Die Einhaltung derjenigen Verfahrensregeln, die aus einer grundrechtlichen Schutzpflicht des Staates, z. B. nach Art. 2 Abs. 2 GG, ableitbar sind, entspricht auch einem Gebot der Verfassung und den verfassungsrechtlich begründeten Rechten der Beteiligten (BVerfG, JZ 1980, 307 mit Anm. A. Weber – atomrechtliches Genehmigungsverfahren, Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich).

## 9. Auswahl allgemeiner Darstellungen zum Verwaltungsverfahrensgesetz

- H.-J. Knack, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 1976
- H. Meyer/H. Borgs-Maciejewski, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 1976
- W. Schmitt Glaeser (Hrsg.), Verwaltungsverfahren, 1977
- P. Stelkens/H. J. Bonk/K. Leonhardt, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 1978
- C. H. Ule/H.-W. Laubinger, Verwaltungsverfahrensgesetz, 2. Aufl., 1979
- F. Kopp, Verwaltungsverfahrensgesetz, Kommentar, 2. Aufl., 1980
- P. Badura, Das Verwaltungsverfahren, in: H.-U. Erichsen/W. Martens (Hrsg.), Allgemeines Verwaltungsrecht, 5. Aufl., 1981